

LANDTAGSWAHL- PROGRAMM FÜR BRANDENBURG 2019



AM 01.09. AfD
WÄHLEN!

HOLD DIR **DEIN LAND** ZURÜCK!

AfD 

Inhaltsverzeichnis

x Präambel	4
01 Demokratie und Selbstverständnis	7
02 Familie und Demografie	10
03 Kommunales und ländlicher Raum	14
04 Arbeit und Soziales	18
05 Gesundheit und Pflege	21
06 Tier- und Umweltschutz	26
07 Landwirtschaft und Verbraucherschutz	31
08 Kultur- und Denkmalschutz	35
09 Schule und Berufsausbildung	39
10 Wissenschaft und Forschung	45
11 Innere Sicherheit und Recht	49
12 Einwanderung, Asyl und Abschiebung	56
13 Wirtschaft und Mittelstand	59
14 Verkehr, Infrastruktur und Wohnen	63
15 Digitalisierung und Datenschutz	68
16 Klima und Energie	72
17 Haushalt und Finanzen	76
18 Wahlauskunft	80
19 Spendenaufruf	82



Alternative für Deutschland
Landesverband Brandenburg

Schopenhauerstr. 27
14467 Potsdam



verwaltung@afd-brandenburg.de



afd.brandenburg



afd-brandenburg.de



Andreas Kalbitz
Spitzenkandidat

Identität und Leitkultur

Angesichts wachsender Geschichtsvergessenheit in Politik und Gesellschaft wollen wir das historische Bewusstsein pflegen und die Erkenntnis stärken, dass der heutige Mensch Erbe einer Vergangenheit ist, die er annehmen und mit der er sich auseinander setzen muss. Wir müssen in unsere Vergangenheit zurückschauen, wenn wir Ideen für die Meisterung der Gegenwart und die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft erhalten wollen. Geschichte wiederholt sich ständig und ein Blick auf die erfolgreichen Lösungen unserer Vorfahren lohnt sich ebenso wie die Vermeidung historischer Fehler. Gerade die lange und ereignisreiche Geschichte unseres Landes Brandenburgs lädt dazu ein, aus der Vergangenheit zu lernen. Innerhalb weniger Generationen erwuchs aus dem als „märkische Streusandbüchse“ verspotteten, an Menschen und Rohstoffen armen Kurfürstentum Brandenburg die Großmacht Preußen, die die Geschicke Deutschlands sowie Europas maß-

geblich mitgeprägt hat. Dieser Aufstieg war nur durch eine vorausschauende Politik möglich, die aus dem rückständigen und ärmlichen Kurfürstentum Brandenburg einen modernen Staat geschaffen hat, der weltweit als Vorbild betrachtet wurde.

So steht Brandenburg-Preußen über die Grenzen des deutschen Kulturaumes hinaus für eine Reihe von Sekundärtugenden wie Bescheidenheit, Disziplin, Fortschrittlichkeit, Pünktlichkeit sowie Sparsamkeit. Charaktereigenschaften, die heute bei denjenigen, die die Geschicke unserer Heimat lenken, leider schmerhaft vermisst werden. Die Politik im Land Brandenburg muss sich wieder auf diese Tugenden zurückbesinnen, die einst zur Blüte unseres gesamten Staatswesens führten. Unsere preußischen Tugenden werden im Ausland noch heute bewundert und regelmäßig auf ganz Deutschland übertragen. Sie sind ein wichtiger Teil unserer nationalen Identität.

Zu dieser gehören aber auch wichtige geographische Orte und historische Daten, Bauwerke und Denkmäler, Bilder, Embleme und Symbole, literarische Werke, wie Liedgut und Dichtkunst, aber auch gemeinsame Traditionen und Feste. Diese teils über viele Jahrhunderte hervorgebrachten Merkmale unserer nationalen Identität dürfen nicht leichtfertig aufgegeben werden. Wir wollen diese für unsere Nachkommen erhalten, um Identitätskrisen vorzubeugen. Unsere Geschichte als identitätsstiftender Teil der Gesellschaft muss daher wieder stärker im Bewusstsein der Brandenburger verankert werden.

Unsere Schulen müssen deshalb ein ausgewogenes Bild der deutschen Geschichte vermitteln und sämtliche Epochen angemessen berücksichtigen. Die Kenntnis der deutschen Geschichte in ihrer ganzen Breite ermöglicht die Identifikation mit den positiven Ausprägungen und der Verantwortung aus der eigenen Geschichte und Kultur. Ein breites historisches Wissen umfasst u.a. das Mittelalter, die frühe Neuzeit mit dem deutschen Humanismus und der Reformation, aber auch die Deutschland lange Zeit prägende Epoche des Dreißigjährigen Kriegs. Ebenso sollte die kulturelle Blüte während der Aufklärung, Romantik und des Deutschen Idealismus während des 19. und frühen 20.Jahrhunderts nahegebracht werden, die das Ringen der Deutschen für Demokratie, freie Meinungsäußerung und Gedankenfreiheit umfasst. Bei der Darstellung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und ihrer

bis heute andauernden Folgen ist auch die Rolle des Einzelnen in einem totalitären Staat zu behandeln, um den Wert individueller Freiheiten zu erfahren. Unsere Leitkultur besteht nicht nur aus unserer Sprache, auch unsere kollektive Mentalität sowie unsere Gefühle prägen das, was uns als Gesellschaft ausmacht. Hinzu kommt unsere gemeinsame christlich-abendländische Kultur mit ihren Grundwerten und dem darauf aufbauenden Rechtsverständnis. All dies sehen wir in der Gegenwart ebenso als bedroht an wie die Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens. So wollen uns die Altparteien eine multikulturelle Gesellschaft aufzwingen. Dabei zeigen zahlreiche Beispiele aus der Geschichte, dass Multikulturalismus eine Quelle von Konflikten ist.

Die AfD im Land Brandenburg setzt sich entschieden dafür ein, unsere nationale Identität, unsere Kultur sowie unsere freiheitliche Lebensform gegen die Verfechter einer multikulturellen Gesellschaft zu verteidigen. Wir möchten uns zudem auf unsere gemeinsame preußische Vergangenheit zurückbesinnen und diese als Vorbild für die erfolgreiche Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft wieder aufleben lassen. Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Ordnung und Pflichtbewusstsein gegenüber den Brandenburgern müssen in unserem Landtag wieder eine Selbstverständlichkeit werden. Aus diesem Grund trägt unser Wahlprogramm den Titel:

**Die Vergangenheit bewahren,
unsere Zukunft gemeinsam gestalten!**

01 | Demokratie ist mehr, als alle fünf Jahre einen neuen Landtag zu wählen.

Demokratie und Staatsverständnis



Der Freistaat Preußen war zur Zeit der Weimarer Republik ein Bollwerk der Demokratie gegen die demokratiefeindlichen Kräfte der Kommunisten und Nationalsozialisten. Preußen war der stabilste Gliedstaat Deutschlands. Die AfD im Land Brandenburg sieht in Preußen nicht nur ein Vorbild für die eigene Politik, sie betrachtet sich zugleich als Bollwerk gegen undemokratische Verhaltensmuster der Altparteien. Wir stellen fest, dass unsere Demokratie in den vergangenen Jahren schweren Schaden genommen hat. Seit der Wiedergründung unseres Bundeslandes im Jahr 1990 haben die Altparteien in wechselnden Koalitionen über die Geschicke Brandenburgs entschieden. Sie sind es, die sämtliche Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten haben. Vor allem steht die stets von der SPD geführte Landesregierung hierbei für das institutionalisierte Versagen. Ob mit der Kreisgebietsreform oder mit ihrer Polizeireform, der Flughafenruine BER oder ihrer unsäglichen Asylpolitik – in so ziemlich allen Bereichen wurde auf Kosten der Menschen Steuergeld verschwendet. Und stets wurden wir Brandenburger nicht befragt, ob wir unser hart erarbeitetes Geld für diese so genannten „Reformen“, Großprojekte oder rein ideologisch motivierten „Wohltaten“ überhaupt ausgeben wollen. Auf die Sorgen, Ängste und Wünsche der Brandenburger gehen die Altparteien in der Regel nur in Wahlkampfzeiten und aus eigenem Machtinteresse ein, wenn überhaupt. Wir Brandenburger müssen mit den Folgen leben und werden bei berechtigten Widersprüchen in die rechte Ecke gestellt. So kann es nicht weitergehen.

Unsere Demokratie lebt davon, dass verschiedene Meinungen und Positionen in einem fairen Wettbewerb aufeinandertreffen. Wir wollen nicht nur auf dem Papier unserer Verfassung lesen können, dass wir die Möglichkeit haben, eigene Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksentscheid zu beschließen. Wir wollen auch tatsächlich über die wesentlichen Angelegenheiten mitentscheiden! Die AfD im Land Brandenburg steht grundsätzlich für einen anderen Regierungsstil. Unserem Verständnis von volksnaher Politik nach darf sich die Landesregierung so wenig wie möglich in das Leben der Brandenburger einmischen. Sie hat vielmehr dafür Sorge zu tragen, dass wir sicher und frei in unserem schönen Bundesland leben können, unser persönliches Eigentum geschützt wird, unsere Gesetze für jedermann gültig sind und niemand an Armut leiden muss. Eine wirklich freie Gesellschaft bedarf fester Grundregeln, die für alle Menschen gültig sind. Ausnahmen aufgrund von Herkunft oder religiöser Befindlichkeiten sind entschieden abzulehnen. Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich. Starke, eigenständige Kommunen, Landkreise und kreisfreie Städte in einem souveränen Brandenburg entsprechen unserem Ideal von einer freien Gesellschaft, in der grundsätzlich Entscheidungen

**Institutionelles
Versagen
verschwendet
Steuergelder**

**Die Einmischung der
Politik in das Leben
der Bürger muss
reduziert werden**

**Senken der Hürden
für Volksentscheide**

vor Ort getroffen werden. Daher wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen, um die Demokratie im Land Brandenburg nachhaltig zu stärken:

Wir geben den Brandenburgern eine echte Stimme und erleichtern Volksentscheide

Wir wollen die notwendige Unterschriftenzahl für erfolgreiche Volksinitiativen auf 10.000 und für Volksbegehren auf 40.000 senken. Damit würde die Hürde für die Einleitung eines Volksentscheides, bei dem alle brandenburgischen Wähler abstimmen können, deutlich gesenkt werden. Zu oft in den vergangenen Jahren wurden durch Politiker, die sich schon lange nicht mehr als Interessenvertreter ihrer Wähler betrachten, wichtige Entscheidungen an den Interessen des Volkes vorbei und auf dessen Kosten getroffen. So hatten wir Brandenburger weder in der Asylpolitik noch beim Thema BER ein Mitspracherecht. Die Folgen sind bekannt. Im Landtag haben wir in der Vergangenheit bereits ein entsprechendes Gesetz für mehr direkte Demokratie eingebracht, welches von den Altparteien abgelehnt wurde. Diese haben damals deutlich gezeigt, dass sie in Wirklichkeit mehr direkte Demokratie ablehnen und uns Brandenburgern ein eigenständiges Votum nicht zutrauen. Wir werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode für eine Stärkung der direkten Demokratie einsetzen.

Wir geben den Brandenburgern die Möglichkeit, über vom Landtag beschlossene Gesetze abzustimmen

Mit der Einführung so genannter fakultativer Referenden wollen wir es den Brandenburgern ermöglichen, über vom Landtag beschlossene Gesetze abzustimmen und diese ändern bzw. ablehnen zu können. Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes und umfasst in unseren Augen mehr, als alle fünf Jahre einen neuen Landtag zu wählen und in der Zwischenzeit die dort getroffenen Entscheidungen widerspruchslös hinnehmen zu müssen. Unser Vorbild ist die Schweiz, die das fakultative Referendum im Jahr 1999 eingeführt hat. Die Schweizer können innerhalb von 100 Tagen nach der Veröffentlichung bestimmter im Parlament verabschiedeter Beschlüsse eine Volksabstimmung über diese verlangen.

Wir setzen uns für eine Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages ein

Der Rundfunkstaatsvertrag ist durch das Land Brandenburg zu kündigen. Wir wollen das gesamte Zwangssystem der Öffentlich-Rechtlichen grundlegend reformieren und dadurch endlich Alternativen ermöglichen. Der Rundfunkbeitrag ist ungerecht und längst nicht mehr zeitgemäß. Bisher muss jeder Haushalt zahlen, egal ob die öffentlich-rechtlichen Sender überhaupt gesehen oder gehört werden. Jeder Brandenburger sollte selbst entscheiden können, ob er sein Geld für oft zu regierungstreue Meinungsmache ausgeben möchte. Mehr als die Hälfte der Rundfunkräte gehören Parteien oder parteinahmen Verbänden an. Dabei soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk eigentlich staatsfern sein. Vor allem autoritäre und totalitäre Regime bedienen sich staatlicher Eingriffe in die öffentliche Meinung durch gesteuerte Massenmedien. Eine Demokratie hingegen lebt vom freien Wettbewerb

der unterschiedlichen Meinungen und Ideen in der Gesellschaft.

Wir werden die Anzahl der Landtagsabgeordneten verringern

Der Landtag Brandenburg muss auf die sinkenden Bevölkerungszahlen reagieren. Im bundesdeutschen Durchschnitt kommen auf jeden Landtagsabgeordneten 42.000 Einwohner. Im Land Brandenburg sind es jedoch 28.400 Einwohner. Mit der Reduzierung von derzeit 88 auf 60 Sitze würde das Land Brandenburg beim Verhältnis zwischen Abgeordneten und Einwohnern im bundesdeutschen Durchschnitt liegen. Damit einhergehend wollen wir die Anzahl der Wahlkreise von 44 auf 30 verringern. Die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes ist weiterhin gewährleistet, wie die Erfahrungen in der aktuellen Legislaturperiode gezeigt haben. So hat längst nicht jedes Mitglied der Regierungskoalition aktiv am Parlamentsbetrieb teilgenommen.

Keinen Zugriff auf unsere Steuergelder durch Extremisten

Wir wollen von allen durch das Land Brandenburg finanziell geförderten Organisationen ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie einer den Zielen des Grundgesetzes förderlichen Arbeit. Zudem haben die Träger der durch das Land Brandenburg geförderten Maßnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten usw. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Es ist weiterhin sicherzustellen, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen verhindert wird. Die AfD lehnt jede Form von Extremismus ab. Die Bekämpfung von Islamismus, Links- und Rechtsextremismus muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden. Insbesondere unsere Kinder und Jugendliche müssen über die Gefahren extremistischer Aktivitäten aufgeklärt und sensibilisiert werden. Nicht zuletzt die massiven Ausschreitungen während des G20-Gipfels in Hamburg haben gezeigt, dass es in Deutschland ein massives Linksextremismus-Problem gibt. Auch das Land Brandenburg ist hiervon betroffen. Sowohl die Anzahl der Linksextremisten als auch die Intensität der Gewalt nimmt jedes Jahr weiter zu. Zudem professionalisiert sich die linksextremistische Szene beständig. Der Präventionsarbeit im Bereich Linksextremismus muss daher eine größere Bedeutung zukommen.

Die Bekämpfung von Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Mit Hilfe einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate erreichen



02 | Die klassische Familie als Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Familie und Demografie

Die klassische Familie aus Vater, Mutter und Kindern hat als Grundpfeiler unserer Gesellschaft seit jeher eine grundlegende Bedeutung für unser Miteinander. Sie ist auf die Weitergabe von Leben ausgerichtet und schafft die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie wird im besonderen Maße der Natur des Menschen gerecht, der zur Gemeinschaft bestimmt ist und auf Liebe, Fürsorge, Erziehung und Pflege angewiesen ist. Die Familie bietet ihren Mitgliedern einen festen Haltepunkt und Schutzraum in einem gesellschaftlichen Umfeld zunehmender Unsicherheit, fehlender Verlässlichkeit und Erosion von Vertrauen. Starke Familien sind daher für die Entwicklung jeder Person sowie der Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Für die AfD sind Kinder eine Bereicherung und keine bloße Anschaffung, wie leider oftmals zu hören ist. Das größte Risiko für unseren bescheidenen Wohlstand ist die derzeitige Bevölkerungsentwicklung, die nach gegenwärtigen Prognosen bis zum Jahr 2040 zu einem Rückgang von ca. 282.000 Personen gegenüber dem Jahr 2013 führen wird. Brandenburg wird dann nur noch rund 2,17 Millionen Einwohner zählen. Regional wirkt sich dieser Trend sehr unterschiedlich aus. Während im Umland von Berlin bis 2027 noch ein leichter Bevölkerungszuwachs zu erwarten ist, geht die Einwohnerzahl jenseits davon stetig zurück. Sinkende Kinderzahlen, die Abwanderung jüngerer Personen und eine stark zunehmende Seniorenzahl lassen das Durchschnittsalter der Brandenburger erheblich ansteigen. Folglich sinkt die Zahl der Erwerbstätigen, die als Steuerzahler die Stütze unserer märkischen Gesellschaft bilden. Dies hat weitreichende Konsequenzen für alle Lebensbereiche.

Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist kein geeignetes Mittel, um den demografischen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Vielmehr muss mit Hilfe einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzige tragfähige Lösung erreicht werden. Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Grundpfeiler unserer bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen zu Recht den besonderen Schutz des Staates. Im Grundgesetz wird der Schutz der Familie daher besonders betont. In der Realität sehen wir jedoch durch gesellschaftliche Entwicklungen, die durch eine verantwortungslose Politik flankiert werden, eine Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und somit das Verschwinden der klassischen Familien. Zudem kommt es in ganz Deutschland täglich zu etwa 300 Abtreibungen. Das ist die traurige Normalität. Die Wertschätzung für die traditionelle Familie und der Einsatz für schützenswertes ungeborenes Leben sind den Altparteien zunehmend abhandengekommen. Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden.

Eine kinderfreundliche Gesellschaft sicherstellen

Weitere Anreize zur Gründung einer Familie schaffen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Unser Ziel ist es, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Die AfD setzt sich daher für eine Stärkung der klassischen Familie ein, die mit den folgenden Maßnahmen gefördert werden soll:

Wir wollen insbesondere junge Menschen in ihrem Wunsch fördern, eine Familie zu gründen...

Häufig hängt die Erfüllung eines Kinderwunsches für Paare in erheblichem Maße von den eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Kinder bedeuten Freude, aber auch eine zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Lebenshaltungskosten und Einkommensverluste. Kinder sind für die AfD viel zu wichtig, als dass sie für Ihre Eltern ein Armutsrisko sein dürfen. Die AfD setzt sich daher für folgende familienpolitische Maßnahmen ein:

... indem wir ein Familiendarlehen einführen

Indem wir ein zinsfreies Familiendarlehen in Höhe von 25.000 Euro gewähren, welches mit der Geburt eines Kindes um jeweils 25 Prozent getilgt und ab dem dritten Kind komplett erlassen wird, wollen wir insbesondere junge Menschen dazu ermutigen, eine Familie zu gründen. In der DDR wurde diese Form der Familienförderung sehr erfolgreich betrieben. Die mit der Tilgung des Familiendarlehens verbundenen Risiken wollen wir mittels familienfreundlicher Rückzahlungsmodalitäten senken.

... indem wir Familien durch Landeswohnbauförderung in ihr Eigenheim bringen

Wir wollen es jeder Familie ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben, indem wir die Einkommensgrenzen für Familien zur Gewährung eines Landesdarlehens der Investitionsbank des Landes Brandenburg für selbstgenutzte Immobilien ausweiten, und den Kinderzuschlag sowie das zu gewährende Grunddarlehen erhöhen. Zudem soll der Erwerb von Bestandsimmobilien mit geringem Modernisierungsbedarf förderungsfähig werden. Häufig ist fehlendes Eigenkapital der Grund dafür, dass junge Familien ihren Traum vom Eigenheim nicht verwirklichen können. Hier sollen, geordnete Einkommensverhältnisse vorausgesetzt, Landesbürgschaften helfen. Der Wohnbau soll zudem flächendeckend gefördert werden.

... indem wir ein Landesbaukindergeld einführen

Indem wir ein Landesbaukindergeld einführen, welches nach der jeweiligen Kinderanzahl gestaffelt ist, wollen wir weitere Anreize zur Gründung einer Familie schaffen. Mit dem Landesbaukindergeld wollen wir Familien mit Kindern, die zum ersten Mal eine Immobilie kaufen oder ein Eigenheim bauen, finanziell fördern. Unser Ziel ist aber auch die Steigerung der viel zu niedrigen Eigenheimquote, um insbesondere Altersarmut vorzubeugen.

Familien finanziell entlasten

Kostenfreie Kinder-tagesstätten und Tagesverpflegung

... indem unsere Kinder tatsächlich in den Sozialversicherungskassen beitragsfrei mitversichert sind

Mit den Beiträgen zur Sozialversicherung wird das Bruttoeinkommen der gesamten Familie ohne jegliche Freibeträge belastet. Darin sind auch die Unterhaltsansprüche der Kinder enthalten. Wir treten dafür ein, dass diese Unterhaltsansprüche vom Bruttoeinkommen der Familie abgezogen und die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei gleichbleibenden Leistungsansprüchen nur auf das entsprechend verminderte Einkommen gezahlt werden müssen. Dies erleichtert allen Sozialversicherungspflichtigen die Familiengründung und gibt den Arbeitgebern einen Anreiz, Arbeitnehmer mit Kindern einzustellen.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern...

Unsere Arbeitsbedingungen müssen grundsätzlich familienfreundlicher werden. Insbesondere lange Wege zur Arbeitsstelle, zum Kindergarten oder zur Schule führen dazu, dass die kostbare Zeit, die wir mit unserer Familie verbringen können, immer weniger wird. Daher wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

...indem wir Familien finanziell entlasten und die Mobilität erhöhen

Zusammenleben von Jung und Alt bietet vielfältige Möglichkeiten
Wir fordern kostenfreie Tickets für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene in einer berufsqualifizierenden Ausbildungszeit zur Nutzung des ÖPNV, um Familien finanziell zu entlasten und die Mobilität im Land Brandenburg zu steigern. Außerdem fordern wir die Einführung der Rufbusse und den Ausbau der Streckennetze des ÖPNV im Land Brandenburg.

... indem wir die Ausbildung mit Kind sowie das Studium mit Kind unterstützen

Die AfD setzt sich für Hilfs- und Beratungsangebote ein, um junge Eltern in Ausbildung beziehungsweise im Studium zu unterstützen. Wir fordern eine flexible Ausgestaltung des Ausbildungs- beziehungsweise Studienverlaufs, insbesondere der Prüfungstermine. Der Zugang zum Fernstudium, das besser mit einer Familie zu organisieren ist, soll erleichtert werden. Durch diese Maßnahmen reagieren wir auf Untersuchungen, denen zufolge junge Eltern für ihr Studium im Durchschnitt vier Semester länger benötigen und dieses doppelt so häufig abbrechen wie kinderlose Studenten.

... indem wir ein- bis sechsjährige Kinder von den Kita-Gebühren komplett freistellen

Ländliche Räume müssen endlich wieder stärker in den Fokus rücken
Um unsere Eltern finanziell zu entlasten, wollen wir, dass Kinder eine Kindertagesstätte inklusive der Tagesverpflegung kostenfrei besuchen können. Insbesondere im ländlichen Raum wollen wir zudem kleine private Kindergärten fördern. Eltern mit minderjährigen Kindern sind finanziell erheblich belastet. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine auskömmliche finanzielle Unterstützung derjenigen Familien ein, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen. Eltern sollen frei wählen können, ob sie für ihre Kleinkinder eine professionelle Erziehungsdienstleistung in Anspruch nehmen oder ihre Kleinkinder selbst betreuen. Kinder sind für den Fortbestand unserer Gesellschaft viel zu wichtig, als dass sie ein Armutsrisiko darstellen dürfen.

... indem wir die Kitaleitungen von Betreuungsaufgaben freistellen

Die AfD setzt sich für eine Verbesserung des Leitungsschlüssels in Brandenburger Kindertagesstätten ein. Eine Freistellung von Betreuungsaufgaben ab einer Kitagröße von 40 zu betreuenden Kindern wird hierbei als angemessen erachtet.

... indem wir flexible Kita-Öffnungszeiten ermöglichen

Wir setzen uns für flexible Kita-Öffnungszeiten und innovative Betreuungsmodelle für die Zeit nach dem Hort ein, um dem Bedürfnis unserer Eltern nach flexiblen Betreuungszeiten Rechnung zu tragen. Unterstützend wollen wir kleine private Kindergärten und Tagesmütter insbesondere im ländlichen Raum fördern.

Kleine private Kindergärten und Tagesmütter fördern

... indem wir das Modell „Arbeiten von zu Hause“ fördern

Datenverkehr statt Berufsverkehr! Eine flächendeckende Modernisierung der bestehenden Netze macht es möglich, dass Büroarbeit auch von zu Hause aus verrichtet werden kann und entsprechende Arbeitsplätze auch im strukturschwachen ländlichen Raum angeboten werden können.

... indem wir Mehrgenerationenprojekte fördern

Wir wollen kreative Mehrgenerationenprojekte fördern. Diese können einen Beitrag für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Jahrtausendelang war es selbstverständlich, dass mehrere Generationen einer Familie unter einem Dach leben. Diese Solidarität wollen wir wiederbeleben: Das Zusammenleben von Jung und Alt bietet vielfältige Möglichkeiten, sich gegenseitig zu unterstützen. Daher wollen wir uns beispielsweise für die räumliche Nähe und für Patenschaften zwischen Kitas/Schulen und Seniorenheimen einsetzen. Kinder halten Ältere jung und fit. Zudem möchten sich viele ältere Brandenburger gern in ihrem Rentnerdasein aktiv in die Gesellschaft einbringen.

Verfall unserer Städte und Dörfer stoppen

... indem wir familienunterstützende, haushaltsnahe Dienstleistungen fördern

Viele Brandenburger, die gerne haushaltsnahe Dienstleistungen anbieten würden, wie die Reinigung der Wohnung oder Pflege des Gartens, scheuen den damit verbundenen bürokratischen Aufwand. Dabei können berufstätige Eltern mit Hilfe dieser Dienstleistungen unterstützt werden, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Wir wollen daher Projekte entwickeln und unterstützen, die es Interessierten erleichtern, entsprechende Dienstleistungen anzubieten.



03 | Zukunft für den ländlichen Raum: Gute Politik beginnt in den Kommunen. Kommunales und ländlicher Raum

**Stärkung der
kommunalen
Selbstverwaltung**

Brandenburg ist weit mehr als der Speckgürtel um Berlin. Seit Jahren jedoch werden die ländlichen Regionen Brandenburgs gegenüber dem engeren Verflechtungsraum um Berlin stark vernachlässigt. Diese Vernachlässigungen sind vor allem in den Kernbereichen Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Sicherheit unübersehbar. Die damit einhergehende Unterversorgung der ländlichen Bevölkerung ist eine von vielen Ursachen für die negativen demografischen Entwicklungen in Brandenburg. Die Politik steht in der Pflicht, bestehende Ungleichheiten der Lebensverhältnisse zu beseitigen und für einen entsprechenden Ausgleich zu sorgen. Unsere ländlichen Räume als Heimat des Großteils der Brandenburger müssen endlich wieder stärker in den Fokus der Landespolitik rücken. Zur Stärkung des ländlichen Raumes ist es erforderlich, dass das Land die richtigen Rahmenbedingungen für ein Leben fernab der Hauptstadtregion schafft. Andernfalls werden die wirtschaftlichen Aktivitäten in den ohnehin strukturschwachen Regionen Brandenburgs weiter abnehmen. Darüber hinaus muss auch dem Bevölkerungsdruck auf den Ballungsraum Berlin entgegengewirkt werden, um hier eine zu starke „Verdichtung“ mit all ihren negativen Folgen für Verkehrsaufkommen, Lebensqualität, Lebenshaltungskosten usw. zu vermeiden.

**Einheitliche Maß-
stäbe im Hinblick
auf die Rückzahlung
bestandskräftiger
Forderungen**

Gute Politik beginnt vor Ort in den Städten und Gemeinden. Unsere Kommunalpolitiker kennen sich mit den örtlichen Begebenheiten am besten aus. Durch die Einrichtung einer Kommunalkammer, welche die Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung vertritt und zugleich die kommunale Selbstverwaltung erheblich stärkt, wollen wir unsere Kommunalpolitiker zukünftig bei der Landesgesetzgebung stärker berücksichtigen. Zusätzlich ist die Verteilung der Steuermittel zwischen Land und Kommunen neu zu regeln, um den Verfall unserer Dörfer und Städte zu stoppen und diese zugleich fit für die Zukunft machen. Die Mehrzahl der Kommunen ist nicht in der Lage, ihre Aufgaben mit Hilfe der eigenen Steuereinnahmen zu erfüllen. Um zu verhindern, dass die Attraktivität unserer brandenburgischen Dörfer in Zukunft darunter leidet, dass immer öfter der Rotstift angesetzt werden muss, sind finanziellen Rahmenbedingungen unserer Kommunen zu verbessern. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Landbevölkerung eine attraktive Heimat vorfindet statt eines fremdbestimmten Lebens im Vorgarten von Berlin. Dies wollen wir mit den folgenden Maßnahmen erreichen:

Wir wollen unsere Dörfer und kleinen Landstädte stärken und den Zuzug in den ländlichen Raum fördern

Wir wollen Voraussetzungen schaffen, dass die Attraktivität unserer Dörfer und Kleinstädte erhöht wird, indem die Ansiedlung von Arztpraxen, Apotheken und Postfilialen durch die Verbesserung der Bus- und Bahnbindungen erleichtert wird. Wir wollen Märkte und Hofläden im ländlichen Raum durch Bürokratieabbau im Genehmigungsverfahren fördern.

Wir wollen eine Kommunalkammer einführen

Indem wir ein Gremium mit eigenen Kompetenzen schaffen, welches die Interessen der Landkreise und kreisfreien Städte durch ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung vertritt, stärken wir die kommunale Selbstverwaltung in erheblichem Maße. Unser Vorbild ist der Deutsche Bundesrat, der als Vertretung der Bundesländer agiert und deren Interessen gegenüber dem Deutschen Bundestag vertritt. Die Kommunalkammer soll dementsprechend als Vertreterin der Landkreise und kreisfreien Städte eingerichtet werden und diesen ein Mitspracherecht bei der Landesgesetzgebung geben. Der Kommunalkammer sind kommunale Interessen tangierende Gesetzesvorlagen zur Beratung zuzuleiten. Sie kann ihrerseits im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anträge und Gesetzesvorlagen in den Landtag einbringen und gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz Einspruch erheben.

**Der Dienst, den
Freiwillige in diesen
Organisationen
leisten, ist
unentgeltlich**

Wir wollen die Altanschließer-Problematik gerecht lösen

Die aufgrund verfassungswidriger Beitragsbescheide bestehenden durchsetzbaren Rückzahlungsansprüche der Beitragszahler müssen schnellstmöglich durch die betroffenen Zweckverbände und Kommunen festgestellt und zurückgewährt werden, ohne Wenn und Aber! Wir werden uns dafür einsetzen, dass durch die Landesregierung einheitliche Maßstäbe im Hinblick auf die Rückzahlung bestandskräftiger Forderungen erarbeitet werden. Ferner sind drohende Zahlungsunfähigkeiten der Zweckverbände und Kommunen abzuwenden. Bereits am 12. November 2015 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die rückwirkende Erhebung von Beiträgen rechtswidrig war. Gleichwohl hat sich in der Folgezeit ein Großteil der betroffenen Verbände und Eigenbetriebe geweigert, die bestandskräftig gewordenen aber rechtswidrigen Bescheide aufzuheben und die Rückzahlung der erhaltenen Beträge vorzunehmen. Lediglich diejenigen Betroffenen, die fristgemäß Widerspruch eingelegt haben, erhielten die rechtswidrig erhobenen Beträge zurück. Straßenausbaubeiträge müssen komplett abgeschafft werden.

**Jugendfeuerwehren
müssen massiv
unterstützt werden**

Wir wollen die Straßenausbaubeiträge und Straßenerschließungsbeiträge endlich abschaffen

In den vergangenen Jahren haben immer mehr Bundesländer die unsägliche Praxis der Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Auch für das Land Brandenburg ist die Zeit für die Abschaffung gekommen. Es muss aber vermieden werden, dass Kommunen aufgrund leerer Kassen auf den Straßenausbau verzichten. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Kosten für den Neu- bzw. Ausbau unserer Straßen

vom Land übernommen werden. Straßenbau und Infrastruktur sind grundsätzlich Teil der staatlichen Daseinsfürsorge. Die Kommunen können allerdings die Kosten für den Neu- oder Ausbau von Straßen zum Teil von den Anwohnern zurückverlangen. Leider ist es gängige Praxis, dass die Anwohner dabei ordentlich zur Kasse gebeten werden. Dabei sind Beiträge von manchmal mehreren 10.000 Euro für viele Hauseigentümer existenzgefährdend. Oftmals ergibt sich auch kein besonderer Vorteil aus dem Straßenausbau vor der eigenen Haustür.

Wir wollen unsere anerkannten Hilfsorganisationen attraktiver gestalten

Zur Steigerung der Mitwirkung in Hilfsorganisationen, die bei Natur- und Katastrophenfällen herangezogen werden, werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die freiwilligen Dienste, wie zum Beispiel beim Deutschen Roten Kreuz, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk und unseren freiwilligen Feuerwehren über zusätzliche Rentenpunkte vergütet werden. Alternativ werden wir uns für ein landeseigenes Zusatzversorgungssystem einsetzen. Die freiwilligen Helfer sollen dabei selbst entscheiden können, ob sie Rentenpunkte oder Zeitgutschriften erwerben. So soll jedes aktive Dienstjahr zum Erwerb eines zusätzlichen Monats Rentenanspruch führen. Der Dienst, den Freiwillige in diesen Organisationen leisten, ist unentgeltlich und bietet keinerlei finanzielle Abgeltung. Die Folge sind Nachwuchsprobleme, insbesondere seit dem Wegfall der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Ersatzdienst.

Wir wollen die Attraktivität der Feuerwehren

durch eine angemessene landeseinheitliche Aufwandsentschädigung erhöhen

Wir wollen unsere Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren tatkräftig unterstützen. Wir wollen daher eine angemessene landeseinheitliche Aufwandsentschädigung einführen. Dazu sind das Brandenburgische Katastrophenschutzgesetz und das kommunale Abgabengesetz so anzupassen, dass die Aufwandsentschädigungen klar definiert werden. Eine angemessene, standardisierte Ausrüstung sowie regelmäßige Aus- und Weiterbildungslehrgänge sind bereitzustellen. Eine angemessene Ausrüstung umfasst sowohl eine leichte Einsatzbekleidung als auch flexibel einsetzbare leichte Löschfahrzeuge. Der Gewinn neuer Kameraden ist für uns von besonderer Bedeutung. Gab es im Jahr 2010 noch 45.600 Feuerwehrleute, so werden es Mitte des kommenden Jahrzehnts nur noch etwa 30.000 sein. Deshalb müssen Jugendfeuerwehren durch Werbemaßnahmen sowie finanziell massiv unterstützt werden. Der Schutz von Menschen und Natur, unserer Wälder und Heidelandschaften darf nicht Sparzwängen geopfert werden.

Wir wollen den brandenburgischen Breiten- und Spitzensport fördern

Wir fordern eine größere politische und mediale Anerkennung für sportliches Engagement sowie sportliche Erfolge. Wir wollen unsere Sportinfrastruktur erhalten und weiter ausbauen, da sie von herausragender Bedeutung für unseren Schul-, Breiten- und Spitzensport ist. Weiterhin wollen wir eine umfassende und gezielte Förderung von Sportlern und Sportvereinen verwirklichen.

Etwa 350.000 Brandenburger treiben in über 3.000 Vereinen gemeinsam Sport. Sport macht Spaß, ist identitätsstiftend, fördert den zwischenmenschlichen Zusammenhalt und hat einen positiven Einfluss sowohl auf die körperliche Gesundheit des Einzelnen als auch die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden des Volkes als Ganzes.

Wir wollen den kommunalen

Finanzausgleich zugunsten unserer Kommunen reformieren

Die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Kommunen ist mit einer Änderung des kommunalen Finanzausgleichs neu zu regeln. Die Kommunen im Land Brandenburg sind gemäß Kommunalverfassung mit einer Vielzahl an Aufgaben ausgestattet. Die Steuerarten und -einnahmen der Kommunen sind allerdings begrenzt und im Wesentlichen von der Einwohnerzahl und der Anzahl sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Unternehmen abhängig. Die meisten Kommunen im Land Brandenburg sind unterfinanziert und können ihre pflichtigen Aufgaben kaum aus den Steuereinnahmen finanzieren. Ausgaben für freiwillige Leistungen, wie die Einrichtung von Kultur- oder Sportstätten, müssen aufgrund der knappen Kassenlage oftmals sogar auf ein Minimum reduziert werden. Trotz Sparmaßnahmen wächst zudem die Verschuldung der meisten brandenburgischen Kommunen stetig. Es ist Aufgabe des Landes, die Kommunen zu stärken.

Wir wollen das Kommunalabgabengesetz

ändern, um Musterprozesse zu ermöglichen

Wir setzen uns für die Zulassung von Musterklagen in Prozessgemeinschaften durch eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes ein. Dadurch wird den Betroffenen eine rechtliche Prüfung der gegen sie gerichteten Bescheide ermöglicht. Musterprozesse kommen letztlich aber auch den Kommunen und der Justiz zugute, da sie die Zahl gerichtlicher Streitigkeiten reduzieren. Bei der Erschließung von Grundstücken und dem Ausbau von Straßen werden Anlieger immer wieder mit Beitragsforderungen konfrontiert, die für sie rechtlich und tatsächlich nicht nachvollziehbar sind. Auch wenn sie Widerspruch gegen die Beitragsbescheide einlegen, haben sie als Einzelne vielfach nicht die finanziellen Möglichkeiten, die Rechtmäßigkeit der Bescheide gerichtlich überprüfen zu lassen. Das stört dauerhaft den Rechtsfrieden und belastet das Verhältnis zwischen Brandenburgern und Kommunalverwaltung.



04 | Wer ordentlich arbeitet, der muss davon auch ordentlich leben können.

Arbeit und Soziales

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhardts. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage einer freien, demokratischen Gesellschaft. Sie ist am besten geeignet, unseren Wohlstand zu sichern und sozialen Ausgleich herbeizuführen. Fast 30 Jahre nach der Wende liegen unsere Löhne jedoch noch immer fast 24 Prozent unterhalb des westdeutschen Durchschnittseinkommens. So beträgt das monatliche Einkommen im Land Brandenburg im Mittel 2.493 Euro brutto. Die Unterschiede bei Vermögen, Erbschaften und Eigentum sind noch immer enorm. Zwar schätzen wir den Markt als unverzichtbares Instrument für die Verteilung von Ressourcen, gleichwohl müssen dem Marktwirken dort Schranken gesetzt werden, wo es dem Menschen und der Gemeinschaft schadet. Brandenburgische Arbeitnehmer leisten ebenso gute Arbeit wie ihre westdeutschen Kollegen, aber sie werden für die gleiche Leistung deutlich schlechter bezahlt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, an dem die Altparteien eine erhebliche Mitschuld tragen. Sie haben Investitionen in die Infrastruktur und die öffentliche Daseinsvorsorge unterlassen. Die Altparteien haben es auch versäumt, frühzeitig auf den demografischen Wandel zu reagieren. Und anstatt danach zu fragen, wie Mittel effizienter eingesetzt werden können, werden Steuergelder auf Kosten zukünftiger Generationen nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Hinzu kommen Milliarden an Migrationskosten für Einwanderer, die nicht arbeiten, aber Sozialleistungen beziehen und noch dazu die Gesundheitskarte freizügig einsetzen.

Unsere Sozialpolitik darf sich nicht darauf beschränken, vermeintliche Almosen zu verteilen, die uns vorher über exorbitante Steuern aus den Taschen gezogen wurden. Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, die allen Brandenburgern eine freie Entfaltung ihrer Möglichkeit und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, und zwar einschließlich derer, die aus eigener Kraft kein auskömmliches Einkommen erwirtschaften können. Die AfD tritt grundsätzlich für die Bewahrung des sozialen Friedens und den Erhalt unserer Solidargemeinschaft ein. Wir wollen zugleich die Eigeninitiative fördern und stärken, indem wir sowohl Menschen als auch Unternehmen in die Lage versetzen, wirtschaftlich erfolgreich tätig zu sein. Denn Vollbeschäftigung ist in unseren Augen die beste Sozialpolitik. Viele Menschen arbeiten bereits heute in Vollzeit und können ihren Lebensunterhalt dennoch nicht selbstständig begleichen. Die Folge ist, dass sie zusätzlich Sozialleistungen beziehen müssen. Dies dürfen wir nicht länger hinnehmen. Eltern, die jeden Tag aufstehen, um ihre Familie zu ernähren, müssen einen Anreiz bekommen und dürfen nicht dafür bestraft werden. Wer ordentlich arbeitet, der muss davon auch ordentlich leben können.

Die Unterschiede bei Vermögen, Erbschaften und Eigentum sind noch immer enorm

Unsere Solidargemeinschaft erhalten, Eigeninitiative fördern und stärken

Wir wollen den Mindestlohn erhöhen

Der Mindestlohn ist viel zu niedrig, um Geringverdiennern ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Wir streben daher eine Bundesratsinitiative zur Anhebung des Mindestlohns an. Wir wollen zudem die Dokumentationspflichten der Arbeitgeber auf ein Mindestmaß reduzieren, um die damit verbundene unnötige Bürokratie zu beseitigen. Berechnungen des Bundes der Steuerzahler zeigen, dass Familien mit zwei Kindern pro Monat mindestens 2.540 Euro brutto verdienen müssen, um das Niveau eines Hartz-IV-Empfängers zu erreichen. Das entspricht einem Stundenlohn von 15,40 Euro! Der Mindestlohn ist hauptsächlich notwendig geworden, da uns der Staat zu tief in die Tasche greift und die bewährte soziale Marktwirtschaft mit teilweise falschen Rahmenbedingungen behindert wird. So arbeiten wir Brandenburger den größten Teil des Jahres über, um die viel zu hohen Steuern und Abgaben an den Staat abführen zu können. Von jedem verdienten Euro bleiben uns weniger als 50 Cent zur freien Verfügung übrig! Wir sind für eine faire Arbeitswelt auf Landesebene und fordern die Städte und Kommunen auf, auf den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen zu verzichten. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen auf so genannte prekäre Arbeitsverhältnisse, wie Leiharbeit und Zeitarbeit, verzichten, weil sie eine Vorbildfunktion für den privaten Arbeitsmarkt haben sollen.

Verzicht von Leih- und Zeitarbeit

Wir wollen ein Konzept zur Bekämpfung der Armut im Land Brandenburg erarbeiten

Wir wollen unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen einen Runden Tisch für ein lösungsorientiertes Konzept zur Bekämpfung der Armut im Land Brandenburg einrichten, um dieses gesamtgesellschaftlichen Problems Herr zu werden. Armut in ihren verschiedenen Facetten betrifft leider viele der im Land Brandenburg lebenden Menschen. Studien zufolge sind im Land Brandenburg gemessen am Landesmittel fast 20 Prozent der unter 18-Jährigen armutsgefährdet! Hinzu kommt eine wachsende Zahl einkommensschwacher Familien und Menschen, die im Alter von der Grundsicherung leben müssen bzw. von Altersarmut bedroht sind.

Dies ist ein Armutszeugnis für die seit 1990 im Land regierenden angeblichen Sozialdemokraten.

Sach- statt Geldleistungen für Ausreisepflichtige

Keine Sozialleistungen für bestandskräftig ausreisepflichtige Ausländer

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausreisepflichtige ohne Verzug zur freiwilligen Ausreise bewegt werden. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so sind sie unverzüglich abzuschieben. Ausreisepflichtige sollen zudem nur noch Sachleistungen erhalten. Die unkontrollierte Massenzuwanderung der vergangenen Jahre hat den sozialen Frieden in unserem Land schwer beschädigt und zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. Eine verantwortungsvolle Sozialpolitik darf nicht eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme befördern oder gar belohnen. Sozialleistungen sind für die sozial schwachen Mitglieder unserer Solidargemeinschaft gedacht. Es ist für uns nicht hinnehmbar, bestandskräftig ausreisepflichtigen Ausländern Sozialleistungen zu gewähren, anstatt umgehend ihre Ausreise zu erwirken.

Wir wollen das Wohngeld erhöhen und die Antragstellung vereinfachen

Eine wirtschaftlich und sozial vernünftige Alternative zum sozialen Wohnungsbau kann unserer Meinung nach nur das Wohngeld sein, welches bedarfsgerecht ausgestaltet und sozial verträglich ist. Zusätzlich wollen wir die Wohnungsgenosseenschaften wiederbeleben. Die Politik versucht seit Jahren mit dem Einsatz von Steuergeldern zugunsten sozial schwacher Bevölkerungskreise regulierend in den Wohnungsmarkt einzutreten. Hierzu werden Förderprogramme für den Bau von Wohnraum aufgelegt. Der so genannte soziale Wohnungsbau verfehlt aber häufig sein Ziel, sozial schwächeren Menschen preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Zudem besteht die Gefahr, dass man heute für teures Geld staatlich subventionierten Wohnraum schafft, der morgen durch den demografischen Wandel leer stehen wird.

Wir wollen den Zugang zum bestehenden bezahlbaren Wohnraum gerechter gestalten

Bevölkerungsgruppen, die bereits eine Leistung für unser Land erbracht haben, dürfen grundsätzlich nicht benachteiligt werden. Daher fordern wir die Wiederherstellung der Gerechtigkeit beim Zugang zum bestehenden sozialen Wohnraum.

Wir wollen mehr Wertschätzung für unsere Senioren

Wir setzen uns für ein würdevolles, selbstbestimmtes und gesellschaftlich sozialintegriertes Leben aller Senioren ein. Konkret wollen wir durch Betreuungsvereine, selbstständige Berufsbetreuer und ehrenamtliche Betreuer umsorgte Menschen besser vor fachlichen Mängeln und missbräuchlicher Nutzung der rechtlichen Betreuung schützen. Es ist uns eine Herzensangelegenheit, die Lebensleistung unserer ehemaligen Leistungsträger gerade im Alter zu honorieren.

Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, daher dürfen nicht primär die Kinder in erster Linie zur finanziellen Unterstützung ihrer Eltern und darüber hinaus dieselben Nachkommen zur Finanzierung aller Senioren herangezogen werden. Dies benachteiligt Familien doppelt gegenüber kinderlosen.

Wir wollen die Verschwendungs sucht der Sozialindustrie eindämmen

Wir möchten sämtliche Unternehmen der Sozialindustrie regelmäßig und unabhängig überprüfen, damit Verschwendungsfälle eingedämmt und ineffiziente Strukturen aufgeklärt werden können. Mit keiner Lobby sind die Altparteien so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie. Ehemalige und gescheiterte Politiker der Altparteien finden hier regelmäßig eine Weiterbeschäftigung, wenn sie abgewählt wurden. Bundes- und Landesrechnungshöfe weisen immer wieder auf Steuergeldverschwendungen im Sozialsektor hin. Gründe hierfür sind mangelnde Transparenz und Versagen der öffentlichen Verwaltung durch fehlende Wirtschaftlichkeitsberechnungen, pauschale Mittelzuweisungen, Nichtwahrnehmung von Handlungs- und Steuerungspflichten, Verstöße gegen das Haushaltrecht und fehlende Erfolgskontrolle. Das Geld muss dort ankommen, wo es benötigt wird: bei den Bedürftigen.

**Das Wohngeld als
Alternative zum
sozialen Wohnungs-
bau**

**Umsorge Men-
schen besser vor
fachlichen Mängeln
und missbräuch-
licher Nutzung
schützen**

**Mit keiner Lobby
sind die Altparteien
so eng verbunden
wie mit der Wohl-
fahrtsindustrie**

05 | Gesundheit ist unser höchstes Gut. Gesundheit und Pflege

Zu den wichtigen Aufgaben eines Staates gehört zweifelsohne die Gesundheitsversorgung für seine Bevölkerung. Als Kernprovinz Preußens nahm Brandenburg hier bis 1945 im deutschlandweiten Vergleich eine führende Rolle ein. So wurde in der damals noch zur Provinz Brandenburg gehörenden Hauptstadt Berlin im Jahr 1810 der Lehr- und Forschungsbetrieb in der Charité aufgenommen. Aus diesem hervorgegangen ist mehr als die Hälfte aller deutschen Nobelpreisträger für Medizin bzw. Physiologie. Auch heute noch ist die Gesundheitswirtschaft ein wichtiger Motor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Die Unternehmen der Gesundheitsbranche bieten attraktive und zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten für über 100.000 Menschen und erwirtschaften jährlich über 5 Milliarden Euro. Zu den Unternehmen bzw. Einrichtungen zählen wissenschaftliche Institute, Kliniken und Kurorte, leistungsstarke und innovative Unternehmen aus Medizintechnik, Bio-technologie, der Ernährungs- oder Wellnessbranche.

Die Landesregierung hat es versäumt, eine gute medizinische Versorgung in der Fläche in Brandenburg aufzubauen. Hier wollen wir gegensteuern. Eines der vielen Probleme ist die ungleiche Verteilung der Arztpraxen zwischen Speckgürtel und ländlichem Raum. Wir wollen es für Ärzte wieder attraktiver machen, sich vermehrt auf dem Land niederzulassen. Auch unsere Kommunen und Landkreise sehen wir hier in der Pflicht, entsprechende Anreize zu schaffen. Gesundheit ist schließlich das höchste Gut des Menschen. Auch dem Reichen nutzt das viele Geld nichts, wenn er krank ist. Die Gesundheit der Menschen im Land Brandenburg zu schützen, muss daher das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Hier müssen wir bereits bei der Krankheitsvorbeugung ansetzen, um so die Grundlage für ein langes Leben in Gesundheit und Wohlergehen zu ermöglichen.

Der demografische Wandel einerseits und der medizinisch-technische Fortschritt andererseits erfordern mehr denn je ein effizientes Gesundheitswesen. Eine rein ökonomisch gesteuerte Ausrichtung medizinischer Versorgung darf dabei nicht maßgeblich den Einsatz medizinischer Leistungen bestimmen. Eine fürsorgliche, individualisierte Medizin steht vor der Wirtschaftlichkeit. Der Mensch muss stets im Mittelpunkt des Handelns stehen. Das Gesundheitswesen hat sich am Patienten, seiner unantastbaren Würde und an seinen Grundrechten auszurichten. Die AfD setzt sich für eine an diesem Leitbild orientierte sinnvollere Verteilung und Nutzung der vorhandenen finanziellen Ressourcen ein. Hierbei sind alle Ebenen der größtmöglichen Transparenz verpflichtet. Konkret wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:



**Die Landesre-
gierung hat es
versäumt, eine
gute medizinische
Versorgung in der
Fläche in Branden-
burg aufzubauen**

**Eine fürsorgliche,
individualisierte
Medizin
steht vor der
Wirtschaftlichkeit**

Die ambulante fachärztliche Versorgung muss dringend verbessert werden

Wir wollen den Ärztemangel auf dem Land beheben und die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum absichern

Das Land Brandenburg braucht mehr Ärzte im ländlichen Raum, die idealerweise auch im Land ausgebildet werden. Der Zugriff auf junge Mediziner, vor allem aus Mittel- und Südosteuropa, die ihren Heimatländern fehlen, darf kein Dauerzustand werden. Außerdem muss die ambulante fachärztliche Versorgung dringend verbessert werden. Ebenso bedenklich ist die Situation in den ländlichen Krankenhäusern, die freie Arztstellen nicht besetzen können. Dem Land fehlt zur Sicherung der medizinischen Versorgung eine staatliche medizinische und pharmazeutische Fakultät. Daher fordert die AfD:

- Zuschüsse der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg für Niederlassungen im ländlichen Raum sind aus dem Landeshaushalt im erforderlichen Maße zu erhöhen.
- Die Bürokratie in Praxen und im Krankenhaus ist abzubauen, so dass mehr ärztliche Arbeitszeit für die Patientenversorgung aufgewendet werden kann.
- Insbesondere für den öffentlichen Gesundheitsdienst, der künftig eine immer wichtigere Rolle spielen wird, fordern wir eine stärkere Mitbestimmung und Mitgestaltung der Landkreise als zentrale Akteure der kommunalen Daseinsvorsorge.
- Die AfD setzt sich für eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Hebammenversorgung sowie eine wohnortnahe Geburtshilfe in Brandenburg ein und wird weiteren Schließungen von geburtshilflichen Abteilungen in Krankenhäusern – vor allem in ländlichen Regionen – entgegenwirken. Dazu zählen auch eine bessere Bezahlung von Hebammenleistungen sowie regelmäßige statistische Erhebungen über den Bedarf der Hebammenversorgung im Land.
- Das Schulgeld wird für alle staatlich anerkannten Ausbildungsberufe abgeschafft.
- An der BTU ist die Errichtung einer Medizinischen Fakultät anzustreben.
- Um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, streben wir Stipendienvereinbarungen an, mit denen eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit im Land Brandenburg verbunden ist.
- Es ist das Breitbandnetz auszubauen, so dass telemedizinische Angebote als Ergänzung zum Praxisbesuch bereitgestellt werden können.

Wir wollen den Fachkräftemangel in der Pflege beheben

Um in Zukunft über genügend selbst ausgebildete Pflegekräfte verfügen zu können, fordern wir die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Zahl von Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen. Angehende Pfleger sollen eine fundierte, praxisbezogene Ausbildung erhalten.

Um dem Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken, streben wir Stipendienvereinbarungen an, mit denen eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit im Land Brandenburg verbunden ist. Des Weiteren wollen wir die finanziellen Rahmenbedingungen verbessern und uns unter anderem dafür einsetzen, dass die Gehälter zwischen Ost und West angeglichen werden. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wollen wir zudem die Bildung von Betriebs- und Personalräten in Pflegeeinrichtungen unterstützen. Im Land Brandenburg sollen Kranke und Pflegebedürftige durch ausreichend viele qualifizierte und motivierte sowie der deutschen Sprache mächtigen Pflegekräfte versorgt werden können. Mit Hilfe von Landesmitteln wollen wir Arbeitgeber in der Pflegebranche finanziell unterstützen und so ein besseres Tarifniveau für unsere Pflegekräfte erwirken.

Wir wollen die Budgetierung für Ärzte und Zahnärzte abschaffen

Die Budgetierung weist Ärzten und Zahnärzten ein begrenztes Volumen an Behandlungsleistungen nach einem bestimmten Punktesystem zu. Meist ist das Volumen in den ersten zwei Monaten des Quartals aufgebraucht. Bei den Patienten führt das oftmals zu Terminverschiebungen in das nächste Quartal. Wir fordern daher, dass die Budgetierung zum Wohl der Patienten und für eine durchgehend leistungsgerechte Honorierung der Ärzte und Zahnärzte abgeschafft wird. Hierzu streben wir eine Bundesratsinitiative an. Der finanzielle Mehrbedarf soll aus dem allgemeinen Steueraufkommen beglichen werden. Wir lehnen Beitragserhöhungen für die Patienten ab.

Wir wollen eine bessere Überwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten

Der im Juli 2018 aufgedeckte Medikamentenskandal darf sich nicht wiederholen und ist zudem umfassend aufzuarbeiten. Die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfrei wirksamen Arzneimitteln und Medizinprodukten ist in diesem Land leider keine Selbstverständlichkeit mehr und muss wieder dauerhaft sichergestellt werden. Die AfD fordert, dass das zuständige Dezernat im Landesgesundheitsamt sowie das zuständige Referat im Gesundheitsministerium jeweils mit ausreichenden Dienstposten für Überwachungsaufgaben auszustatten sind. Weiterhin wollen wir uns im Bundesrat für die Abschaffung der Parallelimportquote der Arzneimittel einsetzen.

Wir fordern eine genaueste Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse

Die Medizinausbildung in Deutschland bewegt sich auf höchstem Niveau und stellt hohe Ansprüche an Studenten und in der Facharztausbildung. Gleichermaßen muss für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse gelten, insbesondere von Medizinern, die ihre Abschlüsse außerhalb der EU erworben haben. Die AfD fordert eine genaueste Prüfung der Abschluss- und Arbeitszeugnisse, sofern keine Gleichwertigkeit nach geltendem EU-Recht gegeben ist. Darin sind Kontaktdaten anzugeben, aufgrund derer die deutschen Auslandsvertretungen den Werdegang des Bewerbers überprüfen können.

Bedarfsgerechte Zahl von Ausbildungsplätzen in Pflegeberufen sicherstellen

Ausländische Abschluss- und Arbeitszeugnisse genau prüfen

Vor Erteilung einer Approbation an einen Nicht-EU-Ausländer ist anstatt der bisherigen „Gleichwertigkeitsprüfung“ eine Fachprüfung analog dem deutschen Staatsexamen abzulegen. Mediziner aus dem Ausland müssen sich mit dem Patienten auf einem mindestens guten allgemeinsprachlichen Niveau (C1-Niveau) verständigen können sowie die medizinische Fachterminologie beherrschen.

Wir wollen die Krankenhausfinanzierung verbessern

Bei der Krankenhausfinanzierung herrschen seit Jahren Innovationsstau und Unterfinanzierung, die bestehende kommunale Kliniken an den Rand der Arbeitsfähigkeit bringen. Zum Schutz der Patienten und für die Arbeitsfähigkeit des Klinikpersonals muss mehr Geld in die Hand genommen werden. Die AfD will daher zum Schutz der Brandenburger jährlich zusätzlich mindestens 10 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung bereitstellen.

**Bessere
Koordinierung der
Einsätze
im Speckgürtel**

Wir wollen die Rettungszeiten im Land Brandenburg verkürzen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Rettungsdienste im Land Brandenburg grundsätzlich die gesetzlich vorgesehene Frist von 15 Minuten einhalten, in denen ein Rettungswagen vor Ort sein muss. Das Sicherheitsempfinden der Brandenburger hängt nicht nur davon ab, wie schnell die Polizei nach einem Notruf zur Hilfe kommt, sondern auch davon, wie schnell gegebenenfalls Feuerwehr und Notarzt vor Ort sind. Gerade bei medizinischen Notfällen zählt jede Sekunde. Wir wollen uns zudem aber auch für eine bessere Koordinierung der Einsätze im Speckgürtel einsetzen. Entlang der Landesgrenze Berlin/Brandenburg werden die Einsatzorte in der Regel nur von den Rettungsdiensten des jeweiligen Landes angefahren, und zwar auch dann, wenn grenznahe Standorte von Notarztwagen im Nachbarland einen schnelleren Rettungseinsatz ermöglichen würden.

**Junge Menschen
früh für eine
gesunde
Lebensführung
sensibilisieren**

Wir wollen eine vorbeugende Gesundheitserziehung fördern

Wir wollen die vorbeugende Gesundheitserziehung und Informationsangebote ausbauen. Durch entsprechende Präventionsprogramme, Förderung des Breitensports und Angebote in Kindergärten und Schulen wollen wir erreichen, dass die jungen Menschen von vornherein für die Risiken einer ungesunden Lebensführung sensibilisiert und zu einer gesundheitsbewussten Lebensführung angeregt werden. Falsche Ernährung, zu wenig Bewegung sowie der Konsum von Alkohol, Zigaretten und Drogen schwächen die Gesundheit und sind Ursache vieler Erkrankungen. Durch eine in die Ausbildung integrierte vorbeugende Gesundheitserziehung kann erreicht werden, dass sich das allgemeine Gesundheitsniveau und damit auch die Lebensqualität vieler Menschen verbessert.

Wir wollen die Pflege durch Angehörige aufwerten

Wir wollen die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige in einer vertrauten familiären Umgebung stärken und daher die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege der Eltern entscheiden können. In Deutschland werden derzeit mehr als 70 Prozent der Pflegebedürftige

zu Hause gepflegt. Dabei sind die Pflegesätze für Pflegedienste in allen Pflegestufen doppelt so hoch wie die für eine Pflege durch Angehörige. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugeleichen. Wir wollen die Familienarbeit in der Pflege als Beitrag für das Gemeinwohl gesellschaftlich anerkennen. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden.



06 | Heimat bewahren: Tiere und Umwelt schützen.

Tier- und Umweltschutz

**Eine artgerechte
Haltung von Tieren
muss durchgesetzt
werden**

Die Größe und den Fortschritt einer Gesellschaft und ihrer Kultur erkennt man an ihrem Bewusstsein für ihre schwächsten Mitgeschöpfe. Die AfD setzt sich deshalb für eine konsequente Umsetzung der Tierschutzgesetze ein. Tiere sind Lebewesen und keine Sachgegenstände. Einem Tier darf nach dem Tierschutzgesetz „nicht ohne einen vernünftigen Grund“ Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Es gilt daher, die immer noch praktizierten Missstände im Umgang mit unseren Tieren und deren Haltung aufzuzeigen und auszuräumen. Die gesetzlich vorgeschriebene artgerechte Haltung von Tieren muss in der Landwirtschaft, im Zoo, im Zirkus und in der Haustierhaltung durchgesetzt werden. Auch die Wissenschaft steht in Verantwortung. Wir lehnen deshalb Ausnahmen für unnötige Tierversuche ab. Als fühlende Wesen haben Tiere ein Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich. In der Vergangenheit galt Deutschland im Bereich des Tierschutzes als führend. Dies gilt vor allem für das bis 1972 geltende Tierschutzgesetz, das weltweit als vorbildlich galt. So wurden beispielsweise Tierversuche einem strikten Genehmigungsprozess unterworfen. In Folge der industriellen Tierhaltung kommt es regelmäßig zu Verstößen gegen unser Tierschutzrecht. Dies betrifft vor allem die industrielle Schlachtung. Fälle unsachgemäßer Betäubung sowie Schlachtung sind leider keine Seltenheit und müssen grundsätzlich verhindert werden. Wir setzen uns daher für eine massive Einschränkung der industriellen Tierhaltung ein und streben eine bessere Kontrolle der tierschutzkonformen Schlachtung an. Dies könnte mithilfe einer videoüberwachten Schlachtung erfolgen, die stichprobenweise durch die zuständige Behörde kontrolliert wird.

**Veterinärämter
personell besser
ausstatten**

Ebenso wichtig ist uns der Schutz unserer Heimat. Wir stehen für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes. Größtmögliche Sparsamkeit und Achtsamkeit im Umgang mit Rohstoffen, Energie, Wasser und Ackerboden bilden die Kernpunkte unserer Umweltpolitik, die ohne ideologische Scheuklappen für eine besonnene Nutzung unserer heimatlichen Umwelt plädiert. Daher wollen wir mit folgenden Maßnahmen unsere Tiere und unsere Umwelt schützen.

Wir wollen eine bessere Überwachung der Haltungsbedingungen so genannter Nutztiere

Wir fordern, mehr Personal für die Überwachung der Haltungsbedingungen in Nutztierbetrieben einzustellen. Immer wieder werden in der industrialisierten Landwirtschaft Verstöße gegen das Tierschutzgesetz aufgedeckt. Nutztierbetriebe werden durch das jeweils zuständige Veterinäramt nach Auskunft der Bundesregierung im Durchschnitt nur alle 16 Jahre kontrolliert. Auch die etwa 69.000 Nutztierbetriebe im Land Brandenburg werden zu selten kontrolliert. Der Grund hier-

für ist der akute Personalmangel bei unseren Veterinäramtern. Gerade einmal 121 Mitarbeiter sind mit der Kontrolle unserer Schweinemastanlagen, Pferdehöfe oder Kaninchenzüchter zuständig. Auf jeden Kontrolleur kommen somit 572 Nutztierbetriebe.

Wir wollen ein Verbot unnötiger Tierversuche und befürworten das Erforschen alternativer Methoden

Wir fordern, dass Tierversuche unter ethischen Aspekten nur dann erlaubt sind, wenn sie aus medizinischer Sicht für die Forschung, den Schutz der natürlichen Umwelt oder die Unbedenklichkeitsprüfung von Stoffen oder Produkten für die menschliche oder tierische Gesundheit unerlässlich sind. Wir fordern zur Wahrnehmung der tierschutzgesetzlichen Vorgaben die Ausbildung und Beschäftigung von mehr Tierärzten in den Landkreisen. Einem Tier darf nach dem Tierschutzgesetz „nicht ohne einen vernünftigen Grund“ Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Tierversuche sind für die betroffenen Tiere nicht selten mit psychischen und physischen Leiden sowie dauerhaften Schäden verbunden. Weniger Tierversuche dürfen nicht zu mehr klinischen Studien an Menschen oder zu einer Beeinträchtigung der Forschungseffizienz führen.

Wir wollen das Leiden durch Tiertransporte vermindern

Wir fordern, dass der Transport von lebendigen Tieren nur über kurze Distanzen innerhalb von Deutschland erlaubt ist. Unser Ziel ist es, dass Tiertransporte den eigenen oder den Nachbarlandkreis nicht verlassen und dass Schlachttiertransporte auf jeden Fall stets den nächstgelegenen Schlachthof ansteuern. Wir fordern ein Verbot von Tiertransporten in das Ausland und damit einhergehend die Errichtung zusätzlicher regionaler kleinerer Schlachthöfe. Eine Folge der industriellen Tierhaltung sind Lebendtransporte auf deutschen und europäischen Straßen, die für unsere Tiere eine außerordentliche Tortur darstellen. Tagelang leiden diese unter der Enge in den Transportern, quälendem Durst oder der Hitze oder Kälte im Inneren des Tiertransporters. Oftmals werden zudem weder die gesetzlichen Ruhezeiten, noch die Melkzeiten eingehalten. Über 350 Millionen Schweine, Rinder, Schafe und Ziegen sowie etwa vier Milliarden Hühner, Puten, Enten und Gänse werden jährlich innerhalb der EU zum Schlachthof befördert. Zudem werden Millionen Tiere zusammengepfercht in Lastkraftwagen in Länder außerhalb der EU transportiert.

**Unbedenklichkeits-
prüfung von Stoffen
für die tierische
Gesundheit sind
unerlässlich**

**Jedes Jahr werden
in Deutschland
rund 20 Millionen
männliche Ferkel
betäubungslos
kastriert**

Wie lehnen die betäubungslose Kastration von Ferkeln ab

Wir wollen für unsere Landwirte die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen, die die betäubungslose Kastration von Ferkeln überflüssig machen. Jedes Jahr werden in Deutschland rund 20 Millionen männliche Ferkel betäubungslos kastriert. Allein im letzten Jahr wurden im Land Brandenburg werden rund 754.800 Schweine gehalten, davon 320.000 Ferkel. Etwa die Hälfte davon ist männlichen Geschlechts und somit von der betäubungslosen Kastration betroffen. Dies ist nichts anderes als Tierquälerei. Leider hat sich die Schweinezüchterlobby gegenüber dem Tierschutz durchgesetzt, so dass die Erlaubnis der betäubungslosen Kastration bis 2021

verlängert wurde. Die Fleischindustrie hatte fünf Jahre Zeit, die 2013 beschlossene Reform des Tierschutzgesetzes umzusetzen und nach angemessenen Kastrationsmöglichkeiten zu forschen. Passiert ist hier leider nichts.

Wir wollen die industrielle Massentötung männlicher Küken verbieten

Wir lehnen die millionenfache Tötung und das anschließende Schreddern männlicher Küken ab. Allein im Jahr 2017 wurden in Deutschland etwa 45 Millionen männliche Küken direkt nach dem Schlüpfen getötet, weil bei der Zucht und der Haltung von Legehennen kein Bedarf an männlichen Nachkommen besteht und die Tiere auch für die Mast nicht geeignet sind. Wir fordern daher die Einführung einer verpflichtenden Prüfung des Geschlechts ungeschlüpfter Küken, so dass Eier mit männlichen Embryonen früh erkannt und gar nicht erst ausgebrütet werden.

Wir wollen das betäubungslose Schlachten von Tieren verbieten

Wir wollen das betäubungslose Schlachten sowie den Import betäubungslos geschlachteter Tiere verbieten. Nach Europäischem Recht müssen Tiere vor ihrer Schlachtung betäubt werden. Aufgrund von religiösen Bestimmungen sind jedoch Ausnahmen erlaubt. Das Interesse eines fühlenden Lebewesens an einem Leben ohne Qualen steht für uns über dem Interesse von Religionsgemeinschaften. Das betäubungslose Schlachten wurde in den letzten Jahren bereits in mehreren EU-Ländern verboten. Ein Verbot richtet sich nicht gegen die freie Ausübung des Glaubens.

Wir wollen unsere heimische Insekten- und Vogelpopulation bewahren

Zahlreiche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass sowohl die industrielle Landwirtschaft als auch der Betrieb von Windkraftanlagen einen negativen Einfluss auf unsere heimische Insekten- und Vogelpopulation ausübt. Insbesondere der Einsatz so genannter Neonicotinoide, Herbizide sowie die Schaffung von Monokulturen sind hierfür die Ursache. Angesichts dieses aktuellen Forschungsstandes fordern wir die systematische Untersuchung des Insekten- und Vogelsterbens durch unabhängige Gutachter. Damit verbunden sein muss die Forschung nach Möglichkeiten zur Bewahrung unserer heimischen Insekten- und Vogelpopulation.

Wir fordern die Einführung eines Wildtiermanagements

Wir fordern, dass durch Wildtiere in der Landwirtschaft verursachte Schäden unbürokratisch durch Geldleistungen zu ersetzen sind. Die Wiederbesiedlung Brandenburgs durch ehemals ausgestorbene Wildtiere ist ein gutes Zeichen für eine aktive und gesunde Umwelt. Wenn Wölfe Schafe reißen, Biber Wiesen überfluteten und Kormorane Fischteiche leerfischen, kommt es aber zu Interessenskonflikten. Daher wollen wir problematische Wildtierbestandsgrößen regional und zeitnah überwachen und korrigieren. Wir fordern deshalb die Einführung eines Wildtiermanagements, das alle bedrohten Tierarten gleichermaßen beobachtet und dafür sorgt, dass das Gleichgewicht zwischen den Ansprüchen von Wildtieren und den Interessen der Land- und Teichwirte erhalten bleibt. Darüber hinaus fordern wir

**Leben ohne Qualen
steht für uns über
dem Interesse von
Religions-
gemeinschaften**

**Wiederbesiedlung
Brandenburgs durch
ehemals ausgestor-
bene Wildtiere ist
ein gutes Zeichen
für eine aktive und
gesunde Umwelt**

eine systematische Untersuchung der Problematik durch unabhängige Gutachter im Auftrag des Landes Brandenburg.

Wir wollen sämtliche geschützten Arten in das Jagdrecht aufnehmen

Wir wollen sämtliche geschützte Arten in das Jagdrecht aufzunehmen, so ganzjährig schützen und im Bedarfsfall jagdlich regulieren. Wir setzen uns für einen maßvollen Artenschutz ein, der ein natürliches Gleichgewicht erhält, ohne bestimmte Tierarten einseitig zu bevorzugen. Es muss aber sichergestellt werden, dass sich ausschließlich geprüfte Fachleute mit der Beobachtung geschützter Wildtiere und der Feststellung von Überpopulationen oder anderer schädlicher Entwicklungen für Flora und Fauna befassen. Wir betrachten die Jagd als ein notwendiges Regulativ aufgrund wildbiologischer Erkenntnisse und land- und forstwirtschaftlicher Erfordernisse im Sinne des gestaltenden Naturschutzes. Die Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden wird durch uns nicht infrage gestellt.

Wir wollen unsere natürlichen Gewässer und unsere Trinkwasservorkommen schützen

Wir lehnen eine Privatisierung des Trinkwassers und der Trinkwasserversorgung ab. Zudem fordern wir, dass die im Trinkwasser enthaltenen Schadstoffe kontinuierlich erfasst und durch entsprechende Wasseraufbereitungsanlagen möglichst vollständig herausgefiltert werden. Die Kosten sind den Verursachern aufzuerlegen. Unser Trinkwasser ist zunehmenden Belastungen durch Fremdstoffe wie Nanopartikel, Hormon- und Arzneimittelrückstände, Nitrate und Nitrite ausgesetzt. Wir betrachten die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser als Teil der elementaren Daseinsvorsorge und setzen uns deshalb für den Schutz unserer Trinkwasservorkommen und natürlichen Gewässer ein.

Wir wollen unsere Kiefernwälder langfristig zu den ursprünglichen Mischwäldern umgestalten

Wir wollen einen großen Teil unserer brandenburgischen Kiefernwälder wieder in die ursprünglichen Mischwälder umgestalten, um diese so robuster gegenüber Umwelteinflüssen zu machen. So hemmen Mischwälder die Ausbreitung von Forstsäädlingen.

Vor allem die Waldbrände im vergangenen Jahr haben die Nachteile unserer hauptsächlich aus Kiefern bestehenden Wälder aufgezeigt. Während das Land Brandenburg im Mittelalter noch stabile Mischwälder aufwies, die unter anderem aus Eichen und Buchen bestanden, so bestehen unsere Wälder in der Gegenwart zu etwa 70 Prozent aus Kiefern. Die anspruchslosen und schnell wachsenden Kiefern brennen bei Trockenheit wie Zunder und begünstigen daher die Entstehung von Waldbränden.

**Die im Trinkwas-
ser enthaltenen
Schadstoffe sind
kontinuierlich zu
erfassen**

**Einen großen Teil
unserer branden-
burgischen Kiefern-
wälder wieder in
die ursprünglichen
Mischwälder um-
gestalten**

**Die Munitions-
bergung im Land
Brandenburg muss
vom Bund effektiv
unterstützt werden**

Wir wollen Landschaftsbrände effektiver bekämpfen können

Wir fordern die Anschaffung von Löschflugzeugen, einer traglastfähigen Hubschrauberstaffel sowie feuerfester Brandbekämpfungspanzer. Das Land Brandenburg hat aufgrund seines Waldreichtums immer wieder mit Waldbränden zu kämpfen. Die Waldbrände im Jahr 2018 bei Jüterbog und Fichtenwalde haben verdeutlicht, dass die Brandbekämpfung dringend professionalisiert werden muss. So haben insbesondere munitionsverseuchte Wälder die Löscharbeiten stark behindert. Die Munitionsbergung im Land Brandenburg muss vom Bund effektiv unterstützt werden.

**07 | Regional statt global:
Brandenburg zuerst!**

Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Das Land Brandenburg als Flächenland bietet vielen Menschen einen überwiegend ländlichen Lebensstil im Umfeld der Großstadt Berlin. Es weist zudem ein großes landwirtschaftliches Potential auf. Damit können nicht nur wir Brandenburger, sondern auch die Berliner auf kurzem Wege mit gesunden Nahrungsmitteln möglichst ohne Gentechnik versorgt werden. Gegenwärtig wird die brandenburgische Landwirtschaft weitgehend durch Großbetriebe geprägt, die Ackerbau und Tierhaltung in industriellem Maßstab betreiben. Dies verödet nicht nur die Landschaft, es belastet auch die Böden. Zudem ist die industrielle Tierhaltung nicht tiergerecht und macht oftmals den vorsorglichen Einsatz von Antibiotika erforderlich. Wir wollen diese Form der Landwirtschaft zurückdrängen und kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben Entwicklungschancen schaffen. Dies stärkt auch die Sozialstruktur in den Dörfern und hilft, bürgergesellschaftliche Strukturen auf dem Land auf- und auszubauen.

Die verschiedenen Sparten der Land- und Forstwirtschaft tragen erheblich zur Wertschöpfung und zur Versorgung der Bevölkerung in unserem Lande bei. Wir setzen uns für eine realitätsbezogene Bildung zum Thema Landwirtschaft und eine entsprechende Wertschätzung für Leistungen und Produkte der Landwirte ein. Kampagnen, welche Landwirte abwerten oder verächtlich machen, lehnen wir strikt ab.

Um der industriellen Tierhaltung als Folge der Globalisierung Einhalt zu gebieten, setzen wir uns für die Schaffung funktionierender regionaler Erzeuger-, Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen ein.

Eine ausufernde EU-Bürokratie und eine falsche EU-Subventionspolitik treiben unsere Bauern zunehmend in Abhängigkeiten. Deshalb ist eine grundsätzliche Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik hinsichtlich der Beseitigung des bürokratischen Irrsinns anzustreben.

Wir sind der Überzeugung, dass natürlichen, regional erzeugten Lebensmitteln und ihren Produzenten wieder mehr Würdigung entgegengebracht werden muss. Im Zentrum unserer Politik steht daher die Unterstützung ortsansässiger Einzellandwirte, die mit Tier und Umwelt nachhaltig umgehen und Futtermittel vorzugsweise im eigenen Betrieb produzieren. Nur so lassen sich zudem schädliche Umwelteinwirkungen durch Überdüngung von Böden sowie Konzentrationen von Tieren auf kleinsten Flächen verhindern. Um den kleinen und mittleren Betrieben in der Brandenburger Land- und Forstwirtschaft wieder neue Perspektiven zu eröffnen und einen bestmöglichen Natur- und Artenschutz zu gewährleisten, fordert die AfD Brandenburg:



Kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben Entwicklungschancen bieten

Bäuerlich geprägte Betriebsformen sind nicht mehr konkurrenzfähig

Wir wollen die industrielle Tierhaltung schrittweise reduzieren

Wir wollen die industrielle Tierhaltung schrittweise reduzieren und die landwirtschaftliche Produktion grundsätzlich verbraucher- und tierfreundlicher gestalten. Leider zeichnet sich die Tierhaltung im Land Brandenburg durch eine Massenproduktion in industriellem Maßstab aus. Die großzügige Förderung der dahinterstehenden Großbetriebe hat zudem dazu geführt, dass bäuerlich geprägte Betriebsformen nicht mehr konkurrenzfähig sind und vom Markt verdrängt werden. Infolge des hohen Krankheitsdruckes bei der industriellen Tierhaltung werden dort regelmäßig Antibiotika vorbeugend eingesetzt, die sich schließlich auf dem Teller des Verbrauchers wiederfinden. Dasselbe gilt für die Verwendung von weiblichen Hormonen bei der Fütterung, um die täglichen Zuwachsraten zu erhöhen.

Wir wollen unsere bäuerlichen Weidetier- und Milchviehhälter wirksam unterstützen

Zum Ausgleich der Mehrkosten für die Haltung von Weidetieren wollen wir eine Weidetierprämie einführen. Die bäuerlichen Familienbetriebe der Weidetier- und Milchviehhaltung sind für den ländlichen Raum als Unternehmer, Arbeitgeber, Landschaftspfleger und hochwertiger Lebensmittel- und Rohstoffproduzent unverzichtbar. Seit Jahren nimmt allerdings der Bestand an Schafen sowie Kühen ab, da die wirtschaftliche Situation der Weidetierhalter immer weniger junge Menschen dazu veranlasst, diesen Beruf zu ergreifen. Dabei benötigen wir diese für eine naturschutzgerechte und nachhaltige Pflege unserer heimatlichen Kulturlandschaft. Ergänzend müssen unsere Milchproduzenten durch gerechte Vertragsgestaltung mit den Molkereien in die Lage versetzt werden, gut von ihrer Produktion leben zu können.

Im Bereich der Milchproduktion setzen wir uns daher für regionale Erzeugerketten ein. Dies beinhaltet unter anderem die Neuschaffung kleinerer, betriebsnaher Molkereien.

Wir wollen Spekulationen mit unseren landwirtschaftlichen Nutzflächen unterbinden

Wir werden uns für eine Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes einsetzen, welche ortsansässigen Landwirten, die einen Betrieb erhalten oder erweitern wollen, einen Investitionsvorrang vor reinen Kapitalinvestoren einräumt. Weiterhin fordern wir ein Vorkaufsrecht für ortsansässige Landwirte und eine Spekulationsfrist von 10 Jahren analog zur Immobilienwirtschaft. Gerade Junglandwirte müssen die Möglichkeit haben, eigenen Grund und Boden zu pachten bzw. zu erwerben. Landwirtschaftliche Nutzflächen sind Produktionsgrundlage und keine Spekulationsobjekte. Sie gehören nicht in die Hände von nichtbäuerlichen Kapitalgesellschaften. Um klein- und mittelständischen bäuerlichen Betrieben eine unternehmerische Chance zu eröffnen, werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass Verkaufslose in Stückelungen ausgelobt werden, die auch von kleinen und mittleren Betrieben erworben werden können.

Gentechnisch veränderte Pflanzen sind eine Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt

Wir wollen den Anbau und die Einfuhr von gentechnisch veränderten Pflanzen möglichst unterbinden

Wir setzen uns im Land Brandenburg für das Verbot des Anbaus und der Einfuhr gentechnisch veränderter Pflanzen, auch als Futtermittel, ein. Die Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen auf unser Ökosystem wie auch die Gesundheit von Menschen und Tieren ist in der öffentlichen Diskussion umstritten. Wissenschaftliche Untersuchungen haben aber hinreichend Anhaltspunkte dafür gegeben, dass der Genuss gentechnisch veränderten Soja oder Mais sich nachteilig auf die Gesundheit von Menschen und Tieren auswirkt. Weil die Verbreitung der einmal ausgesetzten gentechnisch veränderten Pflanzen unser Ökosystem nachhaltig verändert, gebietet es das Vorsichtsprinzip, Mensch, Tier und Umwelt nicht durch gentechnisch veränderte Pflanzen zu gefährden.

Wir wollen Initiativen für regionale Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung

Die Verhältnisse auf den Märkten für landwirtschaftliche Produkte zeichnen sich durch eine breitgefächerte Angebotsstruktur auf der einen und wenige Nachfrager auf der Käuferseite aus. Um unseren kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben unternehmerische Entwicklungschancen zu eröffnen oder sie zu verbessern, wollen wir regionale Erzeugerzusammenschlüsse zur Direktvermarktung fördern. Der globale Wettbewerb muss so gestaltet werden, dass er nicht einseitig zu Lasten der regionalen Vielfalt und des Angebotes an hochwertigen, heimischen Lebensmitteln geht. Auch die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume dürfen nicht einseitig zugunsten der Metropolenentwicklung beschnitten werden.

Die Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat muss verhindert werden

Wir wollen einen gesundheitlich unbedenklichen Pflanzenschutz

Angesichts der Risiken setzen wir uns dafür ein, dass die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf der Basis von Stoffen, die insbesondere im Verdacht stehen, krebserregend oder erbgeschädigend zu sein, im Land Brandenburg verboten wird. Die AfD lehnt daher auch jegliche Verlängerungen der Genehmigung von Glyphosat ab, solange unabhängige Studien nicht zweifelsfrei dessen gesundheitliche Unbedenklichkeit feststellen.

Wir wollen gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel

Wir wollen durchsetzen, dass sowohl Landwirte als auch Schlachthöfe die Grenzwerte für Keime und Medikamentenrückstände einhalten. Tierhaltende Betriebe, welche der Lebensmittelproduktion dienen, sind dafür verantwortlich, dass ihre Produkte möglichst frei von Antibiotikarückständen und multiresistenten Keimen sind. In der Praxis sieht dies allerdings anders aus. So war im Jahr 2018 beispielsweise jedes fünfte von Behörden untersuchte Hähnchen aus Brandenburger Schlachthöfen hochgradig mit dem Durchfallbakterium Campylobacter kontaminiert.

Wir wollen ein regionales Siegel

„Made in Brandenburg“ für Nahrungsmittel einführen

Brandenburger Erzeuger und Verarbeiter stehen im Wettbewerb mit der globalen Nahrungsmittelproduktion. Wir unterstützen deshalb die Einführung eines EU- und bundesweit lizenzierten Landessiegels „Made in Brandenburg“ für regionale Qualitätsprodukte. Dieses soll dazu beitragen, das heimische Angebot an Nahrungsmitteln für Konsumenten attraktiver zu machen. Dabei sollen alle Anbieter von hochwertigen, regionalen Nahrungsmitteln, die ihre Produkte vollständig in Brandenburg herstellen und verarbeiten, kostenfrei das Qualitätssiegel „Qualität aus Brandenburg“ nutzen können.

08 | Denkmalschutz ist Heimatschutz.

Kultur- und Denkmalschutz



Denkmäler als Zeugnisse der Vergangenheit erhalten

Schloss Sanssouci, Schloss Rheinsberg und Schloss Cecilienhof gehören sicherlich zu den bekanntesten Bau- und Gartendenkmälern im Land Brandenburg. Vor allem die Residenzlandschaft um unsere Landeshauptstadt Potsdam hat eine Fülle von Parks, Schlössern, Herrenhäusern und vielen weiteren baulichen Attraktionen. Als Kernland Preußens hat unser Bundesland allerdings viele weitere Kulturgüter in seinem reichhaltigen kulturellen Angebot. Zu nennen sind hier unter anderem die Slawenburg in Raddusch, die Hinterlassenschaften des Dreißigjährigen Krieges, wie zum Beispiel das Massengrab in Wittstock/Dosse, oder die vielen landesweit noch erhaltenen historischen Dorfkerne. Denkmäler sind als historische Zeugnisse zu erhalten, um die Erinnerung an vergangene gesellschaftliche Verhältnisse zu bewahren. Denkmale helfen uns, zu verstehen, wer wir waren und wer wir sind. Folgerichtig ist in unserer Landesverfassung zu lesen, dass das Land Brandenburg ein „der Kultur verpflichtetes demokratisches Land“ (Art. 2 Abs. 1 der Landesverfassung) ist.

Doch leider misst das Land Brandenburg dem Denkmalschutz nicht die Bedeutung bei, die wir uns wünschen. Die Versäumnisse der Landesregierung führen dazu, dass immer mehr Zeugnisse unserer Geschichte zerfallen oder mutwillig zerstört werden. Das beste Beispiel ist hier der Umgang der Landesregierung mit Bodendenkmälern, wie in Schmölln, welches im Zuge der Errichtung eines Regenrückhaltebeckens kurzerhand vernichtet wurde. Unser Antrag, einen Baustopp zu veranlassen, bis das Bodendenkmal in seiner Gesamtheit archäologisch untersucht und bewertet ist, wurde leider abgelehnt. Überhaupt wurde der Denkmalschutz im Land Brandenburg über viele Jahre straflich vernachlässigt.

Die AfD nimmt den Denkmalschutz sehr ernst, da unsere Geschichte ein integraler Bestandteil unserer nationalen Identität ist. Daher ist es uns wichtig, dass dem Denkmalschutz zukünftig eine bedarfsgerechte finanzielle Förderung gewährt wird. Zudem unterstützen wir die Rekonstruktion verlorengegangener kulturell bedeutender Bauten. Hierbei fordern wir eine Entideologisierung von Monumenten wie der Potsdamer Garnisonkirche. Zum Schutze der Relikte unserer brandenburgisch-preußischen Geschichte sowie unserer Kultur fordert die AfD daher:

Geschichte ist ein integraler Bestandteil unserer nationalen Identität

Wir wollen den Bestand an

denkmalgeschützten Wohngebäuden im ländlichen Raum erhalten

Wir wollen den Baubestand in unseren historischen Ortskernen erhalten und diesen für heutige und zukünftige Generationen nutzbar machen. Hierfür wollen wir den Denkmalschutz für alte Gebäude ohne öffentliches Interesse deutlich lockern. Dies ermöglicht Umbaumaßnahmen, die den heutigen Wohnstandards entsprechen.

Welche denkmalgeschützten Gebäude ohne öffentliches Interesse sind, soll durch eine Bürgerbeteiligung der Ortsansässigen im Einvernehmen mit der unteren Bauaufsichtsbehörde und dem BLDAM festgelegt werden. Unsere architektonische Geschichte ist in vielen brandenburgischen Dörfern noch mit eigenem Auge erlebbar. Ob Dorfkirche oder historisches Gasthaus, gründerzeitlicher Bahnhof oder beschaulicher Dorfteich – zahlreiche Relikte längst vergangener Zeiten haben die unruhigen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts überdauert. Unflexible denkmalschutzrechtliche Bestimmungen verhindern jedoch oftmals die Nutzung leerstehender Gebäude, so dass diese zwangsläufig verfallen.

Wir befürworten die Rekonstruktion kulturell bedeutender Bauwerke

Wir begrüßen die Wiedererrichtung einer Vielzahl kulturell bedeutender Bauwerke, die im Krieg sowie der Nachkriegszeit verloren gegangen sind. Wir befürworten grundsätzlich die Rekonstruktion historischer Bauwerke und wollen dieses Umdenken in der Gestaltung unserer Städte zukünftig unter Beteiligung der jeweiligen Ortsansässigen Bevölkerung verstärkt fördern. Ob Dresdner Frauenkirche, Frankfurter Altstadt oder Potsdamer Garnisonkirche – immer mehr Städte besinnen sich auf ihr baulich-kulturelles Erbe zurück. Dies steigert als positiven Nebeneffekt nicht nur die Attraktivität unserer Wohnplätze, auch die Tourismusbranche profitiert hiervon ungemein.

Wir wollen uns für die Digitalisierung unseres historischen Kulturguts einsetzen

Wir wollen unsere brandenburgisch-preußische Geschichte bewahren und daher unter anderem die Digitalisierung von unserem Kulturgut im besonderen Maße fördern, so dass ein jeder die diversen Zeugnisse unserer reichhaltigen Geschichte von zu Hause aus erleben kann. Heimat und Identität sind immer wieder Gegenstand von Debatten und Fragestellungen unserer Zeit. Vom linken politischen Spektrum wird das Vorhandensein eines Volkes oder einer spezifischen Kultur jedoch geleugnet und verächtlich gemacht. Die vielen schriftlichen Hinterlassenschaften früherer Generationen bezeugen das Gegenteil und sollen der Allgemeinheit jederzeit für eigene Forschungen zur Verfügung stehen.

Wir wollen die Kulturschaffenden im Land Brandenburg stärker fördern

Wir fordern, dass im Bereich der staatlichen Musikschulen für Lehrer mit Hochschulabschluss Festanstellungen durchzusetzen sind. Die bislang üblichen Honorarverträge sollen nur noch eine Nebenform darstellen. Wie bei staatlichen Musikschulen sind auch private Musikschulen mit Spitzenleistungen finanziell zu fördern. Ebenso ist für den Orchesternachwuchs eine spezielle Förderung notwendig. Wenn große Orchester nicht mehr ohne ausländische Instrumentalisten auskommen, ist dies ein Armutszeugnis für unsere eigene Musikerziehung und Ausbildung. Galerien und Ateliers, Schlösser und Parks sowie die bildenden Künste machen Kultur erlebbar und sind unbedingt in eine Förderung mit einzubeziehen, anstatt der völlig überflüssigen Finanzspritzen für ideologisch agierende Vereine und Gruppen.

**Unsere
Geschichte ist in
vielen branden-
burgischen Dörfern
hautnah erlebbar**

**Der Kultur und
Kulturförderung
besondere
Aufmerksamkeit
widmen**

Auch der Filmhochschule Babelsberg mit ihrem internationalen Ruf wollen wir eine besondere Aufmerksamkeit schenken.

Tradition und Gegenwart bestimmen unsere Zukunft. Die Kultur ist die Seele eines Volkes. Der Kultur sowie der Kulturförderung sind daher besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Brandenburg, mit dem aufgeklärten Preußenkönig Friedrich II. auf der einen Seite und Immanuel Kant, der Ikone der Aufklärung, auf der anderen Seite, steht bei der Förderung der Kultur in einer langen, verpflichtenden Tradition. Die Wirkung der Ideen der Aufklärung ging weit über unser Vaterland hinaus. Im Bereich der Kultur hält es die AfD daher mit Goethe: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Wir wollen die Nutzung unserer deutschen Sprache in der Wissenschaft fördern

Wir wollen den Gebrauch unserer deutschen Sprache als Lehr- und Wissenschaftssprache stärker fördern. Zudem lehnen wir sämtliche ideologischen Eingriffe, wie das „Gendern“, in unsere Sprachkultur ab. Noch zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts war Deutsch eine weltweit anerkannte Wissenschaftssprache. In den vergangenen Jahrzehnten wurde unsere Sprache jedoch aufgrund der zunehmenden Hinwendung zum Englischen in wissenschaftlichen Publikationen und auf wissenschaftlichen Tagungen unnötig aufgegeben.

Wir wollen uns für die Förderung unseres brandenburgischen Brauchtums einsetzen

Wir wollen unser traditionelles brandenburgisches Brauchtum bewahren und setzen uns daher entschieden dafür ein, dass dieses nicht von fremdem Brauchtum verdrängt wird. Unter Brauchtum sind sämtliche hergekommenen, traditionellen und landsmannschaftlichen Gebräuche und Verhaltensweisen zu verstehen, wie zum Beispiel Trachten, Lieder, Gedichte, Märchen, traditionelle Volksfeste und Riten. Hierzu zählt für uns auch die Kultur unserer sorbischen und wendischen Minderheit, die es ebenso zu bewahren gilt. Wir wollen zudem nicht nur sämtliche Vereine, die sich für die Pflege unseres Brauchtums einsetzen, stärker begünstigen. Wir wollen auch Schützenvereine, Landjugendvereine, Soldaten- und Reservistenvereine sowie Vereine, deren Hauptzweck die Veranstaltung örtlicher Volksfeste ist, als förderfähige Brauchtumsvereine anerkennen.

Wir wollen verhindern, dass staatliche Subventionen an Extremisten fließen

Staatliche Kultursubventionen sind für uns unumgänglich. Das geistige Erbe unserer brandenburgisch-preußischen Heimat ist ein unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Kultur. Auch deswegen sind staatliche Kultursubventionen für uns unumgänglich. Als zusätzliche Bedingung für den Erhalt von Subventionen müssen die Kultureinrichtungen eine Extremismusklausel unterschreiben und sich zum Grundgesetz bekennen. Dies soll ausschließen, dass Projekte finanziell gefördert werden, deren Träger dem Staat feindlich gegenüberstehen.

**Ideologische
Eingriffe in unsere
Sprachkultur, wie
das „Gendern“,
lehnen wir ab**

**Das geistige Erbe
Brandenburg-
Preußens ist
unverzichtbarer
Bestandteil der
deutschen Kultur**

Wir wollen das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen untersagen

Kinder und Jugendliche stehen unter besonderem Schutz. Die teilweise praktizierende Pflicht des Tragens von islamischen Kopftüchern von Kindern und Jugendlichen bereits in Kindertagesstätten, Schulen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen widerspricht in besonderem Maße der ungestörten Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Das islamische Kopftuch ist nicht ausschließlich ein religiöses Symbol, wie das Kruzifix oder eine Kippa, welche die Zugehörigkeit zu einer Religion signalisieren. Vielmehr wird eine fremdbestimmte Form der Unterdrückung und auch eine Form der Sexualisierung vorgenommen, die ein freies und selbstbestimmtes Leben behindert.

Der legale Waffenbesitz stellt kein Risiko für eine öffentliche Sicherheit im Land Brandenburg dar

Wir widersetzen uns jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch eine Verschärfung des Waffenrechts und sprechen uns gegen jedwede Versuche der EU-Kommission aus, den legalen Besitz von Waffen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung verbieten zu wollen. Ebenso erteilen wir unverhältnismäßigen Einschränkungen von Jägern, Sportschützen und Sammlern historischer Waffen eine klare Absage. Wir werden uns über eine Bundesratsinitiative für Änderungen im Bundesjagdgesetz einsetzen, die den jagdlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, wie die Anerkennung eines waffenrechtlich relevanten Bedürfnisses, halbautomatische Jagdwaffen mit wechselbarem Magazin zu erwerben, besitzen und zu führen. Wir setzen uns zudem für die Ausarbeitung wirksamer Konzepte zur Eindämmung der Verbreitung unerlaubt besessener Waffen ein. Es ist insbesondere zu prüfen, inwiefern mittels Grenzkontrollen der Transport von und der Handel mit illegalen Waffen wirksam bekämpft werden kann.

Wir wollen die Bergung von Kriegstoten finanziell fördern

Ob als „vermisst“ an unbekannter Stelle in einem Einzelgrab verscharrt oder eingebettet in Massengräber – viele Soldaten liegen nach wie vor auf den Schlachtfeldern der beiden Weltkriege. Wir wollen das Auffinden dieser bislang namenlosen Kriegstoten finanziell fördern, so dass diese ein würdiges Begräbnis erfahren können. Hierbei machen wir keinen Unterschied, ob es sich um Angehörige der preußisch-deutschen Armee, der polnischen Armee, der Wehrmacht oder der Roten Armee handelt. Wir wollen sämtlicher toter Soldaten gedenken, da diese für uns eine Mahnung zum friedlichen Zusammenleben mit unseren Nachbarländern sind.

09 | Schluss mit Bildungsexperimenten: Gute Bildung muss sich wieder lohnen!

Schule und Berufsausbildung

Der als „Soldatenkönig“ in die Geschichte eingegangene Monarch Friedrich Wilhelm I. führte bereits im Jahr 1717 in Preußen die allgemeine Schulpflicht ein, die sich vom fünften bis zum zwölften Lebensjahr erstreckte und sowohl für Jungen als auch für Mädchen galt. Damit nahm Preußen eine Vorreiterrolle in Europa ein. Friedrich II. verlängerte die Schulpflicht im Jahr 1763 schließlich auf acht Jahre und führte einen festen Lehrplan ein. Erst im Jahr 1919 wurde der regelmäßige Schulbesuch dann für alle in Deutschland lebenden Kinder verpflichtend. Heute rangiert das Land Brandenburg in Vergleichsstudien im Bildungsbereich unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts auf dem 14. Platz. Dabei liegt Deutschland selbst international gerade einmal im Mittelfeld. Die Krise im Bildungssystem ist ein gesamtdeutsches Problem und ein Ergebnis einer linken Bildungspolitik, die im Land Brandenburg besonders dramatisch ist.

Bildung zielt für uns gemäß dem Humboldt'schen Bildungsideal auf die allseits gebildete Person. Unsere Schulen müssen sich demnach wieder mehr auf ihre Kernaufgabe besinnen und dürfen nicht mit der Lösung gesellschaftspolitischer Großprobleme belastet werden, die nichts mit Bildung zu tun haben – sei es Inklusion, Integration oder die so genannte „Akzeptanz“ sexueller Vielfalt. Eine erfolgreiche Bildungspolitik muss Anstrengungsbereitschaft und Fleiß, aber auch Disziplin und die Anerkennung von Autorität einfordern. Die Rolle des Lehrers darf nicht darin bestehen, sich zurückzunehmen und lediglich die Schüler dabei zu unterstützen, „Kompetenzen“ zu entwickeln, wie dies heute infolge einer neuen Lernkultur propagiert wird. Stattdessen sollen unsere Lehrer wieder in erster Linie handfestes Sachwissen vermitteln, das frei von ideologischen Vorgaben ist und im Sinne einer umfassenden Allgemeinbildung nicht auf wirtschaftliche Nützlichkeitserwägungen beschränkt bleibt. Im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik steht der einzelne Mensch, der von der Geburt an mit unterschiedlichen Veranlagungen und Begabungen ausgestattet ist. Diese müssen entsprechend gefördert und wertgeschätzt werden. Individuelle Unterschiede dürfen nicht im Sinne einer Ideologie der Gleichmacherei ignoriert oder gelegnet werden. Wir wollen unsere jungen Menschen auf ein erfolgreiches Leben vorbereiten und individuelle Stärken fördern. In diesem Sinne sprechen wir mit unserer Bildungspolitik die natürliche Neugier junger Menschen an und fördern die Freude am Lernen, um wieder eine Lern- und Bildungskultur im Land Brandenburg zu etablieren. Nur so wecken wir den Hunger unserer Kinder auf Bildung und befähigen sie, die Welt zu verstehen, an ihr teilzuhaben, sich an ihr zu erfreuen und sie mitzugestalten.



Brandenburg liegt im Bildungsbereich abgeschlagen auf dem 14. Platz

Wir wollen ein wohnortnahe Grundschulangebot gewährleisten

Wir wollen neue Wege beschreiten und kleine, einzügige Grundschulen erhalten oder, wo nötig, neu einrichten. Dabei können die Grundschulen mit überschaubaren Klassenverbänden als Abteilungen größerer Schulverbünde mit einer zentralen Schulleitung organisiert werden, um den Leitungs- und Organisationsaufwand zu minimieren. Der mit der demografischen Entwicklung eintretende Rückgang der Kinderzahlen wird insbesondere im ländlichen Raum auch ein Schrumpfen der Schülerzahlen mit sich bringen. Damit wird es schwerer, Grundschulangebote in Wohnortsnähe anzubieten. Für Kinder in Grundschulalter ist ein wohnortnahe Angebot des schulischen Unterrichts aber von besonderer Bedeutung.

Wir wollen, dass unsere Schüler ab der ersten Klasse eine Leistungsbeurteilung mittels Zensuren und Kopfnoten erhalten

Der jeweilige Leistungsstand muss sowohl Eltern als auch Schülern transparent und vergleichbar dargestellt werden können. Zensuren ermöglichen eine einfache und fachgerechte Beurteilung des Leistungsvermögens eines Schülers, welche wir bereits ab der ersten Klassenstufe einführen wollen. Eine ganzheitliche Bildung, die nicht nur die Wissensvermittlung im Blick hat, muss den Schülern auch Standards für die Mitarbeit und das soziale Verhalten aufzeigen. Dafür ist es wichtig, dass nicht nur die Leistungen in den einzelnen Fächern benotet werden, sondern mit den so genannten Kopfnoten auch die Mitarbeit und das soziale Verhalten.

Wir wollen bei unzureichenden Leistungen

die Wiederholung einer Klassenstufe ermöglichen

Im Interesse unserer Schüler setzen wir uns dafür ein, dass bei unzureichenden Leistungen die Möglichkeit besteht, die Klassenstufe zu wiederholen. Der Unterricht in den jeweiligen Klassenstufen baut schließlich darauf auf, dass die Schüler den Unterrichtsstoff der vorhergehenden Klassenstufe sicher beherrschen. Ist das nicht der Fall, eröffnet die Wiederholung einer Klassenstufe die Chancen auf eine erfolgreiche schulische Entwicklung. Wenn demgegenüber die Wiederholung einer Klassenstufe ausgeschlossen wird, belasten die nicht ausgeräumten schulischen Defizite die weitere schulische und persönliche Entwicklung des Schülers und der Lerngemeinschaft.

Wir wollen Einschulungen zum Wohle unserer Kinder erst nach dem vollendeten 6. Lebensjahr

Die AfD tritt für eine Einschulung nicht vor dem vollendeten 6. Lebensjahr ein, da Früheinschulungen nachweislich zu nachhaltigen Entwicklungsproblemen der Kinder führen können.

Wir wollen, dass unser Schulsystem auf die jeweilige Begabung und Leistungsbereitschaft unserer Schüler mehr Rücksicht nimmt

Wir treten daher mit Nachdruck für ein gegliedertes Schulsystem ein, das ein hohes Maß an Durchlässigkeit von einer Schulform in eine andere bietet. Über die Zu-

ordnung sollen nicht nur die relevanten Abgangszeugnisse der 6. Klassenstufe entscheiden, sondern auch eine landesweite zentrale Prüfung mit einer dem jeweiligen Schultyp entsprechend zu erreichenden landesweit definierten Durchschnittssensur. Einheitsschulsysteme, wie die Gesamtschule oder die Gemeinschaftsschule, haben sich als ungeeignet erwiesen, den sehr unterschiedlichen Begabungen und der Leistungsbereitschaft der Schüler gerecht zu werden. In der Regel werden die schwächeren Schüler überfordert und die leistungsstärkeren unterfordert.

Wir wollen, dass unsere Schüler wieder richtig Lesen, Schreiben und Rechnen lernen

Lesen, Schreiben und Rechnen sind grundlegende Kulturtechniken, deren Beherrschung bei vielen Menschen nicht mehr mit Selbstverständlichkeit erwartet werden kann. Leistungsrückstände in diesen Bereichen können die persönliche sowie die berufliche Entwicklung massiv erschweren. Das Einüben und das Verinnerlichen von Lerninhalten sollen wieder einen höheren Stellenwert in den Rahmenlehrplänen erhalten. Aus diesem Grund sind die Lehrpläne in den Grundschulen nachhaltig zu straffen und auf die Vermittlung der wesentlichen Kulturtechniken zu konzentrieren. Es geht dabei nicht um die Menge des Schulstoffes, sondern die sichere und souveräne Beherrschung der grundlegenden Kulturtechniken nach der vierten Klasse.

Wir wollen die duale berufliche Bildung stärken und erhalten

Die Ausbildung in Unternehmen und staatlichen Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Immer höhere Abiturienten- und Akademikerquoten sowie der Mangel an qualifizierten Bewerbern haben aber in den letzten Jahren den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen gefährdet. Wir sehen es daher als eine wesentliche Aufgabe an, die gesellschaftliche Anerkennung nichtakademischer Abschlüsse und Berufe zu fördern. Die Ausbildung muss zudem zeitlich besser an den jeweiligen Branchenbedürfnissen angepasst werden. Saisonale Schwankungen, wie sie beispielsweise im Baugewerbe üblich sind, müssen berücksichtigt werden, indem im Winter verstärkt Blockunterricht angeboten wird.

Wir wollen die Meisterausbildung kostenlos gestalten

Um den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in Zukunft wirksam und ohne destabilisierende Masseneinwanderung zu sichern, ist unter anderem eine ausreichend hohe Zahl an Meistern sowohl im Handwerk als auch in der Industrie notwendig. Handwerksmeister sind ein Garant dafür, dass kleine und mittelständische Unternehmen auch in der Zukunft weitergeführt werden können. In der Vergangenheit sank die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen in Brandenburg jedoch deutlich, was auch eine Folge der zunehmenden Überakademisierung ist. Dieser Entwicklung wollen wir mit der Einführung der kostenlosen Meisterausbildung entgegentreten, was ganz im Zeichen der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung steht. Die jetzige Privilegierung der akademischen Bildung in finanzieller Hinsicht ist angesichts der bestehenden Nachfragesituation unseres Arbeitsmarktes nicht zu rechtfertigen.

tes nicht zu rechtfertigen. Das jetzige System der Meisterboni ist deshalb, bis zum Inkrafttreten einer zweckdienlichen bundesweiten Regelung, durch eine Kostenübernahme von Ausbildung und Prüfung durch das Land Brandenburg zu ersetzen.

Wir wollen ein flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten Schulform schaffen

Wir setzen uns für ein flächendeckendes Angebot einer stark berufs- und praxisorientierten Schulform ein. In diesen Schulen soll möglichst früh eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen stattfinden. Dabei sind die Lehrpläne auf den tatsächlichen beruflichen Bedarf abzustellen, damit dem wachsenden Mangel an qualifizierten Lehrlingen frühzeitig begegnet werden kann. Schüler, die früher Hauptschulen besuchten, weil sie stärker praktisch als theoretisch begabt waren und sich häufig auch als leistungsschwächer erwiesen, besuchen im Land Brandenburg heute in der Regel integrierte Schulen. Dort können diese Schüler aber nur ungenügend gefördert werden, weil die integrierten Schulen die für die damaligen Hauptschulen charakteristische starke Berufs- und Praxisorientierung des Unterrichts nicht anbieten können.

Wir wollen Realschulen mit einem Mittleren Bildungsabschluss fördern

Wir fordern den Erhalt und, wo nötig, die Wiedereinrichtung von Realschulen mit einem mittleren Bildungsabschluss. Darüber wollen wir die Realschulen weiterentwickeln, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, qualifizierten Schülern nach dem Mittleren Schulabschluss in einer Aufbaustufe auch das Fachabitur zu vermitteln. Die Realschulen haben sich in den etwa hundert Jahren ihres Bestehens in Deutschland als solide Schulform bewährt. Sie haben ihre Stärke besonders im mittleren beruflichen Qualifikationsbereich immer wieder bewiesen.

Wir wollen Förderschulen und keine Inklusion

Ausfall von mehr als 255.000 Unterrichtsstunden wegen Lehrermangels im Jahr 2017
Wir wollen das ehemals gut funktionierende System der Förderschulen erhalten und ausbauen. Im Mittelpunkt sollen das Kinderwohl und die individuelle Förderung stehen. Bei einer gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Schülern muss das Wohl der Schüler, insbesondere der behinderten, ausschlaggebend sein. Von daher kann es kein automatisches Recht auf eine gemeinsame Beschulung geben. Das auch im Land Brandenburg praktizierte System der so genannten Inklusion muss bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gescheitert angesehen werden. Personalmangel und unzureichende finanzielle Ausstattung der Schulen zeigen schon jetzt, dass die wesentlichen Ziele, die damit verbunden werden, nicht zu erreichen sind.

Wir wollen Unterrichtsausfälle aufgrund von Lehrermangel vermeiden

Wir fordern an den Schulen einen Lehrerschlüssel von 105 Prozent, damit im Bedarfsfall die Vertretungsstunden abgesichert werden können. Im Land Brandenburg konnten im Jahr 2017 aufgrund des akuten Lehrermangels mehr als 255.000 Unterrichtsstunden nicht erteilt werden. Eine Kompensation durch Quereinsteiger

kann hier nicht die Lösung sein. Die Reduzierung des Unterrichtsausfalls durch Mehreinstellungen und eine langfristige, wirklich funktionierende Bedarfsplanung ist unverzichtbar.

Wir wollen den Lehrermangel durch eine weitere Lehramtsausbildungsstätte in der Lausitz bekämpfen

Die AfD setzt sich im Zuge der Bekämpfung des Lehrermangels und der Stärkung der Lausitz für eine weitere Lehramtsausbildungsstätte für MINT-Fächer (Mathematik, Information, Naturwissenschaft und Technik) und Berufsschullehrer in Cottbus ein.

Wir wollen eine praxisnahe Ausbildung unserer Lehrkräfte

Die derzeitige Lehrerausbildung im Land Brandenburg leidet an einem Mangel an Praxisbezug. Angehende Lehrkräfte sollen durch ein Praktikum zum Ende des ersten Semesters prüfen, ob sie für den Lehrberuf geeignet sind. Die erfolgreiche Teilnahme soll die Voraussetzung für das weitere Studium sein. Für angehende Grundschullehrer befürworten wir ein vierjähriges praxisnahe Fachhochschulstudium, das gezielt die Lehrer mit allen notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten ausstattet, die in diesem Bereich erforderlich sind. Praktische Fächer, wie Schulgärtnerei und Werkunterricht sollten neben Kunst, Musik und Sport wieder Bestandteil des Studiums sein. Wir setzen uns zudem für eine streng nach Schulformen differenzierte Ausbildung ein. Seiteneinsteiger sollen ihre Eignung ebenfalls durch ein Praktikum nachweisen. Es ist unverzichtbar, dass sie sich die didaktischen und pädagogischen Kenntnisse eines ausgebildeten Fachlehrers vollständig aneignen.

Wir wollen die Autorität unserer Lehrer und Schulleiter stärken

Wir wollen unsere Lehrer in die Lage versetzen, Unterrichtsstörungen wirksam zu unterbinden. Unsere Lehrer müssen deshalb bei ihrer Arbeit eine vorbehaltlose Rückendeckung von Seiten der Schulleiter und Schulaufsichtsbehörden erhalten. Disziplinstandards fördern das Lehren und Lernen. Die Missachtung von Gemeinschaftsinteressen, wie sie auch an der Beschädigung von Gemeinschaftseinrichtungen zum Ausdruck kommt, sendet jeden Tag die verheerende Botschaft, dass die Verantwortlichen weder willens noch imstande sind, unsere Gemeinschaft vor der Respektlosigkeit Einzelner zu bewahren. Vandalismus und Gewalt an Menschen und Sachen müssen eindeutig sanktioniert werden, so dass Schaden abgewendet werden kann.

Wir wollen die Erzieherausbildung aufwerten

Grundsätzlich sind für Erzieher eine bessere Bezahlung und eine höhere Eingruppierung in den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst notwendig. Um potentielle Auszubildende für den Beruf des Erziehers nach Brandenburg zu locken, wollen wir ein Ausbildungsstipendium anbieten. Mit diesem soll eine mehrjährige verpflichtende Tätigkeit als Erzieher im Land Brandenburg verbunden sein. Erzieher haben genau wie Lehrer einen Bildungsauftrag zu leisten und legen den Grundstein für

Ein vierjähriges praxisnahe Fachhochschulstudium für angehende Grundschullehrer

Auszubildende für den Beruf des Erziehers nach Brandenburg locken

den erfolgreichen Schuleinstieg. Nur durch eine fundierte, fachbezogene Ausbildung können sie diesem Auftrag auch gerecht werden. Voraussetzung hierfür ist mindestens ein erfolgreicher Abschluss der Mittleren Reife. Der Beruf des Sozialasistenten darf nicht als Zwischenschritt zur Erzieherausbildung herhalten.

10 | Wissenschaftsland Brandenburg: Ein Hoch auf den Fortschritt!

Wissenschaft und Forschung



Die heutige Situation an den Hochschulen zeigt, dass sich unser Hochschulwesen immer mehr vom Geiste Wilhelm von Humboldts entfernt. Dieser trat einst dafür ein, dass Kinder in der Schule auf eine wissenschaftliche Laufbahn in Hochschulen vorbereitet wurden. Unsere Hochschulen sollten keineswegs „nur eine höhere Schulkasse“, sondern durch die Einheit von Forschung und Lehre, die Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden, Einigkeit und Freiheit sowie – in unserer heutige Sprache übersetzt – die Prinzipien des „forschenden Lernens“ und des „fragenden Forschens“ gekennzeichnet sein. Unsere Studenten sollten sich von Anfang an intensiv mit den Grenzen und Begrenztheiten wissenschaftlich geprüften Wissens auseinandersetzen.

Mit der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse erlebten wir eine Verschulung des Studiums, die durch Anwesenheitspflicht und vorgegebene Stundenpläne gekennzeichnet ist. Das Fördern und Fordern von Eigenverantwortlichkeit während des Studiums spielt nur noch eine untergeordnete Rolle. Nach Zahlen des Deutschen Hochschulverbandes verlässt heute jeder dritte Student vor dem ersten Abschluss die Universität; zwei von fünf Studenten, die für Mathematik oder Naturwissenschaften eingeschrieben sind, bleiben ebenfalls ohne Bachelor-Grad. In den Sozialwissenschaften, einschließlich Jura und Ökonomie, schließt jeder Vierte nicht ab. Ohne einen weiterführenden Masterabschluss werden die meisten Bachelorabschlüsse von den Studenten selbst als unbrauchbar angesehen. Die Bologna-Reform ist somit eindeutig gescheitert! Wir müssen uns daher auf die traditionellen Abschlüsse deutscher Hochschulen zurückbesinnen, die weltweit ein hohes Ansehen genossen und als Garant einer ausgezeichneten Qualität galten.

Ein hochentwickeltes und rohstoffarmes Industrieland braucht qualifizierten akademischen Nachwuchs und kann sich auf Dauer keine Bildungsexperimente leisten. Wir lehnen die einseitige Orientierung der Bildungspolitik an einer akademischen Karriere als gleichsam höchstes Ideal persönlicher Entwicklung ab. Der gegenwärtige Akademisierungswahn wird weder den Menschen noch der Gesellschaft gerecht, die auch auf andere berufliche Qualifikationen angewiesen ist. Der Anteil der wirklich wissenschaftlich Interessierten und entsprechend motivierten Heranwachsenden ist weit kleiner, als der steigende Anteil von Hochschülern suggeriert. Ein Hochschulstudium muss offen sein für begabte und strebsame junge Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Mit unserem hochschulpolitischen Programm wollen wir daher die Qualität der Hochschulbildung steigern und es jedem wissenschaftlich interessierten und fachlich geeigneten Brandenburger ermöglichen, ein Studium an einer brandenburgischen Hochschule zu absolvieren.

**Das Fördern und
Fordern von
Eigenverantwort-
lichkeit während
des Studiums spielt
nur noch eine unter-
geordnete Rolle**

In den letzten Jahrzehnten sind die Leistungsstandards kontinuierlich gesunken

Wir wollen das Gymnasium als primäre Schulform zur Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Hochschulstudium erhalten

Wir wollen das Gymnasium mit seiner spezifischen Aufgabe und Ausrichtung erhalten und stärken, weil es sich wie keine andere Schulform bei dieser Aufgabe bewährt hat. Das Gymnasium ist diejenige Schulform, die mit dem Abitur und mit ihrer spezifischen Lern- und Arbeitsweise die Voraussetzungen für die Aufnahme eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums vermittelt. Allerdings hat in den letzten Jahrzehnten eine starke Herabsetzung der Leistungsstandards stattgefunden. Dies ging einher mit einem überaus hohen Schüleranteil, der auf das Gymnasium wechselte, dem aber vielfach das Interesse oder auch die Befähigung für wissenschaftliches Denken und Arbeiten fehlte. Das Abitur muss wieder eine Studienbefähigung sein und darf keine bloße Studienerlaubnis darstellen.

Wir setzen auf die bewährten und weltweit anerkannten Abschlüsse Magister, Diplom, Staatsexamen und Diplom-Ingenieur

Wir fordern die Beendigung des Bologna-Prozesses an den Hochschulen im Land Brandenburg. Mindestens jedoch müssen die einzelnen Fakultäten und Fachbereiche das Recht erhalten, selbst zu entscheiden, welchen Abschluss (Bachelor/Master oder Diplom/Staatsexamen) sie anbieten wollen. Das von der Europäischen Union formulierte politische Ziel, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen, der Studenten eine bessere Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse, mehr Mobilität und kürzere Studienzeiten erlauben soll, ist nicht erreicht worden. In der Praxis hat sich gezeigt, dass eine durchgehende Modularisierung aller Studiengänge in Europa undurchführbar ist und der Versuch bereits zu deutlichen Einschränkungen der wissenschaftlichen Qualität der Lehre geführt hat. Auch die Anerkennung der Abschlüsse wurde keinesfalls erleichtert.

Wir wollen die Abhängigkeit unserer Hochschulen von Drittmitteln reduzieren

Wir fordern, dass sämtliche ideologisch motivierten Pseudowissenschaften, wie die Genderforschung, nicht länger mit Steuergeldern finanziert werden. Die Abhängigkeit von Drittmitteln und damit die unkontrollierte Einflussnahme von außen ist durch Aufstockung der Eigenmittel und bedarfsabhängige Mittelvergabe zu reduzieren. Durch die Stärkung der Autonomie und Leistungsfähigkeit der Hochschulen mittels einer deutlich höheren Grundfinanzierung sowie der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler soll die Attraktivität Brandenburgs für Akademiker sowie Studenten gesteigert werden. Forschung und Lehre müssen nach wissenschaftlichen Kriterien ergebnisoffen, neutral und unter Einbeziehung aller Argumente und Wissenschaftler gestaltet werden.

Wir wollen den Hochschulzugang neu regeln

Wir wollen unseren Hochschulen das Recht gewähren, ihre Studenten nach eigenen leistungsbezogenen Bewertungsmaßstäben selbst auszuwählen. Dies eröffnet die Chance, die Eignung der Studienbewerber nicht nur anhand der Abiturnoten zu bewerten, sondern auch deren Interesse, Begabung und Motivation für den

angestrebten Studiengang zu berücksichtigen. Eine abnehmende Studierfähigkeit und schlechte Vorbereitung auf den gewählten Studiengang haben in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Zahl von Studienabbrüchen geführt.

Wir fordern die Aufhebung der Fusion von Technischer Hochschule Cottbus und Technischer Fachhochschule Lausitz

Wir wollen die Fusion der Technischen Hochschule Cottbus und der Technischen Fachhochschule Lausitz wieder aufheben. Fachhochschulen und Universitäten haben grundsätzlich einen unterschiedlichen Auftrag im Bildungssystem. Sie sollen daher entsprechend ihrem Bildungsauftrag ihr eigenes Profil wahren und weiterentwickeln können. Die Zusammenführung beider Hochschulformen zu einer Gesamthochschule hat sich nicht bewährt.

Wir wollen das Angebot öffentlicher und privater Fernuniversitäten ausbauen

Die Angebote öffentlicher Fernuniversitäten ergänzen das staatliche Angebot und ermöglichen ein Studium auch denjenigen, die nicht permanent an einem Studienort anwesend sein können oder nebenberuflich in Teilzeit studieren wollen. Mit dem Ausbau der Breitbandversorgung wird auch diese Form der Aus- und Fortbildung an Attraktivität gewinnen. Sie bietet eine Chance für den ländlichen Raum, weil auch dort abseits der Ballungszentren studiert werden kann, eine kostengünstige Alternative zum Präsenzstudium, eine Chance für ein nebenberufliches Universitätsstudium sowie für ein Aufbaustudium und zur Fortbildung. Wir wollen die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, indem wir massiv in die digitale Infrastruktur unseres Landes investieren.

Wir wollen unsere Hochschulen, Unternehmen und Investoren besser vernetzen

Wir wollen die disziplinübergreifende Forschung und Entwicklung sowie die Intensivierung der Kooperation zwischen Lehre, Forschung und Industrie inklusive Gründerzentren stärker fördern. Unser Vorbild ist hier das kalifornische Silicon Valley und die dortige erfolgreiche Vernetzung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen mit den ansässigen Technologieunternehmen sowie zahlungskräftigen Investoren. Vor allem unsere Landeshauptstadt Potsdam mit ihren drei Hochschulen sowie zahlreichen Forschungsinstituten bietet hierfür die besten Voraussetzungen. Schon heute gibt es in keiner deutschen Stadt mehr Forschungseinrichtungen je Einwohner als in unserer Landeshauptstadt. Dieses Potential muss genutzt werden, um dem Land Brandenburg eine Vorreiterrolle in zukunftsträchtigen Forschungsfeldern wie der Energietechnologie und autonome Transportsysteme, Informationstechnologie, neue Werkstoffe und Materialwissenschaften, additive Fertigungstechniken, Luft- und Raumfahrt, Mechatronik, Biotechnologie sowie Chemie zu verschaffen.

Das Studium an Fernuniversitäten durch den Ausbau der Breitbandversorgung attraktiver machen

In keiner deutschen Stadt gibt es mehr Forschungseinrichtungen pro Einwohner als in unserer Landeshauptstadt

Nur eine technologische Spitzenposition kann langfristig unsere führende Wettbewerbsposition sichern

Wir wollen die Fächer Mathematik, Informatik sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften stärker fördern und eine gute Qualität der wissenschaftlichen Arbeit sicherstellen

Wir wollen in Schulen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen die Fächer Mathematik, Informatik und die Natur- und Ingenieurwissenschaften massiv fördern und unsere Rahmenlehrpläne dementsprechend umgestalten. Neueste Technologie, ausgereifte Technik und hervorragende Qualität haben in der Vergangenheit den guten Ruf von „Made in Germany“ begründet. Als rohstoffarmes Land kann nur eine technologische Spitzenposition langfristig unsere führende Wettbewerbsposition und damit unseren Wohlstand sichern. Dies gilt heute und noch mehr zukünftig durch die Herausforderungen von demografischem Wandel und Globalisierung. Die BAföG-Förderung mit einer Mischung aus Stipendium und rückzahlbarem Kredit ist hierbei der richtige Weg, um die Studien- und Berufswahl zu steuern. Studiengänge mit naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Schwerpunkten müssen unserer Meinung nach besonders gefördert werden, da deren Absolventen in der Regel im besonderen Maße zu unserem Wohlstand beitragen. Die AfD befürwortet die Schaffung eines Lehrstuhls und eines Instituts für Gute Wissenschaftliche Praxis.

11 | Sicherheit darf nicht nur ein Wort sein: Polizei und Justiz stärken.

Innere Sicherheit und Recht

Der Staat hat die Pflicht, unser Leben, unsere körperliche Unversehrtheit und unser Eigentum zu schützen. Er hat dies besonders gegenüber jeglicher Form organisierter Kriminalität und islamischen Terrorismus zu tun. Der Schutz vor Kriminalität in jeglicher Ausprägung darf nicht zu einer Privatisierung der Sicherheit führen; das staatliche Gewaltmonopol muss jederzeit gewahrt bleiben. Den Schutz an die Brandenburger selbst zu übertragen, käme einer Bankrotterklärung des Staates gleich. Die Alternative für Deutschland sieht es daher als wichtigste Aufgabe des Staates an, die öffentliche Sicherheit sowie Rechtssicherheit zu gewährleisten. Das setzt eine stärkere Präsenz der Polizei und eine zügige Behandlung gerichtlicher Streitigkeiten voraus. In der öffentlichen Diskussion zur inneren Sicherheit geht unter, dass das Gewaltmonopol des Staates dafür da ist, die Freiheit der Brandenburger vor rechtswidriger privater Macht- und Gewaltausübung zu schützen. Wo der Staat mangels einer hinreichenden Ausstattung der Polizei sein Gewaltmonopol nicht mehr ausüben kann, sind die Brandenburger kriminellem Einzeltätern und Banden schutzlos ausgeliefert. Entsprechendes gilt für die Arbeit der Justiz: Zu lange Gerichtsverfahren schaffen nicht nur Rechtsunsicherheit, sie begünstigen im Ergebnis rechtsmissbräuchliches Verhalten zum Schaden der Rechtstreuen. Ohne hinreichenden staatlichen Schutz fühlt sich der Brandenburger in Zeiten steigender Gewaltkriminalität ohnmächtig und ausgeliefert. Das kann früher oder später dazu führen, dass er Recht und Sicherheit selbst in die Hand nimmt. Oder er verlässt die Region und gibt sie auf, investiert nicht mehr und siedelt sich woanders an.

Um qualifizierte junge Menschen und Seiteneinsteiger für den Polizeiberuf zu begeistern, bedarf es einer angemessenen Bezahlung. Unsere Landespolicisten dürfen nicht schlechter gestellt sein als Polizisten der Bundespolizei.

Wir fordern daher eine sofortige Angleichung der Besoldung an das höhere Niveau der Bundespolizei und die sofortige Einführung der freien Heilfürsorge. Nur so kann die Polizei im Rennen um die besten Köpfe mit der freien Wirtschaft konkurrieren. Die Alternative für Deutschland wird sich daher vordringlich für eine Stärkung der öffentlichen Sicherheit und der Rechtssicherheit in Brandenburg einzusetzen. Die Kriminalitätsentwicklung im Berliner Umland und im Grenzgebiet zu Polen macht deutlich, dass die Landesregierung bei ihrer Aufgabe versagt hat, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Die von ihr eingeleitete Polizeireform, die eine Konzentration der Polizeidienststellen zum Ziel hat, aber einen Rückzug der Polizei aus der Fläche bedeutet, hat sich als der falsche Weg erwiesen. Wir treten deshalb für eine Neuausrichtung der polizeilichen Arbeit in Brandenburg ein.



Zu lange Gerichtsverfahren schaffen Rechtsunsicherheit

Wir wollen die Polizeipräsenz in der Fläche wiederherstellen

Wir wollen mit Hilfe einer landesweit gesteigerten Polizeipräsenz die Zeiten zwischen Notruf und Eintreffen der Polizei deutlich reduzieren. In weiten Teilen Brandenburgs ist unsere Polizei in der Fläche nicht mehr präsent. Die Anfahrt zum Einsatzort ist dadurch berechenbar lang geworden, so dass sich zwar die Täter sicher fühlen, aber nicht die Brandenburger. Dafür ist es erforderlich, mit einer optimierten Zahl kleiner Polizeiwachen landesweit präsent zu sein. Dies hilft auch dabei, unnütze Wege und Leerfahrten der Polizei zu reduzieren und Zeit für die eigentliche Polizeiarbeit zu gewinnen. Für Verwaltungsaufgaben in den Polizeidienststellen sollen möglichst Verwaltungskräfte aus der Landesverwaltung gewonnen werden.

Wir wollen die Anzahl der Polizeibeamten erhöhen

Wir fordern eine Erhöhung des Personalbestands bei der Polizei auf mindestens 9.000 Stellen. Um eine stärkere Polizeipräsenz in der Fläche zu erreichen, müssen mehr Polizeibeamte für die polizeiliche Arbeit im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen. Indem wir die Kapazitäten der Fachhochschule Oranienburg deutlich erweitern, wollen wir die Einstellung von Nachwuchskräften in ausreichender Zahl ermöglichen. Zugleich müssen unsere Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben entlastet werden und darauf hingewirkt werden, dass diese grundsätzlich nur noch für polizeiliche Aufgaben im öffentlichen Raum eingesetzt werden. Zur Erfüllung ihrer Aufgabe sind unsere Beamten zudem optimal auszustatten. Die Sicherheit unserer Beamten sowie der Bevölkerung darf kein Gegenstand von Sparmaßnahmen werden. Derzeit kann die Polizei der Kriminalitätslage nicht umfassend und flächendeckend Herr werden. Sowohl das Sicherheitsempfinden als auch die tatsächliche Sicherheit der Menschen wird hierdurch massiv beeinträchtigt.

Wir wollen mehr Personal für unsere Justiz

Die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Justiz gegen Kriminalität und bei der Bearbeitung von Zivil- und Verwaltungsverfahren kann nur mit mehr Personal nachhaltig gesteigert werden. Wir fordern daher eine signifikante Aufstockung des Personals bei Richtern, Staatsanwälten und insbesondere bei Verwaltungsfachangestellten. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verfahrensdauer bei Gericht erheblich verkürzt wird und Fristen gewahrt bleiben.

Wir wollen den Opfer- und Zeugenschutz ausbauen

Wir wollen jedem Opfer als Nebenkläger im Strafverfahren einen Opferanwalt zur Seite stellen. Denn wenn der Täter Anspruch auf einen Pflichtverteidiger hat, muss auch das Opfer über eine juristische Unterstützung verfügen. Wir wollen zudem die Rechte von Opfern sowie deren Angehörigen im Strafverfahren ausweiten. Insbesondere für traumatisierte Personen muss eine intensivere und individuell angepasste Opferbetreuung durchgeführt werden. Weiterhin werden wir in Brandenburger Gerichten geschützte Zeugenschutzzimmer und Vernehmungszimmer mit Videotechnik einrichten lassen, um auch hier eine Bedrohung und Beeinflussung auszuschließen.

Zur wirksamen Verfolgung von Verbrechen der organisierten Kriminalität sowie von Gewaltverbrechen ist eine Stärkung des Opfer- und Zeugenschutzes erforderlich. Es muss verhindert werden, dass jemand aufgrund seiner Bereitschaft vor Gericht auszusagen, ein zweites Mal zum Opfer wird. Auch dürfen Straftäter nicht deswegen ungeschoren davonkommen, weil sie Zeugen einschüchtern konnten.

Wir wollen die organisierte Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen

Wir wollen mit einer Reihe von Gesetzesinitiativen erreichen, dass Polizei und Justiz bei der Verfolgung und Ahndung von Straftaten wirkungsvollere Instrumente zur Hand haben. Wir wollen unsere Polizei mit modernster Technik und lageangepasster Bewaffnung ausstatten, wie zum Beispiel mit Sturmgewehren und gepanzerten Fahrzeugen. Wir fordern weiterhin die Wiedereinführung angemessener Grenzkontrollen sowie die Nutzung der Schleierfahndung, um den „Einbruchtourismus“ als Erscheinungsform der Transitkriminalität zu unterbinden. Eine besondere Herausforderung für die Innere Sicherheit stellt das organisierte Verbrechen dar. Das zeigt sich insbesondere im Berliner Umland und den Grenzregionen. Macht und Einfluss der Verbrecher machen es für die Beamten zu einem persönlich gefährlichen Unterfangen, sich diesen Organisationen entgegen zu stellen.

„Einbruchtourismus“ als Erscheinungsform grenzüberschreitender Kriminalität unterbinden

Wir wollen durch Straftaten erlangte Vermögenswerte konsequent abschöpfen

Bei Straftaten aus dem Bereich der organisierten Kriminalität sowie bei komplexen Vermögensdelikten kommt es häufig nicht zu einer Abschöpfung der durch die Straftat erlangten Vermögenswerte, weil die derzeitigen Verfahrensregelungen dies in der Praxis verhindern. Nach geltender Rechtslage müsste über die Vermögenseinziehung als Folge der Straftat in der gerichtlichen Hauptverhandlung entschieden werden. Da Finanzermittlungen aber sehr zeitaufwendig sind, können sehr oft bis zur Hauptverhandlung keine ausreichenden Erkenntnisse gesammelt werden, die es ermöglichen würden, den Tätern die Früchte ihrer Taten wieder zu nehmen. Deswegen kommt es vielfach nur zu einer strafrechtlichen Verurteilung. Wir wollen ein nachträgliches Verfahren einführen, das die Nachholung der Vermögenseinziehung auch noch nach der Hauptverhandlung ermöglicht. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen der Steuerfahndung und den Wirtschaftsdezernenten bei den Staatsanwaltschaften intensiviert werden.

Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber unseren Polizeibeamten hat ein unerträgliches Maß erreicht

Wir wollen die Mindeststrafe für töliche Angriffe auf Amtspersonen erhöhen

Wir fordern eine Bundesratsinitiative zur Anhebung des Mindeststrafmaßes bei tölichen Angriffen gegen Amtspersonen im weiteren Sinne, insbesondere gegen Polizeibeamte, Feuerwehrangehörige und sonstige Rettungskräfte, von derzeit drei Monaten auf mindestens ein Jahr. Die Aggressivität und Gewaltbereitschaft gegenüber unseren Polizeibeamten und sonstigen Rettungskräften hat ein unerträgliches Maß erreicht. Viele „Mitbürger“ betrachten unsere Freunde und Helfer in der Not längst als eine Art Freiwild. Das hat unter anderem dazu geführt, dass Polizeibeamte insbesondere in so genannten „Problemvierteln“ der Ballungsgebiete meistens schon mit der Eigensicherung so ausgelastet sind, dass für den aktiven

Schutz von Leib und Leben anderer wenige Kapazitäten übrigbleiben.

Wir fordern eine grundlegende Neuausrichtung des Strafvollzuges

Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass die Gewährung von Lockerungen im Strafvollzug von der Zustimmung der Staatsanwaltschaft abhängig ist. Resozialisierungsmaßnahmen sind sehr kostenintensiv und werden vom Steuerzahler finanziert, weshalb diese Mittel auch nur Straftätern zu Gute kommen dürfen, bei denen ein Resozialisierungswille bzw. -fähigkeit tatsächlich besteht. Für die Strafgefangenen dürfen Resozialisierungsleistungen nicht länger als Angebot verstanden werden, sondern vielmehr als Chance, die sie sich verdienen müssen. Der im Strafvollzug dominierende Resozialisierungsgedanke darf den Anspruch der Allgemeinheit auf Schutz vor gefährlichen Straftätern keinesfalls zurückdrängen. Die Sicherheit der Bevölkerung muss oberste Priorität haben. Gegenwärtig entscheiden die Gefängnisverwaltungen allein über die Gewährung von Lockerungen beim Strafvollzug, wie z.B. den offenen Vollzug, Urlaub und Freigang, ohne dass die Staatsanwaltschaft hiervon auch nur etwas erfährt. Diese an sich der Resozialisierung dienenden Lockerungsmaßnahmen sind jedoch bei bestimmten Tatumständen nicht geeignet, einer zukünftigen Straffälligkeit entgegenzuwirken. Sie wirken dann wie eine unverdiente Strafverkürzung.

Wir wollen keine geschönte Kriminalitätsstatistik

Wir fordern, dass in Polizeiberichten grundsätzlich Tätergruppen genannt und Tatverdächtige mit Nationalität, bei Tatverdächtigen mit deutscher Staatsangehörigkeit gegebenenfalls mit Migrationshintergrund genannt werden. Zudem sind die Erhebungsmethoden der Statistik zu politisch motivierten Straftaten zu überarbeiten, um deren Aussagekraft zu verbessern. Investigative Presseberichte haben aufgedeckt, dass es substantielle Hinweise darauf gibt, dass die Kriminalstatistik in Brandenburg aufgrund von Dienstanweisungen geschönt wird. Die Menschen im Land Brandenburg haben aber das Recht, über Verbrechensexentwicklungen statistisch korrekt und hinreichend informiert zu werden. Umfassende und ehrliche Angaben zu Tat und Tätern sind in der Kriminalstatistik notwendig, um realistische Bewertungen der Kriminalitätsentwicklung und von Täterprofilen zu gewährleisten. Nur so hat die Kriminalstatistik einen Mehrwert für erfolgreiche Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung.

Wir fordern die Einführung von Regelungen zur Beschleunigung von Strafverfahren

Wir werden uns für eine Gesetzesänderung einsetzen, um das Instrument des Strafbefehls für alle Strafverfahren zugänglich zu machen, um diese so erheblich zu beschleunigen und die Strafgerichte somit zu entlasten. Für eine wirkungsvolle Kriminalitätsbekämpfung ist es erforderlich, dass der Täter alsbald nach der Tatbegehung strafrechtlich verurteilt wird. Dies ist wegen der Überlastung der Strafgerichte in Brandenburg in der Regel nicht gewährleistet. In der strafgerichtlichen Praxis gibt es eine Vielzahl von Fällen, in denen das Ergeb-

nis der gerichtlichen Hauptverhandlung wegen der klaren Sach und Beweislage für jeden Beteiligten unschwer vorhersagbar ist.

Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von Ausländerkriminalität verbessern

Wir werden uns für Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Ausländerkriminalität einsetzen. Das Polizeiaufgabengesetz muss insbesondere auf die erhöhte Gefahr von Terroranschlägen angepasst werden. Der Anteil der Ausländer am Gesamtaufkommen der Kriminalität übertrifft den Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei weitem. In einzelnen Bereichen dominieren Ausländer als Täter deutlich. Die Kriminalitätsbelastung durch ausländische Täter ist daher weitaus mehr als nur besorgniserregend. Außereuropäische kulturelle und religiöse Prägungen dürfen in der Strafverfolgung und bei der Rechtsprechung nicht strafmildernd wirken. Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Polizei und Ordnungskräften müssen konsequent und zeitnah bestraft und Schäden von den Verursachern ersetzt werden.

Wir wollen die Privilegierung des Alkoholgenusses als schuldmildernden Zustand beseitigen

Wir wollen durch eine Änderung der einschlägigen Vorschriften die schrankenlose Privilegierung des Alkoholgenusses als Schuld mindernden Zustand beseitigen. Eine Verfolgung und Ahndung von Gewalttaten erweist sich gegenwärtig vielfach als nicht möglich, weil Täter sich darauf berufen können, zur Zeit der Tatbegehung volltrunken gewesen zu sein. Dabei kommt ihnen die geltende Gesetzeslage entgegen, wonach auch bei einer schuldhaft herbeigeführten Alkoholisierung ein kräftiger Strafnachlass zu gewähren ist. Da die Behauptung, volltrunken gewesen zu sein, häufig nicht zu widerlegen ist, führt dies oft zu milden Urteilen, die vor allem bei Tötungsdelikten nur noch als eine Verhöhnung der Opfer empfunden werden kann.

Wir stoppen unnötige Geschwindigkeitskontrollen, die lediglich der Haushaltssanierung dienen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Instrument der Geschwindigkeitskontrolle ausschließlich zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr eingesetzt wird. Es darf kein finanzieller Anreiz für sachlich nicht gebotene Geschwindigkeitskontrollen vorhanden sein. Die zunehmende Zahl der Geschwindigkeitskontrollen erweckt den begründeten Verdacht, dass sie vielfach nicht mehr der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr dienen, sondern der Haushaltssanierung. Allein schon der Eindruck, dass die Einnahmebeschaffung und nicht die Gefahrenabwehr der Anlass für Geschwindigkeitskontrollen sind, schwächt das Vertrauen der Brandenburger in den Rechtsstaat und das rechtstaatliche Handeln der Polizei. Geschwindigkeitskontrollen belasten zudem unnötig unsere Polizeibeamten, die wichtige Aufgaben zu erledigen haben.

In einzelnen Bereichen dominieren Ausländer als Täter deutlich

Geschwindigkeitskontrollen belasten unnötig unsere Polizeibeamten, die wichtigere Aufgaben zu erledigen haben

Der Schutz vor gefährlichen Straftätern steht über dem Anspruch auf Resozialisierung

Bürger haben ein Recht auf aussagekräftige und transparente Kriminalitätsstatistiken

Effektive Überwachung gefährlicher Personen sicherstellen

Wir wollen die Justizvollzugsanstalt in Frankfurt (Oder) wiedereröffnen

Wir fordern, dass die Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) durch Kauf in den Landesbesitz zurückgeführt wird und unter anderem als Abschiebezentrum für abgelehnte Asylbewerber genutzt wird. Die nach aufwändiger Sanierung erst 1995 wieder eröffnete Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) ist von der Landesregierung im Jahr 2013 geschlossen worden. Damit ist das Landgericht Frankfurt (Oder) der einzige Landesgerichtsbezirk im Land Brandenburg, der über keine eigene Justizvollzugsanstalt verfügt. Dadurch wird es notwendig, die zu einer Haftstrafe verurteilten Täter über weite Strecken zu den westlich gelegenen Justizvollzugsanstalten des Landes zu transportieren. Das bindet unnötig zusätzliche Polizeikräfte.

Wir wollen, dass die Polizei zukünftig bereits bei „drohender Gefahr“ konkrete Maßnahmen ergreifen darf

Die Polizei muss zukünftig im Sinne des BVerfG-Urteils vom 20. April 2016 bereits bei „drohender Gefahr“ konkrete Maßnahmen ergreifen dürfen, anstatt wie bislang üblich erst dann zu reagieren, wenn ein Verbrechen bereits verübt wurde oder es konkrete Hinweise auf gegenwärtige oder unmittelbar bevorstehende Gefahren gibt. Die Grundlage hierzu bildet eine effektivere Überwachung gefährlicher Personen. Dadurch können potenziell verdächtige Personen der organisierten Kriminalität und islamische Terrorverdächtige und Gefährder ohne Verurteilung oder begangene Straftat mit richterlichem Beschluss bis zum Wegfall der Gefahr unbegrenzt in Präventionsgewahrsam genommen werden. Das Abhören von technischen Geräten soll mit richterlicher Genehmigung ermöglicht werden. Dazu gehören auch Zugriffe auf den Computer, das Smartphone und die Cloud. Die Daten sollen durchsucht und gespeichert werden.

Wir wollen die Schleierfahndung landesweit einsetzen

Wir wollen Schleierfahnder der Landespolizei landesweit einsetzen und technisch aufrüsten. Wir fordern zudem eine Verstärkung der Bundespolizei an der Außengrenze zu Polen mit dem Ziel, geltendes Recht gegen unerlaubte Einwanderung durchzusetzen. Außerdem könnten ortskundige Spezialisten viel schneller „Dauerkunden“ unter Schleusern erkennen und gefälschte Dokumente und verdächtige Fahrzeuge samt Insassen einer gezielten Kontrolle unterziehen. Auch Fahrzeuge auf den Brandenburger Wasserstraßen müssen überprüft werden.

Wir setzen uns für eine Ausweitung der Untersuchungshaft bei Gewaltdelikten ein, bei denen eine Anordnung auch ohne herkömmlichen Haftgrund möglich ist. Gewalttäter müssen nach geltendem Recht von der Polizei nach Feststellung ihrer Personalien in der Regel wieder entlassen werden, wenn herkömmliche Haftgründe, z.B. Vorliegen keines festen Wohnsitzes, für die gerichtliche Anordnung von Untersuchungshaft nicht dargelegt werden können. Für Gewalttäter ist die derzeitige Praxis geradezu eine Ermunterung zu weiteren einschlägigen Taten. Die stetige Zunahme immer brutaler werdender Gewalttaten macht daher ein energischeres Durchgreifen im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Präsenz der Bundespolizei an der Außengrenze zu Polen verstärken

Wir wollen unsere Polizeibeamten mit erweiterten Fahndungsbefugnissen ausstatten

Die Polizei soll künftig grundsätzlich am Körper angebrachte Kameras zur Dokumentation einsetzen können. Bisher dürfen diese „Body-Cams“ nur auf öffentlichen Straßen und Plätzen eingesetzt werden. Indem sie auch beim Betreten von Wohnungen und Gebäuden eingeschaltet werden dürfen, gestalten wir den Opferschutz wesentlich effizienter.

Wir wollen Videoüberwachung und rechtliche Grundlagen für den Einsatz von Gesichtserkennung ermöglichen

Studien belegen, dass dank Videoüberwachung nicht nur die Kosten für Sachbeschädigungen und Vandalismus signifikant gesenkt werden können, es steigt nachweislich auch die Aufklärungsrate von Straftaten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Videoüberwachung ausgeweitet wird und zudem rechtliche Grundlagen für den Einsatz von Gesichtserkennung geschaffen werden. Voraussetzung ist der bereits beschlossene zentrale Zugriff auf Bilddaten über das künftige Bund-Länder-Polisisystem unter der Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen.

Videoüberwachung senkt die Kosten für Sachbeschädigungen und Vandalismus und sorgt für eine höhere Aufklärungsquote

Bürger müssen für die die Bedeutung individueller Notfallvorsorge sensibilisiert werden

Wir wollen die individuelle Notfallvorsorge fördern

Ob Oderflut, Schneekatastrophe oder Risiko von flächendeckenden Stromausfällen: Die ungestörte Verfügbarkeit von Energie und Lebensmitteln sowie der unbeeinträchtigte Zugang zu Finanzdienstleistungen ist nicht selbstverständlich. Vor wenigen Jahrzehnten war die Sensibilität für dieses Thema wesentlich ausgeprägter. Viele Familien hatten einen Raum für Vorräte im Haus, mit denen sie kurzfristige Versorgungsgaps hätte bewältigen können. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe des vorbeugenden Bevölkerungsschutzes an, die Brandenburger in Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften von Feuerwehr und Rettungsdiensten für die Bedeutung von Selbstvorsorgemaßnahmen zu sensibilisieren und darüber zu informieren, wie auf Bundesebene das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



12 | Genug ist genug: Keine weitere Einwanderung in unsere Sozialsysteme. Einwanderung, Asyl und Abschiebung

Unser Land Brandenburg hat in seiner jahrhundertelangen Geschichte vielfach von der Zuwanderung aus fremden Ländern profitiert. Das bekannteste Beispiel ist hier die Einladung durch den Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm im Jahr 1685 an die damals in Frankreich aus religiösen Gründen verfolgten Hugenotten, sich in der Mark Brandenburg niederzulassen. Über 15.000 Hugenotten folgten der Einladung und entschieden sich für ihre neue Heimat Brandenburg-Preußen. Anders als heutige „Flüchtlinge“ waren die Hugenotten sehr gut ausgebildet und wurden daher in der damals gerade erst vom Dreißigjährigen Krieg verwüsteten und entvölkerten Mark Brandenburg zu Taktgebern des wirtschaftlichen Fortschritts. Zudem lernten sie schnell Deutsch und passten sich aufgrund ihrer west-europäischen Herkunft sehr schnell an das damalige brandenburgisch-preußische Gesellschaftssystem an.

Unterdrückung von Frauen oder die fehlende Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen, sind in islamischen Ländern an der Tagesordnung

Völlig anders sieht es hingegen beim fortdauernden Zustrom von Menschen aus Nahost und Afrika aus. Im Gegensatz zu den Hugenotten stammen diese aus wirtschaftlich schwachen Staaten, deren Gesellschaftsmodell zudem in vielen Bereichen im Mittelalter verblieben ist. Die Todesstrafe, die Unterdrückung von Frauen und Mädchen oder die fehlende Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen, wie sie in islamischen Ländern an der Tagesordnung sind, haben in unserem aufgeklärten Land Brandenburg nichts zu suchen. Die meisten dieser zu uns kommenden Menschen können auch niemals zu Taktgebern des wirtschaftlichen Fortschritts werden. Während die Hugenotten damals in der Tat Fachkräfte waren, die Zuflucht in fremden Ländern suchten, stammen die heutigen Migranten fast ausnahmslos aus bildungsfernen Schichten und finden sich daher zwangsläufig im deutschen Sozialsystem wieder. Indem wir Geldleistungen konsequent streichen und stattdessen Sachleistungen zur Verfügung stellen, entfällt der wichtigste Anreiz zur Einwanderung. Leider fehlt den anderen Parteien dazu der politische Wille – der AfD jedoch nicht.

Wir entscheiden selbst, wer zu uns kommt und wollen Zuzug ausschließlich nach Bedarf zulassen

Die AfD ist für eine strikte Trennung von Asyl und Einwanderung. Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt und ausschließlich Zuzug nach Bedarf zulassen. Wie unsere Geschichte gezeigt hat, liegt ein unverzichtbarer Teil unserer staatlichen Souveränität darin, über die Qualität und Quantität der Einwanderung selbst zu bestimmen. Die Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften muss jedoch in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potentiale erfolgen.

Hierzu gehören eine umfassende Aus- und Weiterbildung, die Überführung unserer Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Beendigung der Diskriminierung von älteren Arbeitnehmern und Alleinerziehenden.

Wir fordern die Wiedereinführung umfangreicher Kontrollen an unserer Außengrenze

Um die illegale Einreise nach Brandenburg wirksam bekämpfen zu können, ist eine umfassende und ständige Sicherung und Kontrolle unserer Außengrenze notwendig. Diejenigen, die sich hier illegal aufhalten und bei Kontrollen oder bei der illegalen Einreise aufgegriffen werden, sind unverzüglich in Haft zu nehmen. Sobald die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Abschiebung geklärt sind, sind sie in ihr jeweiliges Heimatland abzuschieben. Bargeld, Geld- und Kreditkarten und Wertgegenstände sind einzuziehen und erst bei der vollzogenen Abschiebung wieder auszuhändigen. Die Kosten für die vorübergehende Unterbringung, Versorgung sowie Rückführung aufgelaufenen Aufwendungen sind einzubehalten. Zudem wollen wir, dass Mobiltelefone umgehend eingezogen werden und die darauf gespeicherten Daten zur Ermittlung von Schleppern, Komplizen und Fluchtrouten ausgewertet werden.

Wir fordern von Einwanderern und anerkannten Flüchtlingen die Akzeptanz unserer deutschen Leitkultur

Integration kann nur gelingen, wenn diejenigen, die wir in unsere Gesellschaft aufnehmen, aktiv an dieser mitwirken. Die Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar. Ein Teil unserer ausländischen Mitbürger sowie der Deutschen mit Migrationshintergrund hat bewiesen, dass er sich mit seinen Familien in die deutsche Gesellschaft mit großem Erfolg eingefügt hat. Sie haben unsere christlich-abendländischen Wertevorstellungen übernommen, sie haben unsere deutsche Sprache erlernt, sie respektieren unsere Gesetze und verdienen in der Regel ihren eigenen Lebensunterhalt. Sie sind das Paradebeispiel für eine gelungene Eingliederung in unsere deutsche Gesellschaft.

Wir wollen keine weitere Einwanderung in unsere Sozialsysteme

Wir fordern, dass die Ausgabe von Geldleistungen an Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber vollständig durch Sachleistungen ersetzt wird. Hierdurch würde der wichtigste Anreiz, in unsere Sozialsysteme einzuwandern, wegfallen. Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten massenhaft Armutseinwanderer an. Die Freizügigkeit der EU und die nicht mehr zeitgemäße Ausgestaltung des Asylrechtes werden dazu missbraucht, um Zugang zu unserem Sozialsystem zu erlangen. Dies schwächt auch zunehmend brandenburgische Haushaltsskassen.

Wir fordern, dass Ausreisepflichtige konsequent in ihre Heimatländer zurückführen sind

Abgelehrte Asylberechtigte müssen in ihr Herkunftsland zurückkehren, sobald gewährleistet ist, dass sie dort nicht mehr flächendeckend verfolgt werden. Daher ist das Fortbestehen von Fluchtgründen regelmäßig zu überprüfen. Rechtskräftig Ausreisepflichtige verhindern oftmals ihre Rückführung, indem sie untertauchen, ihre Identität verschleiern oder künstliche Abschiebehindernisse schaffen, indem

Die Assimilation als weitestgehende Form der Integration ist zwar anzustreben, aber nicht erzwingbar

Das Fortbestehen von Fluchtgründen ist regelmäßig zu überprüfen

sie zum Beispiel vorsätzlich eine Straftat begehen. Die Folge sind jahrelange, aufwendige und teure Gerichtsverfahren. Diese Verstöße dürfen nicht auch noch dadurch belohnt werden, dass die Täter dennoch nach einigen Jahren in den Genuss eines Daueraufenthaltsrechts gelangen. Staatsbürger, die bei der Schaffung von Abschiebehindernissen mitwirken, sind konsequent zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir sparen Kosten, indem wir obligatorische Altersfeststellungen von Flüchtlingen einführen

Bis zu 80 Prozent der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sind tatsächlich volljährig

Wir fordern, dass bei Flüchtlingen in begründeten Zweifelsfällen obligatorische Altersuntersuchungen durchgeführt werden. Die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind in den letzten Jahren förmlich explodiert. Dies liegt daran, dass sehr viele unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer das Ausländer- und Asylrecht missbrauchen. Fast alle von ihnen sind männlich und bis zu 80 Prozent derjenigen, die sich als minderjährig ausgeben, sind tatsächlich volljährig. Ihre Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch und der Staat kann wegen der Anwendung des Jugendstrafrechts nicht konsequent durchgreifen. Viele angeblich minderjährige Zuwanderer dienen als so genannte „Ankerkinder“ zum späteren Nachzug ihrer Familien. Angesichts von Kosten von durchschnittlich 60.000 bis 80.000 Euro pro Person und Jahr ist dem ein Riegel vorzuschieben.

Wir wollen keine kommunale Unterbringung von Flüchtlingen über die Köpfe der Brandenburger hinweg

Angesichts rasant gestiegener Kosten sollen unsere Kommunen zukünftig selbst festlegen können, wie viele Asylsuchende diese bei sich unterbringen. Eine Asylpolitik über die Köpfe der Brandenburger hinweg lehnen wir entschieden ab. Anwohner sind so frühzeitig und so umfassend wie möglich über die geplante Errichtung neuer Asylheime zu informieren und in die Planung einzubeziehen. Wir fordern die Unterbringung in einigen wenigen zentralen Einrichtungen.

Herausbildung muslimisch dominierte Parallelgesellschaften vor allem in den alten Bundesländern

Wir wollen die Bildung von Parallelgesellschaften im Land Brandenburg verhindern

Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, dass die aus westdeutschen Großstädten und Berlin bekannten Parallelgesellschaften sich nicht auch noch im Land Brandenburg ausbreiten. Im Zuge der verfehlten Einwanderungs- und so genannten „Integrationspolitik“ der Altparteien hat sich vor allem in den alten Bundesländern eine muslimisch dominierte Parallelgesellschaft entwickelt.

Die angestammte deutsche Bevölkerung sieht sich vielerorts mit negativen Entwicklungen konfrontiert, die mit der Einwanderung aus dem orientalischen Raum direkt zusammenhängen. Eine dreifach höhere Kriminalitätsrate im Vergleich zu Deutschen, Terroranschläge auf den Straßen, ethnische und religiöse Konflikte, eine Verachtung gegenüber den Sicherheitsorganen und Behörden, wachsende Hetze und Angriffe vor allem gegenüber Christen und Juden werden wir nicht länger dulden.

13 | Mehr den Brandenburgern – weniger dem Staat

Wirtschaft und Mittelstand



Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft

Die Wirtschaft im Land Brandenburg ist stark mittelständisch geprägt. Weniger als fünf Prozent der brandenburgischen Unternehmen sind Großunternehmen und beschäftigen mehr als 250 Mitarbeiter. Die restlichen Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen. Sie bilden das eigentliche Rückgrat unserer brandenburgischen Wirtschaft. Eine gute Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg muss deshalb in erster Linie eine gute Mittelstandspolitik sein. Die derzeitige Landesregierung vernachlässigt jedoch den Mittelstand und setzt vollkommen falsche Weichenstellungen: Viele Innenstädte im ländlichen Brandenburg sind gekennzeichnet durch leerstehende Läden, verfallene Häuser und wenige Einkaufskunden auf den teils schlechten Straßen. Und obwohl das Handwerk zu den Stützpfilern der wirtschaftlichen Entwicklung im Land Brandenburg gehört, stagnieren die Existenzgründungen und das Beschäftigungspotential ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Ein Grund hierfür ist, dass die deutsche Wirtschaft unter der Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft und der Zunahme von staatlichen Markteingriffen leidet. Sie ist konfrontiert mit hoher Bürokratie und Überreglementierung, sinkender Innovationsfähigkeit, hohen Abgaben und Steuern und einem hohen Investitionsstau in der Infrastruktur. Des Weiteren überwiegen in der Energiepolitik planwirtschaftliche Elemente, die durch Überbürokratisierung und Reglementierung zu extrem hohen Energiepreisen führen.

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft zur Unterstützung des Mittelstandes, der Handwerker und Selbständigen. Gerade kleine und mittelständische Betriebe wirtschaften und planen langfristig und sind nicht auf falsches, kurzfristiges Quartalsdenken und Gewinnmaximierung fokussiert. Unsere Wirtschaftspolitik wird sich daher stets vorrangig an den Bedürfnissen von kleinen und Kleinstunternehmen, Handwerkern, Selbständigen und eben dem Mittelstand orientieren und sich für die Verbesserung der wirtschaftlichen Dynamik des Landes Brandenburg, die Erhöhung des Beschäftigungsstandes sowie die angemessene Gewährleistung der Sozialstandards einsetzen. Mit unserer Rückbesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir größere Freiräume für mehr Wettbewerb und Eigeninitiative schaffen und die Bevormundung durch den Staat eindämmen. Die Alternative für Deutschland setzt sich daher für eine Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die mit den folgenden Maßnahmen erzielt werden soll:

Die Rückbesinnung auf die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft stärkt den Mittelstand

Wir wollen eine Sonderwirtschaftszone Lausitz einrichten

Mit der Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone wollen wir die Lausitz frühzeitig auf ein mögliches Ende der Kohleförderung vorbereiten. Vorbild für uns ist hier die „Zonenrandförderung“ der Bonner Republik. Diese war insbesondere durch Inves-

titionszulagen, Zinszuschüsse für bestimmte Kredite, Sonderabschreibungen für Unternehmen, die in die frühere Grenzregion investierten, eine Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, einer Befreiung von der Grunderwerbsteuer sowie Zuschüsse zur Förderung der wirtschaftlichen Infrastruktur gekennzeichnet. Gerade die Nähe zu unseren osteuropäischen Nachbarn bietet viele Vorteile für eine die Länder Brandenburg und Sachsen übergreifende Sonderwirtschaftszone Lausitz.

Wir wollen bessere Wettbewerbsbedingungen für das brandenburgische Handwerk schaffen

Das brandenburgische Handwerk wird stark durch Kleinbetriebe geprägt

Wir setzen uns dafür ein, dass das Vergaberecht stark vereinfacht wird und bürokratische Hemmnisse bei den Auftraggebern und Auftragnehmern beseitigt werden. Das brandenburgische Handwerk wird stark durch Kleinbetriebe geprägt. In den ländlichen Gegenden Brandenburgs sind diese Betriebe die Hauptarbeitergeber. Allerdings haben sie Probleme mit so genannten „Wettbewerbern“ aus dem EU-Ausland. Während das Brandenburger Handwerk in der Regel Mitarbeiter beschäftigt, die über eine qualifizierte berufliche Ausbildung und einen entsprechenden Abschluss verfügen, arbeiten diese EU-Wettbewerber vielfach mit wenig qualifizierten Arbeitskräften. Sie können ihre Leistungen daher sehr viel günstiger anbieten.

Wir wollen die Pflichtmitgliedschaft in Berufsgenossenschaften abschaffen

Die Wirtschaft im Land Brandenburg hat nicht die vergleichbare Dynamik anderer Bundesländer

Unsere Unternehmen sollen selbst entscheiden können, ob sie in einer bestimmten Berufsgenossenschaft versichert sind oder die Angebote und Leistungen auf dem freien Versicherungsmarkt zu gleicher Qualität und ohne Beschränkung der Arbeitnehmerrechte in Anspruch nehmen. Die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer leisten, insbesondere bei der Erbringung hoheitlicher Leistungen, wertvolle Beiträge für die deutsche Wirtschaft. Sie sind verantwortlich für die Ausbildung unseres Nachwuchses, fördern Wirtschaft und Handwerk und gleichen unterschiedliche Interessen aus. Allerdings muss jedes Unternehmen und jeder Handwerker selbst entscheiden können, welche Leistung sie nachfragen. Wir wollen die so genannten hoheitlichen Aufgaben in den Kammern belassen, die Pflichtmitgliedschaft jedoch mittelfristig abschaffen.

Die Beiträge zu Innungen wollen wir zur Hälfte auf die Kammerbeiträge anrechnen.

Wir wollen Unternehmensgründungen fördern

Wir wollen durch die Senkung behördlicher und gesetzlicher Anforderungen Freiräume für Kleinstunternehmungen und nebenberufliches Unternehmertum schaffen. Zudem wollen wir durch den Ausbau von Gründerzentren und neuen Schulungs- und Beratungsangeboten in Kooperation mit Unternehmensberatern, Hochschulen und Anbietern von Fernstudiengängen die Gründung von Unternehmen erleichtern und finanziell unterstützen. Die Wirtschaft im Land Brandenburg hat nicht die vergleichbare Dynamik anderer Bundesländer. In der Summe ist die

Zahl der Existenzgründer rückläufig. Menschen mit Tatendrang, unternehmerischen Ideen und Fähigkeiten werden heute vielfach durch die schwer überschaubaren und hohen bürokratischen Auflagen davon abgehalten, ihre Ideen auszuprobieren und zu verwirklichen.

Dass es auch anders gehen kann, zeigen beispielsweise die in Süd-deutschland verbreiteten Strauß- oder Besenwirtschaften, die historisch gewachsen nicht unter den Begriff des Gewerbes fallen und daher erlaubnis- und abgabenfrei sind.

Wir wollen einen Expertenpool für Unternehmensgründer und Jungunternehmer einrichten

Wir wollen nach Vorbild der Kammern einen Experten-Pool aufbauen, auf den junge Unternehmer jederzeit zugreifen können. Viele Unternehmer im Ruhestand und betriebswirtschaftliche Praktiker verfügen über eine umfangreiche Sachkompetenz bei der Beurteilung von Geschäftsideen und dem Geschäftsaufbau. Ähnlich wie die ehrenamtlichen Experten der Kammern können sie ihre Expertise in die Beratung für Gründer und junge Unternehmen einbringen.

Wir wollen den Tourismus im Land Brandenburg ausbauen

Die Attraktivität des Landes Brandenburg für Touristen steigern

Wir werden uns für eine Reihe von Maßnahmen einsetzen, die die Attraktivität des Landes Brandenburg für Touristen steigern. So wollen wir uns unter anderem dafür einsetzen, dass spezielle Werbekonzepte entwickelt werden, mit denen in- und ausländische Touristen, die Berlin besuchen, verstärkt auch für touristische Ziele in Brandenburg gewonnen werden. Weiterhin wollen wir dafür Sorge tragen, dass „Bettensteuern“ für Infrastrukturprojekte nicht die Attraktivität Brandenburgs für Touristen schwächen und die vielfältigen Reiseangebote aus den verschiedenen Regionen besser koordiniert und beworben werden. Mit seinen Natur- und Kulturräumen bietet unser Land Brandenburg ausgezeichnete Voraussetzungen für Städtereisen, Fahrradtouren, Urlaub an Seen und auch für erholsame Tage in unberührter Natur. Vor allem Kurzurlaube sowie Tagesausflüge aus Berlin sind für den Tourismus im Land Brandenburg von besonderer Bedeutung.

Wir wollen die ausufernde Bürokratie abbauen

Unsere Gesetze müssen hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit, ihrer Kosten und ihres Nutzens auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls ersatzlos abgeschafft werden. Gerade kleinere Betriebe müssen von Berichtspflichten, statistischen Auskunfts vorschriften und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlastet werden. Die Dokumentationspflichten, denen unsere Unternehmen zur Vermeidung von Strafen nachkommen müssen, haben ein ausuferndes Ausmaß erreicht. Rund 90.000 Vorschriften und Gesetze verursachen in Deutschland pro Jahr Kosten in Höhe von etwa 45 Milliarden Euro! Dies belastet insbesondere kleine sowie mittelständische Unternehmen und begünstigt Großunternehmen.

Wir wollen die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland aufheben

Als Reaktion auf die Ukraine-Krise im Jahr 2014 hat die Europäische Union gegen Russland Wirtschaftssanktionen erlassen. Sinn und Zweck der Sanktionspolitik ist es, die russische Regierung wirtschaftlich unter Druck zu setzen und so zu einem Einlenken zu zwingen. Obwohl diese Politik vollständig gescheitert ist, bestehen die Sanktionen zu Lasten der Zivilbevölkerung jedoch weiter fort. Es ist nicht im Interesse Brandenburgs, dass eine erfolglose und die Wirtschaft des Landes schädigende Politik fortgesetzt wird. So sind mehrere hundert brandenburgische Unternehmen von den Sanktionen betroffen, da sie Geschäftsbeziehungen zu Russland unterhalten. Wir wollen die überzogene Sanktionspolitik gegen Russland daher schnellstmöglich beenden und somit unsere Unternehmen stärken.

14 | Für eine Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau.

Verkehr, Infrastruktur und Wohnen

Über Jahrhunderte machte das Gefühl von Gemeinschaft eine lebenswerte Stadt aus. Stadtbewohner konnten in ihrem jeweiligen Wohnviertel arbeiten, dort Dinge des täglichen Bedarfs erwerben, Erholungs- und Freizeitangebote wahrnehmen und natürlich auch wohnen. Park- und Spielflächen werteten das Viertel zusätzlich auf. Leider wurde nach dem Krieg durch stadtplanerische sowie ideologische Eingriffe die noch vorhandene historische Bausubstanz zahlreicher brandenburgischer Siedlungen im großen Maße zerstört und die historisch gewachsenen Stadtstrukturen zugunsten der städtebaulichen Leitbilder der autogerechten bzw. sozialistischen Modellstadt aufgebrochen. Die Folge war die Orientierung sämtlicher Planungsmaßnahmen an den Bedürfnissen des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitiger Unterordnung der übrigen Verkehrsteilnehmer. Dies ist die Ursache für einen großen Teil der Probleme, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen. Lärm, Luftschadstoffe, Staus, unattraktive Stadtviertel, breite und stark befahrene Straßen sowie die Gefährdung schwacher Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer – die Liste der Probleme ist lang. Die AfD fordert daher eine Abkehr vom überholt verkehrs- und städtebaulichen Konzept der autogerechten Stadt und eine Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau mit seiner hohen Lebens- und Umweltqualität.

Das oberste Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, die unhaltbaren Zustände auf unseren Straßen spürbar zu verbessern. Nicht nur fehlende Umgehungsstraßen, fehlende Kreisverkehre und schlecht organisierte Baustellen behindern den Verkehrsfluss auf brandenburgischen Straßen. Sinnlose Vorfahrtsregeln, ungünstig geschaltete Straßenampeln, Tempo-30-Zonen an Hauptstraßen sowie fehlende Investitionen in den Erhalt unserer Infrastruktur tun ihr Übriges. Aber auch der ländliche Raum darf in der Verkehrspolitik nicht vergessen werden und muss durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs wieder an den Metropolraum Berlin angeschlossen werden. Den in den berlinfernen Gegenden lebenden Brandenburgern muss ein Grundangebot für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stehen. Dieses muss die Erreichbarkeit im ländlichen Raum sicherstellen und Mindeststandards erfüllen, um eine echte Alternative zum eigenen Auto darstellen zu können. Die Politik muss zudem endlich etwas gegen die deutlichen Mietpreissteigerungen und vielerorts spürbaren Wohnraumengpässe unternehmen. Vor allem einkommensschwache Haushalte, zunehmend aber auch Haushalte mit mittleren Einkommen, haben Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wirtschaftlich berechenbare, stabile Eigentums- und Mietverhältnisse stärken auf Dauer das gesellschaftliche Wohlergehen, fördern den Zusammenhalt der Generationen und können auch der Landflucht entgegenwirken. Sie sind daher das oberste Ziel unserer Wohnraumpolitik.



Abkehr vom überholt Konzept der autogerechten Stadt

Erreichbarkeit im ländlichen Raum sicherstellen und Mindeststandards erfüllen

Der Flughafen Tegel muss erhalten bleiben

Wir wollen einen leistungs- und entwicklungsähigen Flughafen

Wir brauchen einen leistungs- und entwicklungsähigen Flughafen, der der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Hauptstadtrektion gerecht wird. Die ständige Ausweitung des BER-Projekts mit sämtlichen Verzögerungen, Finanzrisiken und Desinformationen hat die Transparenz und Steuerbarkeit des Projektes zerstört und die berechtigten Interessen vieler Menschen im dicht besiedelten Umfeld des Flughafens zunehmend missachtet. Die explodierenden Investitionskosten sowie die wachsenden Folgekosten überfordern zudem die finanzielle Leistungsfähigkeit Brandenburgs. Die AfD-Brandenburg fordert daher, mit dem Pannenflughafen wie folgt weiter zu verfahren:

- Da schon heute feststeht, dass der neue BER nicht über hinreichend Kapazitäten verfügen wird und bereits über Erweiterungen nachgedacht wird, muss der Flughafen Tegel erhalten bleiben. Die Projektgesellschaft hat umgehend alle offenen Handwerkerrechnungen zu bezahlen. Dabei ist durch einen unparteiischen Ombudsmann sicherzustellen, dass die beteiligten Unternehmen nicht durch vermeidbare Zahlungsverzögerungen in die Insolvenz getrieben werden.
- Die Flughafengesellschaft hat einen umfassenden und transparenten Gesamtkosten- und Zeitplan vorzulegen, damit die Brandenburger sich ein Urteil darüber bilden können, inwieweit der BER überhaupt noch realisiert werden kann. Diese Pläne sind durch eine unabhängige Betrugsicherung zu überprüfen.
- Die Lärmbelästigungen durch den Betrieb des BER sind, sofern dieser Nichtflughafen jemals fertig werden sollte, auf ein Minimum zu reduzieren. Es muss sichergestellt werden, dass für alle unmittelbar Betroffenen strenger Schallschutz gewährleistet ist. Eine dritte und vierte Startbahn sind angesichts der Besiedlungsdichte in der Region nicht zu genehmigen. Zudem muss es ein striktes Nachtflugverbot geben. Das Wohl und die körperliche Unversehrtheit der vom Fluglärm betroffenen Brandenburger haben für uns absoluten Vorrang vor den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Flughafenbetreiber.

Wir wollen den Sanierungs- und Ausbau auf unseren Straßen beenden

Wir wollen für die Sanierung, den Erhalt sowie den Neubau von Kreis- und Gemeindestraßen und in Abstimmung mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten ein Sonderprogramm auflegen, dessen Höhe sich am Bedarf und den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln orientiert. In den vergangenen Jahren hat es die Landesregierung versäumt, genügend Haushaltssmittel für die Sanierung, den Erhalt sowie den Neubau von Straßen bereitzustellen. Allein unser kommunales Straßennetz weist einen Investitionsstau von über 2,7 Milliarden Euro auf. Pro Jahr werden allerdings nur 150 Millionen Euro in die Pflege unserer Infrastruktur investiert. Es ist somit kein Wunder, dass sich unsere Straßen, Brücken und Unterführungen zum Teil in einem bedauernden Zustand befinden und wir Brandenburger uns

Genügend Haus- haltsmittel für Sanierung, Erhalt und Neubau von Straßen bereit- stellen

deshalb mit Dauerstaus, Verkehrsunfällen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und einer erhöhten Lärmbelästigung konfrontiert sehen. So genügen gerade einmal 38 Prozent unserer Straßen den gesetzlichen Standards!

Wir wollen insbesondere auf dem Land günstigen Wohnraum für Familien schaffen

Wir wollen die Schaffung von Wohneigentum fördern, um insbesondere jungen Familien im ländlichen Raum eine attraktive Lebensperspektive in ihrem Heimatort oder in ihrer Heimatregion zu geben. Wir fordern zudem die Stärkung der kommunalen Wohnungsbauprogramme, um über die Kommunen in ganz Brandenburg kontinuierlich vergünstigten Wohnraum anbieten zu können. Wir wollen diese Programme daher erweitern, um auch Wohnraum für den Eigentumserwerb von Familien anzubieten. Flächen im Besitz der öffentlichen Hand sollen bevorzugt für genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte genutzt werden. Bei der Wohnraumförderung bevorzugen wir innerörtliche Gebiete gegenüber Neubaugebieten. Unser besonderes Ziel ist es, jeder jungen einheimischen Familie aus Gemeinden bis 6.000 Einwohnern in ihrem Heimatort ein attraktives Angebot für günstigeren Wohnraum oder Baugrund zu geben.

Wir wollen, dass ein Grundbedarf an Wohnraum steuerfrei wird

Wir wollen die Grundsteuer für selbstgenutzte Immobilien senken: Für Einzelpersonen sollen 45 qm, für ein Paar 60 qm und für jedes weitere Haushaltmitglied 15 qm Wohnraum grundsteuerfrei sein. Durch diese Maßnahme können insbesondere Mehrkindfamilien entlastet werden. Wir wollen so verhindern, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die damit einhergehende Neuordnung der Grundsteuer zu einer stärkeren Belastung von Familien führen.

Grundsteuer für selbstgenutzte Immobilien senken

Wir wollen die Grunderwerbsteuer abschaffen

Wir fordern, dass die Grunderwerbsteuer schrittweise auf 2 Prozent gesenkt und mittelfristig komplett abgeschafft wird. Als einzige direkte Stellschraube wurde sie in den letzten Jahren ständig erhöht und ist im Land Brandenburg mit nunmehr 6,5 Prozent vollkommen unsozial. Sie behindert den Erwerb von Wohneigentum gerade für Familien.

In diesem Rahmen ist zu prüfen, ob sie je nach Ausgestaltung der Grundsteuer an diese mit einem Faktor gekoppelt werden kann, um Transparenz und Fairness wiederherzustellen. Grundsätzlich fordern wir, dass das Land Brandenburg eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Grunderwerbsteuer in die Wege leitet. Die Politik belastet das Gut „Wohnen“ mit überbordenden Nebenkosten in Form von Grunderwerb- und Grundsteuern. In Zeiten, in denen aufgrund sich ändernder wirtschaftlicher Gegebenheiten von Arbeitnehmern ein großes Maß an Mobilität verlangt wird, stellt die Grunderwerbsteuer einen Bremsklotz dar: Wer flexibel ist und berufsbedingt den Wohnort wechselt, wird finanziell bestraft. Dies gilt auch für persönlich bedingte Wohnortwechsel.

Wir wollen ein Sonderprogramm zur Förderung von Ortsumgehungsstraßen auflegen

Wir setzen uns für den innerörtlichen Lärmschutz und damit für ein Sonderprogramm zur Förderung von Ortsumgehungsstraßen ein. Durch die einhergehende Verkehrsberuhigung wird gleichzeitig dem Verfall von Ortskernen entgegengewirkt. Attraktiver Wohnraum auf dem Land ist schließlich gekennzeichnet durch die Verbindung aus ruhiger Wohnlage und schneller Anbindung an Fernstraßen. Leider gibt es in unserem Land noch immer Ortschaften, durch die Bundesstraßen hindurchführen. In Folge des starken Verkehrs ist die Lebensqualität der Anwohner sowohl wegen Luftverschmutzung als auch einem erhöhten Lärmpegel beeinträchtigt. An besonders betroffenen Orten wollen wir zudem durch bauliche und technische Maßnahmen die Lärmbelastung durch den Straßen- und Schienenverkehr reduzieren. Es ist Aufgabe des Landes, mit vertretbarem Aufwand für geringe Umweltbelastungen zu sorgen.

Hierzu gehört auch der Lärmschutz in all seinen Facetten.

Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

Um unsere Straßen zu entlasten und einen Beitrag für den Umweltschutz zu leisten, wollen wir das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs ausbauen. Unser langfristiges Ziel ist es, dass von jeder größeren Stadt im Land Brandenburg aus das Zentrum Berlins bzw. Potsdams mittels öffentlicher Verkehrsmittel zügig und direkt zu erreichen ist. Hierzu wollen wir zusätzliche Haltestellen im Regionalbahnenetz schaffen und in der Vergangenheit stillgelegte S-Bahnhöfe wiedereröffnen. Zudem wollen wir insbesondere im ländlichen Raum das bestehende Busnetz ausbauen. Brandenburg ist ein Land der Pendler. Jeden Tag pendeln etwa 273.000 Brandenburger in andere Bundesländer heraus und etwa 134.000 Menschen täglich nach Brandenburg herein. Vor allem im Metropolraum Berlin führt dies in Stoßzeiten zu starken Verkehrsbeeinträchtigungen.

Wir wollen die Preise für den Wohnungsbau senken

Wir wollen kostensteigernde aber unnötige Vorgaben im Wohnungsbau abschaffen. Staatliche Vorgaben zur Energetik und zum Brandschutz sowie die Forderung nach Sozialwohnungen treiben die Preise für Wohnungsbau unnötig in die Höhe. Damit steigen nicht nur die Baukosten, sondern auch die Mieten ins Unermessliche. Der vorbeugende Brandschutz ist auf unverzichtbare Maßnahmen zu reduzieren.

Unsere Überzeugung: Kein Diesel ist illegal!

Mit uns wird es keine Fahrverbote für Diesel- oder Ottomotor angetriebene Fahrzeuge aufgrund der Überschreitung von willkürlichen Grenzwerten und fragwürdigen Messergebnissen geben. Die AfD sieht den Verbrennungsmotor und nicht zuletzt den sparsamen Dieselmotor noch für lange Zeit als dominierende Antriebstechnik auf der Straße an. Dieser ist hoch entwickelt und wird stetig weiter ver-

bessert, sowohl in Bezug auf Effizienz als auch auf Emissionen. Die derzeitige Diskussion über Stickoxid ist aus ideologischen Gründen vorgeschoben und reiht sich nahtlos im Jahrzehnte währenden Kampf grüner Ideologen gegen den Individualverkehr ein. Mehr als 35 Prozent der Pendler im Land Brandenburg setzen auf einen Diesel-PKW und sind von der unsinnigen Diesel-Diskussion unmittelbar betroffen.

Für uns ist der Elektroantrieb kein Ersatz für Verbrennungsmotoren

Grundsätzlich begrüßen wir umweltfreundliche Antriebssysteme. Deren Nutzung darf aber nicht durch den Staat vorgeschrieben werden. So ist der Elektroantrieb mit Batterie nur für Nischenanwendungen geeignet und kein Ersatz für unsere bewährten Verbrennungsmotoren. Es dürfen auch nicht die umweltschädlichen und energieintensiven Produktionsmethoden der Lithiumakkumulatoren von Elektroautomobilen ausgeblendet werden. Einer flächendeckenden Einführung des Elektroantriebs stehen zu viele ungelöste Probleme, wie die begrenzte Reichweite, die Länge der Ladedauer und ein unzureichend ausgebautes Ladestellennetz im Weg. Wer Elektrofahrzeuge nutzen möchte, dem steht dies selbstverständlich frei. Das Land Brandenburg darf unserer Ansicht nach jedoch nicht für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur einspringen. Das heutige Tankstellennetz wurde schließlich auch nicht mit Steuergeldern finanziert, sondern über den Benzinpreis. Wenn eine ausreichende Nachfrage an Elektroautos besteht, dann finden sich zwangsläufig Unternehmen, die aufgrund ökonomischer Anreize in ein Ladestellennetz investieren.

Wir lehnen LKW-Gigaliner ab

Wir setzen uns für ein Verbot von LKW-Gigalinen auf unseren Straßen ein. Eine gute Verkehrspolitik zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie die Sicherheit im Straßenverkehr verbessert. Bereits heute kommt es auf unseren Landstraßen und Autobahnen regelmäßig zu teils schweren LKW-Unfällen. Zudem sind unsere Autobahnen komplett ausgelastet und an gewissen Tagen und zu bestimmten Tageszeiten auch überlastet, wie jeder Berufspendler aus eigener Erfahrung bezeugen kann. Gigaliner, das heißt überlange LKWs, verschärfen diese Probleme zusätzlich. Vor allem bei Unfällen droht aufgrund des Ausmaßes der Giganten-LKW ein Verkehrskollaps, da bereits normale LKW-Unfälle zu größeren Personenschäden führen und stundenlange Massenstaus auslösen.

Für uns sind Radfahrer gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer

Wir wollen nicht nur das bestehende Radwegenetz insbesondere innerstädtisch und in touristischen Regionen ausbauen, sondern auch die Alltagstauglichkeit der bestehenden Radwege erhöhen. Ein beschleunigter Ausbau der Radinfrastruktur ist in Anbetracht der stetig steigenden Zahl an Verkehrsteilnehmern unerlässlich. Zudem wollen wir etwas gegen die leider viel zu oft beim Abbiegen von Lastkraftwagen auftretenden Unfälle unternehmen. Zum Schutze unserer Radfahrer ist der Einbau von Abbiegeassistenten und Abstandssensoren künftig zum Standard zu erheben.



15 | Wer die Digitalisierung verschläft, der verschläft unsere Zukunft.

Digitalisierung und Datenschutz

Eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung mit unzähligen Funklöchern, eine geringe Bandbreite vor allem auf dem Land gefährden unsere Zukunftsfähigkeit

Internet und Digitalisierung prägen unser tägliches Leben und die moderne Gesellschaft. Ohne Zugang zu Internet und digitaler Kommunikation ist eine gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben in unserem Bundesland nicht mehr möglich. Dies gilt umso mehr für Menschen in ländlichen Regionen, die fern von den Angeboten der Ballungszentren leben. Gerade sie sind auf schnelle, leistungsstarke Internetzugänge und Kommunikationsnetze angewiesen. Unser Land Brandenburg bildet bei der Digitalisierung jedoch im bundesweiten Vergleich eines der Schlusslichter. Eine schlechte Mobilfunknetzabdeckung mit unzähligen Funklöchern, eine geringe Bandbreite vor allem auf dem Land sowie eine mangelhafte Präsenz der Behörden im Internet gefährden unsere Zukunftsfähigkeit. Weiterhin treibt dieser Zustand den Zuzug in den Berliner Speckgürtel an, da nur dort die notwendige digitale Infrastruktur für Wirtschaft und Brandenburger in einem halbwegs ausreichenden Maß gegeben ist. Die digitale Zukunft ist schon längst am Land Brandenburg vorbeizogen. Hier muss schnellstmöglich gehandelt werden.

Ebenfalls nicht länger dulden dürfen wir die zahlreichen Eingriffe der Altparteien in die freie Meinungsäußerung im Internet. Diese ist uns ebenso wichtig, wie ein vernünftiger Datenschutz sowie die Wahrung von Urheberrechten. Die Altparteien treten all dies jedoch mit ihren Füßen. Mit dem unsäglichen Netzwerkdurchsetzungsgesetz rütteln sie an den Grundfesten der Meinungsfreiheit. Das ist eine Schande für unsere Demokratie. Längst stehen wir hier an einer Wegscheide zwischen einer freien, offenen Gesellschaft mit Meinungsfreiheit und einem repressiven Überwachungsstaat. Es scheint, als wollen diejenigen, die hier bereits länger regieren, unerwünschte Meinungsäußerungen per Gummirecht unterdrücken. Die AfD lehnt sämtliche Angriffe auf die Meinungsfreiheit strikt ab.

Die Digitalisierung ist aus der modernen Gesellschaft längst nicht mehr wegzudenken. Das Internet und Social Media prägen das Leben und das Kommunikationsverhalten besonders der jungen Menschen. Viele Unternehmen vollziehen Anstrengungen zur Digitalisierung, um Kosten zu sparen und wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Voraussetzung dafür ist aber die entsprechende Infrastruktur. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Unternehmen nicht leiden soll, müssen wir schnellstmöglich flächendeckend schnelles Internet verwirklichen und die zahlreichen Löcher in der Abdeckung unseres Mobilfunknetzes schließen. Zudem fehlt uns ein ganzheitlicher Ansatz zur Digitalisierung der Wirtschaft, des Tourismus, des Gesundheits- und des Bildungssystems. Wir wollen mit folgenden Maßnahmen die Digitalisierung in Brandenburg vorantreiben:

Wir wollen den flächendeckenden Ausbau des Breitband- und Mobilfunknetzes verwirklichen

Wir streben eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 100 Mbit/s an, um alle Brandenburger in das digitale Zeitalter zu heben. Das Land Brandenburg hinkt beim Netzausbau hinterher und lag im Jahr 2018 im bundesweiten Vergleich auf dem viertletzten Platz. Fast 15 Prozent der Landesfläche weisen eine unzureichende bzw. gar keine Mobilfunkversorgung auf! Eine schnelle, leistungsstarke Internet-Infrastruktur eröffnet uns Brandenburgern vielfältige Möglichkeiten. Wir können im eigenen Haus beispielsweise als freiberuflicher Architekt oder Informatiker arbeiten oder als Landwirt unsere Produkte an den Märkten dieser Welt handeln. Wir können das Internet dazu nutzen, Arbeit zu suchen, zu finden und zu vermitteln und Verwaltungsvorgänge – von der Steuererklärung bis zur Kfz-Anmeldung – von zu Hause aus erledigen. Wir können Medienangebote wie Film-, Musik- oder Konzertübertragungen in unsere Wohnzimmer streamen und haben Zugang zu einer breiten Palette an Einkaufsmöglichkeiten, die früher typischerweise ein Privileg der Städter war.

Wir fordern die Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

Die AfD fordert die Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz als europarechts- und verfassungswidrig bewertet. Die darin enthaltenen Maßnahmen zur Regulierung sozialer Netzwerke sind gänzlich ungeeignet, um so genannte „Hasskriminalität“ oder strafbare Inhalte zu unterbinden. Stattdessen greifen die Maßnahmen des NetzDG unverhältnismäßig in die Presse- und Meinungsfreiheit ein und könnten die Kommunikationsfreiheit im Internet nachhaltig beschädigen. Selbst der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit betonte, das NetzDG stünde im Widerspruch zu Artikel 19 des Internationalen Paktes für bürgerliche und politische Rechte, dem die Bundesrepublik 1973 beigetreten ist und der das Recht auf ungehinderte Meinungsfreiheit postulierte.

Wir wollen keine staatliche Zensur in Internet und Medien

Die AfD tritt für eine vielfältige Medienlandschaft ein, die freie Information und kritische Diskussionen ermöglicht. Information und Meinung müssen klar erkennbar voneinander getrennt sein. Wir fordern eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung, die sich nicht an den Interessen von Regierungen, Parteipolitik oder Lobbygruppen orientiert, sondern ihre Informations-, Bildungs- und Kulturprogramme im Sinne der Gebührenzahler gestaltet. Das Internet als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfolgung von schweren Straftaten keinerlei staatlicher Zensur unterliegen. Deshalb lehnen wir auch den Einsatz von „Upload-Filtern“ im Internet ab.

Fast 15 Prozent der Landesfläche weisen eine unzureichende bzw. gar keine Mobilfunkversorgung auf

Maßnahmen des NetzDG greifen unverhältnismäßig in die Presse- und Meinungsfreiheit ein

Wir wollen Zukunftstechnologien fördern

Im Bereich der Zukunftstechnologien möchten wir Unternehmensgründungen erleichtern und geeignete Maßnahmen zur Förderung von Startups beschließen. Die Politik muss ein gesellschaftliches Klima für eine offene, unbelastete Diskussion neuer Technologien und Entwicklungen fördern. Dabei sind neben der berechtigten Erörterung von Risiken bei neuen Technologien, wie der Künstlichen Intelligenz, auch die jeweiligen Chancen in den Fokus zu rücken. Schlüsseltechnologien, die für das Land Brandenburg relevant sind, müssen identifiziert und durch substanziale Förderungsmodelle vorrangig entwickelt werden. Als rohstoffarmes Land kann uns nur eine technologische Spitzenposition langfristig den Wohlstand erhalten.

Wir wollen den Datenschutz stärken

Wir setzen uns entschieden für eine Novellierung des Datenschutzrechtes ein. Jeder Mensch muss über seine personenbezogenen Daten selbst bestimmen können und über die Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung seiner Daten selbst entscheiden können. Die Urheber der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind jedoch völlig über das Ziel hinausgeschossen. Anstatt große Internetkonzerne zu regulieren, trifft die DSGVO stattdessen vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, Vereine, Blogger, Freizeitfotografen und viele andere. Diese können sich keine teuren Berater leisten und leiden unter völliger Rechtsunsicherheit. Zugleich freut sich die Abmahnindustrie über volle Auftragsbücher. So kann es nicht weitergehen.

Wir wollen das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung um die Aufgabe der Digitalisierung erweitern

Bislang wird das Thema Digitalisierung durch die Altparteien stiefmütterlich behandelt. Seit Jahren wird der Ausbau des Breitbandnetzes versprochen, jedoch nicht konsequent umgesetzt. Um die Digitalisierung voranzutreiben, wollen wir das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung um das Aufgabenfeld der Digitalisierung erweitern. Alle digitalen verwaltungstechnischen Aktivitäten sollen dort mit entsprechender Richtlinienkompetenz und interministerieller Weisungsbefugnis gebündelt werden. Die AfD fordert zudem die vollständige Digitalisierung der Verwaltung, um deren Effizienz und Bürgernähe unter Berücksichtigung und Einhaltung des Datenschutzes zu steigern. Unser Ziel ist es hier, dass die wichtigsten Verwaltungsprozesse papierlos von zu Hause aus abgewickelt werden können.

Wir wollen die digitale Medienwirtschaft im Rahmen der Digitalisierung gezielt fördern

Die AfD ist sich des großen wirtschaftlichen Potentials sowie der immensen Bedeutung digitaler Spiele als Kulturgut des 21. Jahrhunderts bewusst. So konsumieren über 34 Millionen Deutsche regelmäßig Computer- und Videospiele, wobei es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern gibt. Das Durchschnittsalter der deutschen Gamer ist im vergangenen Jahr auf 36,1 Jahre angestiegen.

Über neun Millionen sind gar älter als 50 Jahre! Computer und Games sind also

längst nicht mehr nur etwas für Jugendliche und Kinder, wie es in den Medien oft-mals dargestellt wird. Sie sind ein Kulturgut, welches für sämtliche Generationen von Bedeutung ist. Dementsprechend groß sind die Umsätze der digitalen Medienvirtschaft. Die Games-Branche der Hauptstadtregion zählt etwa 1.500 Unternehmen, die auf die Entwicklung, die Distribution, Vermarktung und Bewerbung von Computer- und Videospielen spezialisiert sind. Neben unzähligen Startups sind auch große internationale Unternehmen in der Hauptstadtregion zu finden und machen diese zum führenden Games-Standort in Deutschland! Wir wollen darauf aufbauen und weitere Ansiedlungen, Neugründungen sowie innovative Projekte gezielt fördern, um den Standort Brandenburg zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern.

Wir wollen keine Eingriffe in unsere Freiheitsrechte und Souveränität

Wir betrachten es als Aufgabe und vornehmsten Zweck des Staates, die Freiheitsrechte und Souveränität der Brandenburger zu schützen und deren Ausübung zu gewährleisten. Wir fordern daher, dass die Politik bei der Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft stets die Lösungen sucht und realisiert, die die Grundrechte auf Meinungsfreiheit und informationelle Selbstbestimmung, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung möglichst nicht tangieren oder aber bestmöglich schützen.



16 | Nicht das Klima ist bedroht, sondern unser Wohlstand...

Klima und Energie

Irrsinnig hohe Kosten und Auswirkungen auf Landschaftsbild, Umwelt und Lebensqualität sprechen gegen einen weiteren Ausbau des Wind- und Solarenergiesektors

Braunkohle, Windkraft, Solarenergie sowie das Potential der Forstwirtschaft ermöglichen in der Theorie die Versorgung des Landes Brandenburg mit Strom aus eigenen Quellen. In der Praxis werden jedoch vor dem Hintergrund des so genannten Klimaschutzes Unsummen an Steuergeldern im Energiesektor versenkt. Gegen einen weiteren dynamischen Ausbau der Windenergie und der großflächigen Solarenergieerzeugung im Land Brandenburg sprechen neben den irrsinnig hohen Kosten die Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Umwelt und die Lebensqualität der Anwohner. Die zunehmende ästhetische Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die allgegenwärtigen Windkraftanlagen verändert den durch Weite und Natur gekennzeichneten Charakter der Brandenburger Landschaft und unterminiert die Chancen Brandenburgs, den Tourismus als wesentliche Einnahmequelle des Landes zu erhalten oder gar auszubauen.

Es ist zudem wissenschaftlich nicht gesichert, dass Klimaveränderungen vorwiegend menschengemacht seien. Die Klimaprognosen des Weltklimarats basieren auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. So hat der Mensch seit Ende des vergangenen Jahrtausends zwar ein Drittel aller Treibhausgase ausgestoßen, die seit Beginn des Zeitalters der Industrialisierung insgesamt produziert wurden. Zeitgleich kam es allerdings auch zu einer Pause des Klimawandels. Dies ist ein Indiz dafür, dass der behauptete negative Einfluss der ausgestoßenen Treibhausgase auf die Temperatur der Erde in der Realität weitaus geringer bis gar nicht vorhanden ist. In der Folge berücksichtigen immer mehr Wissenschaftler natürliche Schwankungen des Weltklimas in ihren Simulationen.

In der Tat gab es schon vor der Industrialisierung regelmäßige Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die jeweilige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen. In der Summe ist das Klima auf der Erde seit ca. 10.000 Jahren sogar erstaunlich stabil. Eiskernbohrungen belegen, dass die Durchschnittstemperatur zu den Blütezeiten des Römischen Reiches sowie des Hochmittelalters um durchschnittlich zwei Grad über den heutigen Werten lag. Während den Krisenzeiten der Völkerwanderung sowie des Spätmittelalters lag die Temperatur hingegen um durchschnittlich zwei Grad unter den heutigen Werten. Diese Klimaschwankungen korrelieren mit Änderungen der Sonnenaktivität. Vor diesem Hintergrund gestaltet sich die Energie- und Klimapolitik der Alternative für Deutschland wie folgt:

Wir wollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen

Die AfD setzt sich für eine Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie eine rechtskonforme Entschädigung der Altanlagenbesitzer ein. Die Förderung von Wind- und Solarenergie durch das EEG kommt die Menschen im Land Branden-

burg, wie auch in Deutschland, insgesamt teuer zu stehen. Garantierte Entgelte sowie eine Einspeisegarantie haben die Stromkosten auf ein Niveau getrieben, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährdet und die Energie- rechnung für eine zunehmende Zahl von Brandenbürgern unzulänglich macht. Der Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen hat dazu geführt, dass die Brandenburger bundesweit die höchsten Netzentgelte zu tragen haben. Dies ist ein Ergebnis der für Brandenburg ungünstigen Berechnungsgrundlagen, wonach die Anschlusskosten der zahlreichen alternativen Energieerzeugungsanlagen durch die geringe Bevölkerungszahl geteilt und auf die Brandenburger umgelegt werden. Dies ist für uns nicht tragbar! Die Zusatzkosten für die Netzstabilität müssen vom Bund übernommen werden. Solange das noch nicht geschehen ist, sollen:

- keine Erneuerbare-Energien-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten errichtet werden,
- keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne Zustimmung der betroffenen Brandenburger ausgewiesen werden,
- keinerlei direkte oder indirekte Subventionen für Energiegewinnung, Speicherung und -Verteilung und Elektromobilität mehr bezahlt werden

Wir wollen sozial verträgliche Strompreise für alle Brandenburger

Die AfD fordert, dass die Energiewendepolitik beendet wird und unsere Strompreise wieder auf ein sozialverträgliches Niveau gesenkt werden. Das Land Brandenburg hat Strompreise, die mit jedem Zubau weiterer Wind- und Sonnenstromanlagen sowie dem Netzausbau zwangsläufig weiter steigen. Zusammen mit den EEG-Subventionen kostete der Ökostrom die Verbraucher im Jahr 2017 30 Milliarden Euro. Für das Jahr 2018 wurden 32 Milliarden Euro prognostiziert. Jedoch hatte der mit staatlicher Planwirtschaft erzeugte Ökostrom im Jahr 2017 einen Marktwert von nur rund 10 Prozent der bezahlten Subvention. Die Subventionen fließen zu den Profiteuren der Energiewende und belasten jeden Vierpersonenhaushalt bis 2025 mit jeweils über 25.000 Euro. Schließlich werden diese Subventionen direkt über die hohen Strompreise und somit durch uns Verbraucher gezahlt. Damit findet eine noch nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben statt. Die volkswirtschaftlichen Mehrkosten der geplanten Energiewende allein im Strombereich werden bis 2050 zusammen mehrere Billionen Euro betragen. Dem muss entgegengewirkt werden. Günstige Strompreise sind nicht nur für den Privatverbraucher, sondern auch für unsere kleinen und großen Unternehmer von zentraler Bedeutung.

Wir wollen das Pariser Klimaabkommen aufkündigen

Die AfD tritt dafür ein, dass Deutschland das Pariser Klimaabkommen vom 12. Dezember 2015 kündigt. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“- sowie Forschungsorganisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. Das Land Brandenburg muss bei diesen Maßnahmen die Vorreiterrolle übernehmen. Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesre-

Stromkosten auf einem Niveau, das die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gefährdet

Strompreise wieder auf ein sozialverträgliches Niveau senken

Emissionsenkung im Land Brandenburg hat keine erkenn- oder messbare Auswirkung auf das „Weltklima“

gierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich dazu verpflichtet, für die Umstellung der Wirtschaft auf einen niedrigen Umsatz von Kohlendioxid, weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen. Eine Emissionssenkung vom Land Brandenburg hätte allerdings keine erkenn- oder auch messbare Wirkung auf das „Weltklima“.

Wir wollen den Braunkohleabbau als wichtigen Wirtschaftsfaktor erhalten

Wir treten für den Erhalt der Braunkohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor ein. Südbrandenburg wird seit Beginn der Industrialisierung von Braunkohleabbau und -nutzung geprägt und stellt den strukturbestimmenden Wirtschaftsfaktor in dieser Region dar. Daher wollen wir die Stromerzeugung aus Kohle als wichtigen Wirtschaftsfaktor, soweit am freien Markt konkurrenzfähig, unbedingt erhalten. Die Akzeptanz der regionalen Bevölkerung für diesen Industriezweig ist im Allgemeinen groß. Eine Infragestellung des Braunkohleabbaus würde die südbrandenburgische Wirtschaftsstruktur nachhaltig schwächen und zum Verlust von tausenden Arbeitsplätzen führen, die in dieser Region durch nichts zu kompensieren sind. Der Braunkohle kommt als eine der wenigen heimischen Energieressourcen eine hohe Bedeutung zu, da sie die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren hilft. Ein Ausbau der alternativen Energieerzeugung kann die Verstromung von Braunkohle auf absehbare Zeit nicht ersetzen, da die unregelmäßige und wetterabhängige Leistungsabgabe der Wind- und Sonnenenergieanlagen nicht die erforderliche Versorgungssicherheit bieten.

Wir wollen unsere Gas- und Kohlekraftwerke weiter betreiben

Zur Senkung des Strompreises ist die Verwendung unserer heimischen Braunkohle unabdingbar. Die naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich bedingten und daher vorhersehbaren Probleme der Energiewende, wie weiter steigende Preise, gefährdete Netzstabilität, zunehmendes Risiko für Stromausfälle und fehlende Großspeicher, sind gelöst. Auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwerke und anderer konventioneller Methoden, wie z.B. die Kraft-Wärme-Kopplung, darf das Land Brandenburg daher nicht verzichten, solange kein bezahlbarer und vor allem funktionierender Ersatz gesichert verfügbar ist. Wir fordern, dass alle direkten und indirekten Subventionen für alle „Erneuerbaren“ Energien zu streichen sind. Weiterhin ist die Brandenburger Energiestrategie 2030 in der bestehenden Form zu beenden und auf konventioneller Basis neu zu definieren.

Wir wollen den Ausbau der Wind- und Solarenergie begrenzen

Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die CO₂-Emissionen um 80 bis 95 Prozent zu senken. Brandenburg hat dieses unsinnige Ziel übernommen. Die Sektoren Mobilität und Wärme sollen durch eine Umstellung auf Ökostrom ebenfalls emissionsfrei werden. Dies würde einen weiteren rasanten Ausbau der Wind- und Solarenergieanlagen in einem Ausmaß und mit einer Geschwindigkeit erfordern, die schon jetzt Wirtschaft und Brandenburger überfordern.

Wir fordern daher einen vollständigen Stopps dieses Ausbaus, mindestens aber,

dass Windenergieanlagen und großflächig Solarenergieanlagen grundsätzlich nur noch dann genehmigt werden, wenn

- der für die Windkraftanlage vorgesehene Standort sich in einem wissenschaftlich nachgewiesenen Windeinzugsgebiet befindet,
- die energetische Nachhaltigkeit (u.a. ausreichende Rückstellungen für den Rückbau) der Anlage an diesem Standort nachgewiesen wird,
- der Abstand der Windkraftanlagen mindestens 3.000 m zur nächsten Wohnbebauung beträgt,
- die Photovoltaikanlagen auf Flächen errichtet werden, die aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes unbedenklich sind,
- sie nicht in Landschaftsschutz- und Waldgebieten errichtet werden sollen,
- den Interessen der Tourismusbranche Rechnung getragen wird, und
- die vor Ort ansässige Bevölkerung das Projekt befürwortet.

Gerade unsere Wirtschaft ist auf eine sichere und kostengünstige Stromversorgung angewiesen

Wir wollen unsere konventionellen Kraftwerke weiterbetreiben

Um Stomausfällen vorzubeugen, wollen wir unsere konventionellen Kohlekraftwerke zur Sicherstellung der Grundlast weiterbetreiben. Zur Bewältigung der zunehmenden Schwankungen bei der Erzeugung von Wind- und Solarstrom sind entweder große Stromspeicher oder konventionelle Kraftwerke notwendig, die Strom liefern, wenn weder Wind weht, noch die Sonne scheint. Speicher in der notwendigen Größe sind technisch bedingt nicht verfügbar, es wird sie in absehbarer Zeit auch nicht geben. Es bleibt also nur, konventionelle Kraftwerke vorzuhalten, die im Notfall unseren gesamten Strombedarf decken können und die Gefahr von einem großflächigen, anhaltenden Stomausfall senken. Gerade unsere Wirtschaft ist auf eine sichere und kostengünstige Stromversorgung angewiesen.



17 | Für eine zukunftsorientierte und transparente Haushalts- und Finanzpolitik.

Haushalt und Finanzen

Oftmals wird das Bild der „schwäbischen Hausfrau“ bemüht, wenn über Sparsamkeit, das heißt nur das auszugeben, was wir einnehmen, gesprochen wird. Völlig vergessen wird hier unsere eigene Geschichte. So gehören Sparsamkeit und Disziplin zu den klassischen preußischen Tugenden. An diesen Tugenden wollen wir uns auch in unserer Haushalts- und Finanzpolitik orientieren. Unser grundsätzliches Ziel ist es daher, dass die Landesausgaben nicht die -einnahmen übersteigen. Denn Schulden stellen die vorweggenommene Ausgabe prognostizierter Einnahmen dar, reduzieren also die finanziellen Spielräume unserer Kinder und Enkelkinder. Ihnen zuliebe müssen die Schulden des Landes Brandenburg auf ein erträgliches Maß abgebaut werden. Dadurch tragen wir nicht zuletzt der derzeit ungünstigen demografischen Entwicklung Rechnung. In Zukunft werden immer weniger Steuerzahler im Land Brandenburg leben. Die Folge ist eine deutliche Verschlechterung unserer finanziellen Rahmenbedingungen. Diese Besorgnis erregende Entwicklung wird von der Landesregierung nicht nur völlig ignoriert, sondern sogar noch verschlammert. So wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Menschen aufgenommen, die in der Masse über Jahrzehnte durch uns Steuerzahler alimentiert werden müssen.

Die Haushaltspolitik des Landes Brandenburg steht grundsätzlich vor großen Herausforderungen. Bei einem jährlichen Landshaushalt von rund 12 Milliarden Euro können nur etwa 65 Prozent aus eigenen Steuereinnahmen gedeckt werden. Bei Staatsschulden in Höhe von rund 18 Milliarden Euro müssen wir ganz genau hinschauen, wofür wir unsere Haushaltssmittel ausgeben.

Ein sparsamer Umgang mit unseren Steuermitteln ist unumgänglich. Eskapaden, wie die Ruine des Nichtflughafens bei Schönefeld, belasten unser Land Brandenburg monatlich mit mehreren Millionen Euro! Mit diesem Geld könnte ein großer Teil unserer maroden Infrastruktur wieder auf Vordermann gebracht werden. Mit den bisher für den BER verschwendeten Steuermitteln hätten umgerechnet etwa 6 Millionen Kita-Plätze kostenfrei zur Verfügung gestellt werden können! Die Landesregierung muss endlich lernen, mit den Einnahmen zureckkommen oder sich damit beschäftigen, wie diese ohne Steuererhöhungen gesteigert werden können. Bereits heute geht der größte Teil unserer Löhne und Gehälter für Steuern und sonstige Abgaben verloren. Eine noch höhere finanzielle Belastung der Brandenburger wird es mit der AfD nicht geben. Wir fordern eine Prüfung und Einschränkung der Staatsausgaben. Indem unnötige Bürokratie abgebaut und die ideologisch motivierte Förderung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts, Gender, Vielfalt und Migration eingestellt werden, können bereits mehrere Millionen Euro für wichtige Investitionsmaßnahmen freigesetzt werden.

Die Schulden des Landes Brandenburg sind auf ein erträgliches Maß abzubauen

Die Landesregierung muss endlich lernen, mit den Einnahmen zureckkommen oder sich damit beschäftigen, wie diese ohne Steuererhöhungen gesteigert werden können

Wir wollen das „Recht auf Bargeld“ im Grundgesetz verankern

Wir wollen über eine Bundesratsinitiative das „Recht auf Bargeld“ im Grundgesetz verankern lassen. Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bundesregierung, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank wird eine schleichende Abschaffung vorbereitet. Wir fordern den dauerhaften Erhalt der uningeschränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht. Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern über eine Inflation der Geldmenge möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgänge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung der Brandenburger, unter Umständen sogar über deren Aufenthaltsorte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private und sogar intime Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar. Nur das grundgesetzlich abgesicherte freie Nutzungsrecht und die Annahmeverpflichtung von Bargeld können den Alpträum des finanziell und damit gesellschaftlich gläsernen Brandenburgers verhindern.

Vom gläsernen Bankkunden zum gläsernen Menschen – Vollüberwachung bis in private und intime Lebensbereiche hin ein muss verhindert werden

Wir wollen die Verschwendungen von Steuergeldern konsequent bestrafen

Wir fordern, dass Verschwendungen von Steuergeldern als Straftatbestand analog zur Steuerhinterziehung aufgenommen und geahndet wird. Die bislang fehlende Regelung führt dazu, dass Steuergeldverschwendungen geradezu implizit gefördert wird, da die Verschwendungen derzeit kaum Folgen für den Verantwortlichen hat. Die Verschwendungen von Steuermitteln führt dazu, dass diese Mittel für die Finanzierung der Staatsausgaben fehlen und den Haushalt zusätzlich belasten. Die AfD ist die einzige Partei, die einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Brandenburger fordert.

Wir stehen für eine solide Landeshaushaltführung

Zeiten guter Wirtschaftslage und Steueraufkommens müssen dazu genutzt werden, unsere Schulden abzubauen. Ausgaben dürfen nicht als Investitionen verschleiert werden: So sind Ausgaben für Bildung zwar im übertragenen Sinne Investitionen in die Zukunft, nicht jedoch haushalterisch. Um den Verschuldungsgrad der öffentlichen Haushalte und des Landeshaushaltes dem tatsächlichen Lagebild entsprechend real darzustellen, wollen wir den Schuldentransfer in öffentliche Unternehmen verbieten. Dadurch wird die Verschleierung des wahren Schuldenstandes beendet und die Gesamtbelastung wieder sichtbar. Wir fordern zudem, dass Leasingverträge als solche klar auszuweisen sind.

Wir wollen der Steuern und Abgaben der Brandenburger gedenken

Wir wollen mit der Einführung eines offiziellen Steuerzahlergedenktages eine symbolische Grenze setzen und die Politik dazu anhalten, die Abgabenlast der Men-

**Einführung eines
offiziellen Steuer-
zahlergedenktages
als eine symbolische
Grenze**

schen zu mindern. Der Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. errechnet Jahr für Jahr einen symbolischen Steuerzahlergedenktag, bis zu dem der durchschnittliche Steuerzahler ausschließlich Pflichtabgaben erwirtschaften muss. Seit dem Jahr 2000 liegt dieser Tag im Juli und somit in der zweiten Jahreshälfte! Die Belastung der arbeitenden Bevölkerung mit Steuer- und Sozialversicherungsabgaben beträgt demnach mehr als 50 Prozent des jeweiligen Jahreseinkommens. Deutschland liegt im internationalen Vergleich in der Spitzen-gruppe, was die Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung anbelangt. Die Abgabenlast steht mit den erhaltenen staatlichen Leistungen jedoch in einem Missverhältnis.

Wir wollen eine Zuwendungsdatenbank einrichten

Um Zuwendungen für den Steuerzahler transparent zu machen, fordern wir die Einrichtung einer Zuwendungsdatenbank nach Berliner Vorbild. Wie eine unserer Anfragen im Deutschen Bundestag ergab, wurden im Zeitraum von 2013 bis heute Steuermittel in Höhe von über 300 Millionen Euro für die Finanzierung von Vereinen, Projekten und Initiativen mit den Zielen Kampf gegen rechts, Genderwahn, Vielfalt und Migration eingesetzt. Allein im Jahr 2017 wurden über 100 Millionen Euro ausgegeben. Auch die brandenburgische Landesregierung fördert zahlreiche Vereine, Projekte und Initiativen mit Steuermitteln. Dabei hat sie während des vergangenen Bundestagswahlkampfes sogar nachweislich gegen das Demokratieprinzip und das Gebot der Chancengleichheit der Parteien verstoßen. Schließlich darf der Staat nicht parteigreifend zugunsten oder zulasten einer politischen Partei auf den Wahlkampf oder auf den politischen Meinungskampf und Wettbewerb einwirken. Eine Regierung hat sich im Wettstreit der politischen Meinungen neutral zu verhalten. Sie darf keineswegs regierungskonforme Meinungen fördern und kritische Stimmen bekämpfen. Daher fordern wir eine sorgfältige Prüfung sämtlicher geförderter Vereine, Projekte und Initiativen. Mit den freiwerdenden Mitteln wollen wir Initiativen unterstützen, die den zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, wie zum Beispiel soziale und kulturelle Vereine sowie Sportvereine.

Wir wollen eine Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting

Die Alternative für Deutschland tritt für die Einführung des Familiensplittings ein. Darunter ist zu verstehen, dass das gesamte Einkommen einer Familie durch die Anzahl ihrer im gemeinsamen Haushalt lebenden Mitglieder geteilt und auf die Einzelbeträge anschließend die Einkommenssteuer erhoben wird und die Beträge anschließend addiert werden. Ein wesentlicher Vorteil des Familiensplittings ist, dass ganz gezielt Familien finanziell entlastet werden, die tatsächlich Steuern zahlen. Das Ehegattensplitting als Besteuerung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft soll nicht angetastet werden, um Eltern, deren Kinder bereits das Elternhaus verlassen haben, nicht zu benachteiligen.

**Die Förderung
regierungs-
konformer
Meinungen oder
die Bekämpfung
kritischer Stimmen
durch die Regierung
verstößt gegen das
Demokratieprinzip
und das Gebot der
Chancengleichheit**

**Familien, die
tatsächlich Steuern
zahlen, gezielt ent-
lasten**

Wahlaufruf | Die anderen hatten ihre Chance – jetzt sind wir dran!

Zeit für den Regierungswechsel

Mit unserem Wahlprogramm bieten wir den Brandenburgern eine echte gesellschaftspolitische Alternative zu der konturlosen Politik der etablierten Parteien. Wie keine andere Partei hat die AfD erkannt, dass die Bewahrung unserer Heimat, unserer Identität und unserer Leitkultur unabdingbar ist, um unser Land Brandenburg in eine gute Zukunft zu führen. Wir wollen Staat und Gesellschaft dezentral, subsidiär und bürgernah gestalten. Wir wollen die Freiheit des Einzelnen und die Rechte aller Brandenburger stärken, die Funktionsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit öffentlicher und privater Institutionen wiederherstellen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft fördern. Dabei vergessen wir nicht die Schwächen unserer Gemeinschaft. Mit unserem Landtagswahlprogramm zeigen wir einen Weg auf, wie unser Land Brandenburg solide ausgebaut werden kann. Dafür müssen wir die Bürgergesellschaft, den Zusammenhalt der Menschen, vor Ort stärken. Wir brauchen nicht mehr Globalisierung, weitere Internationalisierung und politischen Größenwahn, sondern endlich orts- und sachnahe Problemlösungen.

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat unser Land Brandenburg an die Grenzen seiner Belastbarkeit gebracht. Durch Selbstüberschätzung und grenzenlose Machtansprüche sind der Landesregierung jegliches Maß und Bodenhaftung verloren gegangen. Zudem sind fast sämtliche großen Regierungsprojekte gescheitert. So wurde die Polizeireform in den vergangenen Jahren schrittweise zurückgenommen. Die Kreisgebietsreform musste von der Landesregierung aufgrund des Bürgerwillens gleich komplett abgesagt werden und die riesige Flughafen-Bauruine bei Schönefeld ist bundesweit das Paradebeispiel für Steuergeldverschwendungen. So kann es nicht weitergehen.

Unsere Zukunft darf nicht verspielt werden. Die Eurokrise, die Überschuldung der Staaten, Banken, Unternehmen und Privathaushalte sind Zeugnisse dieser Fehlentwicklung. Diese zeigt sich ferner in der wirtschaftlichen Übernutzung und Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie der Überforderung vieler Menschen durch grenzenlose Leistungserwartungen. Die Wirtschaftsordnung wird in erster Linie an den Interessen der global agierenden Konzerne ausgerichtet, mit der Wirkung einer zunehmenden Monopolisierung wirtschaftlicher Macht zu Lasten der Brandenburger.

Mit unserem Landtagswahlprogramm zeigen wir als Alternative für Deutschland auf, wie die Zukunftschancen Brandenburgs gestärkt, Risiken reduziert, die Lebensqualität erhöht und der Zusammenhalt der Menschen in Brandenburg gefördert werden können. Wir fordern nicht die Umsetzung utopischer Konzepte, oftmals reicht ein Blick in die Vergangenheit

Diese wollen wir als Vorbild für unsere Politik dazu nutzen, die Stärken Brandenburgs ausbauen und für die Vorzüge des märkischen Lebensstils werben: Dies bedeutet für uns, die Identität des Landes sichtbar zu machen und zu stärken, die Freiheit der Menschen abzusichern, ein selbstbestimmtes Leben zu fördern und die Grundlagen für zunehmenden Wohlstand zu stärken. Es ist Zeit für einen gesellschaftlichen Kurswechsel. Wir wollen unsere Vergangenheit bewahren und unsere Zukunft gemeinsam gestalten. Dafür braucht das Land Brandenburg die AfD!

Wählen Sie deshalb am 01. September 2019 die Alternative für Deutschland!

Spenden | Mit maximalem Schub in die Landtagswahl: Spenden Sie für Brandenburg!

Viel versprochen, nichts gehalten – das ist die Konsequenz des rot-roten Regierungswahnsinns:

- **Wahnsinn BER:** Planlosigkeit, Inkompetenz, Chaos
 - wir zahlen die Zeche
- **Wahnsinn Infrastruktur:** bröckelnde Straßen, marode Schulen
 - unsere Infrastruktur verfällt
- **Wahnsinn Energiewende:** Strompreisexplosion ohne Not
 - schleichende Enteignung der Brandenburger
- **Wahnsinn Kohleausstieg:** linksgrüne Ideologen opfern die Lausitz
 - Niedergang vorprogrammiert
- **Wahnsinn Diesel:** rot-rot-grüne Geisterfahrer fordern Fahrverbote
 - Pendler bleiben auf der Strecke
- **Wahnsinn Migration:** Massenansturm auf unsere Grenzen
 - gewollter Kontrollverlust zerstört unsere Heimat
- **Wahnsinn Sicherheit:** Ausländerdelikte steigen, Abschiebungen sinken
 - die Regierung schaut weg
- **Wahnsinn Gesellschaftsumbau:** „Multikulti“-Propaganda auf allen Kanälen
 - Altparteien spalten unser Land
- **Wahnsinn Bildung:** unsere Kinder als Versuchskaninchen
 - Leistungsniveau im freien Fall
- **Wahnsinn Gesundheitsversorgung:** Warten, bis der Arzt (nicht) kommt
 - Gesundheit ist mittlerweile Luxusgut
- **Wahnsinn ländlicher Raum:** Regierungsparteien trocknen ganze Regionen aus – Hunderttausende abgehängt
- **Wahnsinn Zukunftsvergessenheit:** Unsere Heimat steht auf dem Spiel!

Nur die AfD hat den Willen und die Kraft, unsere Heimat gegen die zukunftsfeindliche Politik der Altparteien zu verteidigen.
Je stärker wir in den Landtag einziehen, desto lauter ist die Stimme für ein sicheres, gerechtes und lebenswertes Brandenburg.
Das schaffen wir nur mit Ihrer Hilfe. Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende für eine wirkliche Veränderung in unserem Land.
Vollenden wir die Wende.

Wir sind Volk – damals wie heute.

KONTODATEN:

Alternative für Deutschland – Landesverband Brandenburg

Commerzbank Ludwigfelde

IBAN: DE67 1604 0000 0707 1715 00BIC: COBADEFFXXX

Bitte geben Sie auf der Überweisung Ihre genaue Anschrift an, damit die Spende korrekt zugeordnet werden kann. Sie erhalten zu Beginn des folgenden Jahres von der AfD eine Spendenbescheinigung, die Sie zusammen mit Ihrer Steuererklärung beim zuständigen Finanzamt einreichen können.

Hinweis:

Spenden und Mitgliedsbeiträge für die Alternative für Deutschland sind als Spenden an eine politische Partei nach §34g EStG in besonderem Maße steuerlich begünstigt. Bis zu einer Obergrenze von 1.650 für Alleinstehende / 3.300 für Ehepaare sind Ihre Spenden steuerlich absetzbar.